



Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Ich eröffne die Stadtratssitzung und begrüsse Euch, werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, des Gemeinderats, die anwesenden Personen aus der Verwaltungsleitung, Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie die Gäste zur 4. Sitzung im Jahr 2025.

Die Sekretärin, Barbara Labbé, wird gebeten, die Anwesenheitskontrolle durchzuführen:

- 37 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend¹.
 - 2 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 5 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Marc Häusler (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.²

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Es sind 37 Stadträtinnen und Stadträte anwesend und fünf Mitglieder des Gemeinderates; zwei befinden sich momentan noch an der Info im Parkhotel bezüglich der Schliessung der Geburtshilfe in Langenthal, wo heute Morgen sehr spontan eine Einladung an den Gemeinderat erging. Es freut mich, dass an einem Tag, an dem über die Köpfe der Lokalpolitik hinweg eine solche Schliessung im Gesundheitswesen bestimmt wurde, so viele anwesend sind. Ich stelle zuhanden des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest. Der Versand der Traktandenlisten und die Aktenaufgabe erfolgten vorschriftgemäss. Dazu gibt es zusätzliche Bemerkungen. Ihr bekamt bereits einen Nachversand mit einem Korrigendum zur Jahresrechnung, das heisst eine neue Seite 5 mit angepassten Zahlen zum Budget 2024. Im Rahmen eines Austauschs mit der GPK stellte der Gemeinderat fest, dass sich noch einige weitere Schreibfehler im Zahlenteil einschlichen, die aber, wie die Revisionsstelle bestätigte, keine Auswirkungen auf das Ergebnis haben. Der Gemeinderat korrigierte die paar nicht korrekten Zahlen vollständig und ein korrigiertes Exemplar wird elektronisch aufgeschaltet. Falls jemand noch ein korrigiertes Exemplar auf Papier wünscht, soll sich die Person doch bitte beim Ratssekretariat melden. Vielen Dank. Weiter findet Ihr auf Euren Tischen ein Dokument mit Antworten zu Sicherheitsfragen zum Aufnahmetool Mediaparl, das heute getestet wird. Das heisst, die heutige Stadtratssitzung wird mit Mediaparl von Recapp IT AG, einem Spinoff der Uni Lausanne, entwickelten Tool aufgenommen. Der CEO von Recapp IT AG, Dr. David Imseng, betreute uns dabei und antwortete uns auch auf Fragen des Stadtrats zu möglichen Sicherheitsbedenken. Die Antworten findet Ihr auf Eurem Pult. Wir danken den Mitgliedern des Stadtrats für die wichtigen Fragen und weisen noch einmal darauf hin, dass es sich heute um einen Testlauf handelt, der nicht gespeichert wird. Das Stadtratsbüro wird erst nach der Auswertung von zwei bis drei Testläufen entscheiden, ob das Tool angeschafft werden soll oder nicht. Die Traktandenliste sowie die weiter dazugehörenden Akten sind erneut auf der Webseite der Stadt aufgeschaltet. Gibt es weitere Bemerkungen zur Traktandenliste? Cornelia Gerber-Schärer, SP/GL.

Stadträtin Cornelia Gerber-Schärer (SP): Guten Abend liebe Kolleginnen und Kollegen, guten Abend werte Gäste, ich möchte gerne den Ordnungsantrag stellen, dass die Traktandenliste erweitert wird und wir das nachfolgende Traktandum als erstes besprechen würden. Wahrscheinlich träume ich noch davon. Und dabei geht es um die integrierte Versorgung mit der Schliessung der Geburtenabteilung in Langenthal. Ich sagte es heute bereits schon so oft, was Ihr entschuldigen müsst. Ich möchte gerne den Raum öffnen, um das besprechen zu können. Danke.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Der Antrag zur Nachtraktandierung eines Traktandums zur Schliessung der Geburtenabteilung am Spital Langenthal steht im Raum. Eine Nachtraktandierung erfordert gemäss Art. 2, Abs. 3 der Geschäftsordnung eine Zweidrittelmehrheit, das heisst aktuell 25 Stimmen. Gibt es zu diesem Antrag weitere Wortmeldungen? Robert Kummer, FDP/jll/L49.

Stadtrat Robert Kummer (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, so aktuell das Thema ist, so traurig und so unattraktiv für Langenthal, so gibt es meiner Meinung nach kein parlamentarisches Instrument

¹ Ein Stadratsmitglied trifft mit angekündigter Verspätung ein. Somit sind 38 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.

² Zwei Gemeinderatsmitglieder treffen mit angekündigter Verspätung ein.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 30. Juni 2025

für eine offene Diskussion und dementsprechend können wir den Antrag gar nicht annehmen. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag? Janosch Fankhauser, SVP.

Stadtrat Janosch Fankhauser (SVP): Werter Stadtratspräsident, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, es ist schon traurig, was ich auch finde und wir im Vorfeld gestern und heute mehrfach diskutierten. Wir finden es wichtig, dass wir als Parlament bezüglich dieses Briefes Stellung nehmen können, den ich sehr unterstütze und ich ganz gut finde. Danke vielmals dafür, hier in dem Sinn die Initiative zu ergreifen. Aber hier im Stadtrat, wie es bereits Robert Kummer sagte, haben wir ja eigentlich keine Handhabung und können hier nichts beschliessen, sondern wir können einfach diskutieren und die Frage ist, was wir diskutieren wollen? Ich finde, dass es wichtig ist, dass wirklich alle diesen Brief unterschreiben und wir ihn gemeinsam abgeben. In dem Sinn unterstützen wir aber eine Diskussion hier im Stadtrat nicht.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Wortmeldungen? Das Stadtratsbüro würde in dem Fall um eine kurze Sitzungsunterbrechung bitten.

(Die Sitzung wird kurz unterbrochen)

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir würden weitermachen. Cornelia Gerber-Schärer, SP/GL, hat das Wort.

Stadträtin Cornelia Gerber-Schärer (SP): Dann möchte gemäss Art. 37 gerne beliebt machen, am Schluss der Traktandenliste eine persönliche Erklärung abgeben zu können. Danke vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. Ich stelle fest, dass dieser Antrag in diesem Fall zurückgezogen ist und wir somit zu Traktandum Nr. 1 schreiten.



1. Jahresrechnung 2024: Genehmigung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Es handelt sich gemäss Art. 31, Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrats um ein zwingendes Geschäft, indem ein Nichteintreten ausgeschlossen ist. Wir steigen somit direkt in die Beratung ein.

II Beratung:

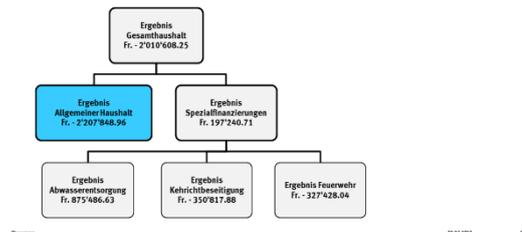
Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Die Berichterstattung des Gemeinderates hat Patrick Freudiger, Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen.

Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP): Geschätzter Herr Stadtratspräsident, werte Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat, werte Frauen und Männer vom Stadtrat, werte Anwesende, ich habe das Vergnügen, Euch durch die Jahresrechnung 2024 zu führen, wobei ich mir erlaube, das relativ kursorisch, das heisst rasch fortschreitend, zu machen. Ihr erhaltet ja die umfassenden Unterlagen bereits zugestellt, die eigentlich weitgehend, vielleicht nicht ganz ausschliesslich, aber weitgehend selbsterklärend sind und falls dann Fragen oder Kritik im Rahmen dieser Beratung auftauchen, würde ich mir erlauben, dazu am Schluss nochmals Stellung zu nehmen und nicht gerade präventiv bereits zu versuchen, zu replizieren.

Wir haben, grob zusammengefasst, eigentlich eine negative Rückmeldung, nämlich diejenige, dass wir im Gesamthaushalt nach wie vor ein Defizit machen, das im steuerfinanzierten Haushalt und bei den Spezialfinanzierungen 2 Mio. Franken umfasst. Im allgemeinen, sprich steuerfinanzierten Haushalt, haben wir sogar 2,2 Mio. Franken Defizit.

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Ergebnisse (I) – Schematische Darstellung



Aufgrund dessen, dass die Spezialfinanzierung, also zum Beispiel die Abwasserentsorgung, aber im Plus ist, ergibt sich nachher eben ein Defizit von 2 Mio. Franken für die Jahresrechnung 2024. Wenn man jetzt das Defizit gemäss der Rechnung ein wenig in Relation mit dem Budget setzt, so sieht man, dass die Rechnung eigentlich, und das entspricht erneut dem Trend aus den Vorjahren, klar besser ausfiel, nicht gegenüber der Rechnung 2023, aber gegenüber dem Budget 2024. Dabei wurden nämlich 3,3 Mio.

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Ergebnisse (II) – Aufteilung und Budgetvergleich

	Rechnung 2024	Budget 2024	Rechnung 2023
Jahresergebnis ER Gesamthaushalt	-2'010'608.25	-3'337'500.00	-237'760.70
Jahresergebnis ER Allgemeiner Haushalt	-2'207'848.96	-3'129'900.00	0.00
Jahresergebnis Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung	875'486.63	458'600.00	577'585.22
Jahresergebnis Spezialfinanzierung Kehrlichbesättigung	-350'817.88	-124'700.00	-472'773.42
Jahresergebnis Spezialfinanzierung Feuerwehr	-327'428.04	-541'500.00	-342'572.50
Jahresergebnis gesetzliche Spezialfinanzierungen	197'240.71	-207'600.00	-237'760.70

Franken Verlust budgetiert. Wir verzeichnen jetzt im Gesamthaushalt ein Defizit von 2 Mio. Franken. Wenn man es also so anschaut, dann gibt es auch wieder gute Nachrichten. Jetzt kann man sagen, dass uns ein Defizit mit 2 Mio. Franken sogar freut. Wenn Ihr heute ein bisschen schautet, was sonst noch so passiert, Stichwort Spital, dann gibt es andere Institutionen, die 2 Mio. Franken Defizit machen und nachher aufgelöst werden. Also von daher müssen wir uns noch ein bisschen spürten.



Wenn man es jetzt ein bisschen konkret anschaut und in die Gliederung geht, dann schliessen wir beim betrieblichen Aufwand mit - 91 Mio. Franken ab, für was ein Defizit von 97 Mio. Franken budgetiert wurde, dann in der Rechnung aber effektiv 91 Mio. Franken ergab. Auch der Ertrag fiel tiefer als budgetiert aus, worauf ich dann noch kurz zurückkomme, was dafür treibende Faktoren waren. Wenn man nachher das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit anschaut, also so ein bisschen hinsichtlich der Kernverwaltungstätigkeit, dann sehen wir eigentlich die nicht sehr beruhigende Nachricht, dass das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit mit minus 8,8 Mio. Franken noch schlechter ausfiel als budgetiert.

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Ergebnisse (III) – Aufteilung und Budgetvergleich

Erfolgsrechnung	Jahresrechnung 2024		Budget 2024		Jahresrechnung 2023	
	in Fr.		in Fr.		in Fr.	
Betrieblicher Aufwand	-91'874'684	-97'658'400	-91'380'500	-90'019'629		
Betrieblicher Ertrag	82'987'548	91'380'500	86'092'748			
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-8'887'136	-6'277'900	-3'926'881			
Ergebnis aus Finanzierung	5'944'965	2'413'700	3'578'324			
Operatives Ergebnis	-2'942'171	-3'864'200	-348'557			
Ausserordentliches Ergebnis	734'322	734'300	348'557			
Ergebnis steuerfinanzierter Haushalt	-2'207'849	-3'129'900	0			

Also halte ich nochmals fest, dass man in der kernbetrieblichen Tätigkeit eigentlich noch schlechter abschloss als budgetiert. Warum ist das Ergebnis trotzdem besser als im Budget? Das liegt insbesondere am Ergebnis aus der Finanzierung, die knapp 6 Mio. Franken einbrachte, während wir dies mit «nur» 2,5 Mio. Franken budgetierten. Ich komme dann noch kurz darauf zurück, an was das liegt. Somit kann man als erstes Zwischenfazit ziehen, dass die Rechnung klarerweise besser ausfiel als budgetiert. Das ist die gute Nachricht. Allerdings ist die Verbesserung gegenüber dem Budget eigentlich primär auf Faktoren zurückzuführen, die exogen sind, das heisst, die nicht mit der betrieblichen Kerntätigkeit zu tun haben, was dann die vermeintlich gute Nachricht doch wieder ein bisschen relativiert. Das operative Ergebnis daraus weist eben knapp 3 Mio. Franken aus, was wiederum einer Verbesserung entspricht und nachher eben zu den genannten Schlusszahlen führt, die ich bereits einleitend darlegte.

In Abweichung zum Budget ergibt sich ein Minderertrag im Lastenausgleich der Sozialhilfe, wir haben einen Minderertrag bei den ordentlichen Steuern, was vor allem auf Mindereinnahmen im Bereich der juristischen Personen zurückzuführen ist; da hatten wir 2023 eine sehr hohe Zahl und 2024 brach das Ergebnis im Gesamtbetrag der ordentlichen Steuern fast ein bisschen ein. Und wir haben einen Minderertrag aus dem kantonalen Finanzausgleich. Auf der anderen Seite gab es auch höhere Aufwendungen bei den Zentralaufgaben der Volksschule, Mehraufwendungen bei der Markthalle, was Ihr ja auch einer Mitteilung für das Jahr 2024 entnehmen könntet, und ein Mehraufwand bei der Tagesschule. Das sind quasi die Aufwandstreiber, respektive Gründe für eine Verschlechterung.

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Negative Abweichungen zum Budget (Inst. Gliederung) **Verschlechterung**

Mindererträge

- Netto-Minderertrag Lastenausgleich Sozialhilfe **Fr. 3.2 Mio.**
- Netto-Minderertrag Ordentliche Steuern **Fr. 1.1 Mio.**
- Netto-Minderertrag Kantonaler Finanzausgleich **Fr. 0.8 Mio.**

Mehraufwendungen

- Netto-Mehraufwand Zentrale Aufgaben Volksschule **Fr. 0.3 Mio.**
- Netto-Mehraufwand Markthalle **Fr. 0.2 Mio.**
- Netto-Mehraufwand Tagesschule **Fr. 0.2 Mio.**

Dann gab es aber eben auch Gründe, die dazu führten, dass wir jetzt besser dastehen, respektive nicht nur dazu führten, dass wir besser dastehen, sondern auch negative Effekte überkompensierten. Das ist insbesondere der Mehrertrag im Kapitalsdienst und auf eine clevere Anlagenstrategie zurückzuführen ist. In dem Zusammenhang ein herzliches Merci an Jürg Zurlinden, also aktuell interimistisch Finanzverwalter und Fachbereichsleiter. Herzlichen Dank für Dein wachsames Auge und Dein cleveres Händchen.

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Positive Abweichungen zum Budget (Inst. Gliederung) **Verbesserung**

Mehrerträge

- Netto-Mehrertrag Kapitalsdienst **Fr. 2.2 Mio.**
- Netto-Mehrertrag Liegenschaften des FV **Fr. 1.3 Mio.**
- Netto-Mehrertrag übrige Steuern **Fr. 1.1 Mio.**

Minderaufwendungen

- Netto-Minderaufwand Sozialhilfe **Fr. 2.0 Mio.**
- Netto-Minderaufwand Zentrale Dienste (Informatik) **Fr. 0.3 Mio.**
- Netto-Minderaufwand Stadtbauamt Allgemeines **Fr. 0.2 Mio.**



Wir haben ebenfalls Mehrerträge bei den Liegenschaften im Finanzvermögen und Mehrerträge bei den übrigen Steuern. Hier fällt insbesondere der Mehrertrag der Liegenschaftsteuer ins Gewicht, die deutlich höher ausfiel als budgetiert. Dies hat sicher auch mit den Neubewertungen im Rahmen der amtlichen Bewertung der landwirtschaftlichen Liegenschaften zu tun. Wir haben Minderaufwand «Sozialhof», Minderaufwand «Zentrale Dienste» und noch ein Stückchen Minderaufwand «Stadtbauamt Allgemeines», womit ich vielleicht einige ausgewählte Veränderungen erwähnte.

Wenn wir jetzt den Kapitaldienst, respektive das Wertschriftenportfolio anschauen, dann sehen wir eigentlich eine kumulierte Brutto-Performance von 8,6%. Das ist ansehnlich und führt eben dazu, dass wir den Bestand «Wertschriftenportfolio» von 32,3 und 34,9 Mio. Franken erhöhen konnten. Diese Gewinne auf den Wertschriften wurden thesauriert, das heisst angehäuft und nicht eingesetzt.

Wenn man sich dann die Entwicklung des Wertschriftenportfolios über einen längeren Zeitraum anschaut, so sieht man hier nur sehr summarisch, dass die Erträge exklusive der Kosten, die wir hatten, von 2006 bis 2017 und nachher weiterhin auch noch die Nettoerträge exklusive Kosten von 2006 bis 2024, 19 Mio. Franken ausmachten. Wir hatten im Januar 2022 ein Minus, als man die Anlagenstrategie neu designte. Man setzte dabei vermehrt auf nachhaltige Anlagen, was einen gewissen Umschichtungsaufwand mit sich brachte, was hier als ein Grund zu nennen ist. Man konnte die kumulierten Kosten von 1,4 Mio. Franken von 2006 bis 2024 eben direkt aus den flüssigen Mitteln begleichen. Das war ein kleiner Einblick ins Wertschriftenportfolio.

Ein Grund, warum der Aufwand kleiner ausfiel und ich bereits darauf hinwies, liegt im Personalaufwand, der mit über 25 Mio. Franken budgetiert wurde und die Rechnung unter 24 Mio. Franken zu liegen kam. Ich sehe dort, dass insbesondere die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonal tiefer waren. Das hat damit zu tun, dass man, so wie bereits in den früheren Jahren, die Stellen nicht alle und nicht jederzeit besetzen konnte. Das führt natürlich zu lohn-mässigen Einsparungen. Es kann aber eben auch dazu führen, dass man nachher im Bereich von Dienstleistungen Dritter übergangsweise höhere Kosten hat. Wenn man eine Stelle intern nicht besetzen kann, braucht man unter Umständen eine Dienstleistung, die man nachher extern vergeben muss. Auf der anderen Seite kann man natürlich auch sagen, dass wenn die Stellen nicht vollständig ausgeschöpft sind, entsprechend der Output auch nicht vollständig ist. Also es ist auch hier in dem Sinn eine gute Nachricht, dass wir einsparen können, aber mit einem grossen Aber, weil eben mit der Nichtausschöpfung der Stellen auch der entsprechende Output so nicht vollumfänglich gewährt werden kann.

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Entwicklung des Wertschriftenportfolios (I)

Überwiegender Teil ist ein nicht realisierter Buchgewinn per 31. Dezember 2024

Bank	Bestand per 01.01.2024	Bestand per 31.12.2024	Abweichung / Differenz	Kumulierte Brutto-Performance (TWR) gem. Ausweis UBS	
Total UBS	Fr. 32'387'206	34'958'283	Fr. 2'571'077	8.6%	Gemischtes Portfolio (Postausweis)

Finanzrat

30.06.2025

7

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Entwicklung des Wertschriftenportfolios (II)

In der Langfristbetrachtung resultiert weiterhin ein Wertzuwachs mit einer durchschnittlichen Netto-Rendite von rund 2.0 %

Erträge exkl. Kosten 01.06.2006 – 31.12.2017	11.552 Mio.	
Erfolg WS-Verkauf Dezember 2020	0.409 Mio.	
Erfolg WS-Verkauf Januar 2022 (neue Anlagestrategie)	-0.538 Mio.	
Erfolg WS-Verkauf März 2024	0.066 Mio.	
Kapitalveränderung 01.06.2006 – 31.12.2024	8.332 Mio.	
Nettoertrag exkl. Kosten 01.06.2006 – 31.12.2024	19.821 Mio.	
Abzüglich Kosten 01.06.2006 – 31.12.2024	-1.416 Mio.	Aus flüssigen Mitteln beglichen
Total Nettoertrag inkl. Vermögensverwaltungskosten 01.06.2006 – 31.12.2024	18.405 Mio.	

Finanzrat

30.06.2025

8

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Abweichung zum Budget (Artengliederung Gesamthaushalt)

Personal-Minderaufwand

In Tausend Franken	Rechnung 2024	Budget 2024	Abweichung
Personalaufwand gesamt	23'857	25'220	-1'363
davon: Behörden und Kommissionen	90	113	-23
davon: Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	19'979	20'880	-901
davon: Arbeitgeberbeiträge	3'424	3'654	-230
davon: übriger Personalaufwand	364	573	-209

Finanzrat

30.06.2025

9

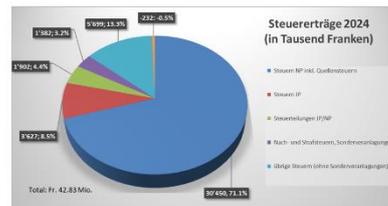


Dazu lässt sich anfügen, dass man die Rotationsveränderungen seit 2025 mit 3% budgetierte, somit auch bereits für das letzte Budget so machte und so auch vom Stadtrat und der Bevölkerung akzeptiert wurde. Dabei ist es mittlerweile eben üblich, dass man nicht alle Stellen über das ganze Jahr besetzen kann. Deshalb begann man bereits im letzten Budget diese 3% auch im Budget einzurechnen, damit man eine bessere Budgetpräzision hinbekommt.

Wenn Ihr jetzt noch das Kuchendiagramm anschaut, wie sich die Steuererträge zusammensetzen, dann seht Ihr, dass die allergrösste Position von den natürlichen Personen stammt, was bei Gemeinden so üblich ist. Dann gibt es auch einen Teil Steuern juristischer Personen, natürlich auch Steuerteilungen, Nach- und Strafsteuern und übrige Steuern.

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

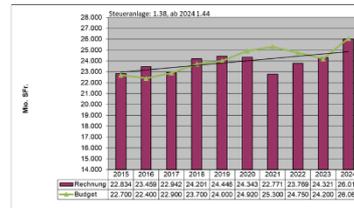
Steuererträge 2024 - Gesamtübersicht



Bei der Entwicklung der Erträge, das heisst bei den Einkommenssteuern, sieht man eigentlich +/- eine kontinuierliche Steigerung. Im Jahr 2024 stieg der Balken im Vergleich mit den drei Vorjahren ein bisschen stärker an, was der Steuererhöhung von 1,38 auf 1,44 geschuldet ist. Aber man verzeichnet hier eigentlich ein verlässliches, robustes Wachstum, das man auch einigermassen antizipieren kann.

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

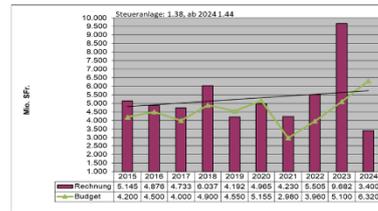
Einkommenssteuern NP 2015 – 2024 (Basis 1.38, ab 2024 1.44)



Ganz anders sieht es bei den juristischen Personen aus. Wenn Ihr das Jahr 2023 anschaut, dann seht Ihr dort, dass die Gewinnsteuern von juristischen Personen bei knapp 10 Mio. Franken lagen; eine riesige Summe, beispiellos. Doch so hoch und schön die Summe im Jahr 2023 aussah, so schlecht sieht es 2024 aus, wurden dort doch gemäss Rechnung 3,4 Mio. Franken budgetiert. Dies entsprach eigentlich dem Durchschnitt der vergangenen Jahre, wobei noch die Steuererhöhung von 2024 auf 1,44 miteingerechnet und dementsprechend mit 6,3 Mio. Franken veranschlagt wurde, dabei aber eben nur 3,4 Mio. Franken herauskamen. Natürlich kam nachher im Zusammenhang mit den Rückstellungen respektive den Steuerteilungen noch etwas dazu, aber der Wert blieb klarerweise unter dem Budget, worauf ich bereits hinwies.

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Gewinnsteuern JP 2015 – 2024 (Basis 1.38, ab 2024 1.44)





Hier sieht Ihr, dass im Bereich der Liegenschaftsteuer weiterhin eine klare Verbesserung stattfindet. Im Bereich der Grundstückgewinnsteuer blieb man in etwa präzise. Zu den Details ist zu sagen, dass die Nachstrafsteuern sowie die Sonderveranlagungen dann wiederum leicht über dem Budget lagen.

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

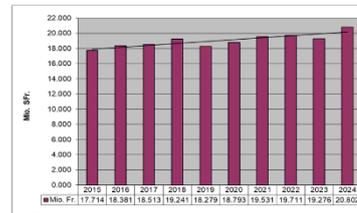
Steuererträge 2024 - Details

In Tausend Franken	Rechnung 2024	Budget 2024	Rechnung 2023
Nach- und Strafsteuern, Sonderveranlagungen	1'382	1'050	382
Nach- und Strafsteuern NP	25	100	175
Nach- und Strafsteuern JP	0	0	-697
Sonderveranlagungen	1'357	950	904
Übrige Steuern (ohne Sonderveranlagungen)	5'698	5'001	6'072
Lotteriegewinnsteuern	0	1	6
Liegenschaftsteuern	4'235	3'700	3'817
Grundstückgewinnsteuern	873	800	1'716
Erbschafts- und Schenkungsteuern	194	120	149
Ertragsanteile an der direkten Bundessteuer	396	380	384

Hier sieht Ihr auch noch eine Übersicht über das Lastenverteilsystem. Die Lastausgleichszahlen kennen so nur eine Richtung und die zeigt nach oben.

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Anteil Lastenverteilsystem Kanton (2015 – 2024; Teil 1)



Wenn Ihr das Budget 2025 vor Augen habt, so sieht Ihr auch hier wieder, dass es nach oben geht und dies ist trotz der Erträge aus dem Disparitätsabbau so, da die Stadt Langenthal als finanzschwach gilt. Und auch trotz des soziodemografischen Zuschusses verzeichnet man insbesondere aufgrund der Lastenausgleiche im Bereich öffentlicher Verkehr, aber auch ganz besonders im Bereich der Fürsorge, stetig zunehmende Aufwendungen beim Lastenausgleich.

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Anteil Lastenverteilsystem Kanton (2021 – 2024; Teil 2)

Konto	Bezeichnung	Budget 2025	Rechnung 2024	Rechnung 2023	Rechnung 2022
0550.3621.05	Öffentlicher Verkehr	2'485'000.00	2'167'195.00	2'190'944.00	2'071'385.00
2640.3621.60	Neue Aufgabestellung Gemeinde/Kanton	2'857'000.00	2'861'179.00	2'873'706.00	2'887'293.00
2640.4622.20	Zuschuss Disparitätsabbau	-2'400'000.00	-2'380'611.00	-2'398'411.00	-2'871'769.00
2800.3621.01	Lastenausgleich Familienzulage	79'000.00	5'3816.00	63'367.00	74'719.00
2800.3621.65	Anteil EL	3'548'000.00	3'629'946.00	3'553'229.00	3'617'814.00
4020.3621.01	Passschlüssel Interventionskosten	79'200.00	78'130.00	78'020.00	78'005.00
5600.3621.40	Lastenausgleich Fürsorge	8'442'000.00	8'709'282.00	8'067'234.00	8'437'113.20
5600.4621.63	Soziodemografischer Zuschuss	-360'000.00	-385'653.00	-372'544.00	-365'396.00
601.3511.0310.3310.3312	Gemeindebeitrag Lehaedöhne	5'992'250.00	6'068'707.50	5'821'282.47	5'784'019.58
Total		20'722'450.00	20'801'991.50	19'278'227.47	19'711'183.78

Die Revision legt insbesondere auf die Geldflussrechnung Wert. Dabei sieht man im Vergleich von 2023 zu 2024, dass man im Jahr 2023 einen hohen Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit verzeichnete, im 2024 sich aber ein Minus von 1,5 Mio. Franken und in der Investitionstätigkeit ein Minus von 14 Mio. Franken ergab. Und der Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit lag höher als im 2023, worauf ich ja bereits beim Wertschriftenportfolio und bei der Anlagenstrategie verwies, was dann in der Summe ein Minus im Geldfluss von 5,6 Mio. Franken ergibt.

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Übersicht Geldflussrechnung

Gesamthaushalt	2024	2023
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit		
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	-1'599'083.98	8'534'201.82
Geldfluss aus Investitionstätigkeit		
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-14'054'268.00	-16'634'965.72
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit		
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	9'989'128.40	7'997'948.57
Total Geldfluss	-5'665'023.58	-102'835.33
Bestand Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen 1.1.	12'494'865.12	12'597'700.45
Bestand Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen 31.12.	6'829'841.54	12'494'865.12



Die Investitionen 2024 sind Teil des Geldflusses als Investitionstätigkeit. Wir hatten Bruttoinvestitionen von 8,78 Mio. Franken, netto von 8,58 Mio. Franken. Und wenn Ihr jetzt diesen Wert in Relation zum Budget setzt, dann muss das Grund zur Sorge machen, da die Minderinvestition gegenüber dem Investitionsplan 2024 von 37 Mio. Franken 28 Mio. Franken beträgt; das heisst, wir hatten eine Realisierungsquote von 23%. Dass die Investitionsplanung in einem Jahr nicht voll ausgeschöpft wird, ist gang und gäbe, aber eine Realisierungsquote von 23% ist doch durchaus historisch tief. Dafür gibt es auch Gründe, wie zum Beispiel die Kindergärten, die abgelehnt wurden und es gibt auch weitere Gründe, aber es muss darauf hingewiesen werden, dass die Realisierungsquote doch herausragend tief ist, auch im Vergleich mit anderen Jahren.

Einige Investitionen, die man trotzdem machen konnte, sind die Objektkredite in den ESP Bahnhof. Wer morgens auf den Zug geht, sieht, dass da etwas passiert und zwar nicht erst seit jüngster Zeit, sondern im Rahmen des ESP Bahnhof auch bereits im 2024. Es wurde zudem der Ausbau der Abwasseranlagen, die Sanierung der Gruben- und Belchenstrasse, das Schulzentrum Hard, den Anschluss an den Wärmeverbund und Objektkredit Bahnhofpark und Rail Nord realisiert, was einige ausgewählte Investitionsvorhaben sind.

Hier ein Vergleich der Nettoinvestitionen in Bezug auf den Gesamthaushalt und auch ein bisschen mit Blick auf die Realisierungsquote.

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Investitionen 2024 (I)

■ Bruttoinvestitionen	Fr.	8.78 Mio.
■ Beiträge, Subventionen, Rückzahlungen	Fr.	0.20 Mio.
■ Nettoinvestitionen (Gesamthaushalt)	Fr.	8.58 Mio.
■ Davon Netto-Investitionen z.L. spezialfinanzierte Haushalte Fr. 0.94 Mio.		
■ Effektive Nettoinvestitionen z.L. steuerfinanzierter Haushalte Fr. 7.64 Mio.		
➢ Minderinvestition gegenüber Investitionsplan 2024 (Gesamthaushalt Nettoinvestition, Fr. 37.27 Mio.)	Fr.	28.7 Mio.
➢ Nettoinvestition: Realisierungsquote: 23.0 % (in Bezug zum Investitionsplan 2024 - 2028, Gesamthaushalt)		

Franken

30.06.2025

17

Dafür gibt es auch Gründe, wie zum Beispiel die Kindergärten, die abgelehnt wurden und es gibt auch weitere Gründe, aber es muss darauf hingewiesen werden, dass die Realisierungsquote doch herausragend tief ist, auch im Vergleich mit anderen Jahren.

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Investitionen 2024 (II)

Die grössten Investitionen im Rechnungsjahr 2024

■ Objektkredit ESP Bahnhof, Realisierung	Fr.	5.3 Mio.
■ Ausbau Abwasseranlagen	Fr.	0.8 Mio.
■ Sanierung Gruben- und Belchenstrasse	Fr.	0.4 Mio.
■ SZ Hard, Anschluss an den Wärmeverbund Hard	Fr.	0.3 Mio.
■ Objektkredit ESP Bahnhof, Park + Rail Nord, Vorprojekt	Fr.	0.3 Mio.

Franken

30.06.2025

18

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Investitionen 2024 – Gesamthaushalt (III)



Franken

30.06.2025

19



Aus dem allem ergibt sich ein Bilanzüberschuss von 71. Mio. Franken per 1. Januar 2024. Durch das Defizit von 2,2 Mio. Franken haben wir jetzt noch einen Bilanzüberschuss von 69 Mio. Franken. Das ist im Quervergleich mit anderen Gemeinden sehr, sehr gut. Man darf aber dann nicht auf die Idee kommen, dass der Bilanzüberschuss irgendwie mit Cash gleichzusetzen wäre, im Gegenteil. Wenn der Bilanzüberschuss sich nur aus dem Verwaltungsvermögen speist, dann ist solch eine Zahl zwar schön und gut, aber verhindert auch, dass der Kanton einschreitet. Gleichzeitig bedeutet es nachher aber nicht, dass man dann besonders liquide wäre. Im Gegenteil, wer die Rechnung 2024 aufmerksam durchlas, sah, dass die Netto-Schulden, also das Fremdkapital im 2024, zum ersten Mal wieder höher lag als das Finanzvermögen. Das bedeutet, dass man im Jahr 2024 wieder eine Netto-Schuld hat.

Ich komme zum Eigenkapital und den Kapitalkategorien. Ihr seht die Veränderungen, respektive saht Ihr schon in der Rechnung. Dabei lässt sich erkennen, dass sowohl die Verpflichtungen gegenüber der Spezialfinanzierung wie auch der Bestand an Vorfinanzierungen anstiegen. Wir haben eine Neubewertungsreserve im Finanzvermögen, was im Jahr 2026 wegfallen wird. Und beim Bilanzüberschuss gibt es, wie schon erwähnt, einen kleinen Rückgang.

Jetzt möchte ich noch kurz auf das zu sprechen kommen, was in den letzten zwei Wochen gegangen ist. Wir hatten einen Austausch mit der Geschäftsprüfungskommission, an dieser Stelle herzlichen Dank für die aufmerksame Lektüre der Jahresrechnung und für das wachsame Auge. Das führte dazu, dass man den einen oder anderen Schreibfehler, der bei der Revision ebenfalls übersehen wurde, noch korrigieren konnte. Wie der Stadtratspräsident zu Recht sagte, hat die Revision Kenntnis dieser Änderungen und hat keinerlei Beanstandungen, dass man das jetzt noch ändert und ebenso keinerlei Beanstandungen, dass man das mit diesen Änderungen jetzt auch effektiv genehmigt. Den ersten Punkt, wozu ich dann noch kurz die Seite zeigen werde, betrifft den Aktenversand, den Ihr bereits zugestellt erhieltet, wo man die Zahl für das Budget 2024 korrigierte, damit dann auch die Zahl des Budgets 2024 auf Seite 5 steht und nicht nur die Rechnung. Auf Seite 73 bei der Verpflichtungskreditkontrolle entging es den aufmerksamen Augen der GPK nicht, dass dort die Bezeichnung der jeweiligen Kredite nicht ganz präzise war, was nämlich auf einen Volksbeschluss von 1990 zurückgeht und der Stadtrat im Jahr 2024 die Aufhebung der Aufgabe beschloss und die Schutzraumeinrichtungen unter Konto 4600.5060.05 betrifft. Es gab auch eine Kreditabrechnung, die vom 13. Oktober 2024 datierte und dazu führt, dass es bei Kreditausgaben von rund 1,5 Mio. Franken noch eine Restkreditsumme von 435'646.50 Franken gibt. Die Änderung in den Zahlen zieht nach-

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Eigenkapital (I)

Bilanzüberschuss per 1. Januar 2024	Fr.	71'215'196.83
./.. Ergebnis 2024	Fr.	- 2'207'848.96
Bilanzüberschuss per 31. Dezember 2024	Fr.	69'007'347.87

Bilanzüberschuss gemäss HRM2

Finanzamt

30.06.2025

20

Rechnung 2024 aufmerksam durchlas, sah, dass die Netto-Schulden, also das Fremdkapital im 2024, zum ersten Mal wieder höher lag als das Finanzvermögen. Das bedeutet, dass man im Jahr 2024 wieder eine Netto-Schuld hat.

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Eigenkapital (II) / Eigenkapitalkategorien gemäss HRM2

Kategorien (In Mio. Franken)	Bestand 31.12.2024	Bestand 01.01.2024
Verpflichtungen gegenüber Spezialfinanzierungen	16.63	16.40
Vorfinanzierungen	15.86	15.04
Reserven (=zusätzliche Abschreibungen)	1.93	1.93
Neubewertungsreserve Finanzvermögen	5.99	6.73
Bilanzüberschuss	69.01	71.22
Total Eigenkapital	109.42	111.32

Finanzamt

30.06.2025

21

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Bereinigung nach Hinweisen der GPK (1/2)

- S. 5, Punkt 1.3 "Budget und Steueranlage" 2024: Zahlen für Budgetwert (Aktenversand bereits erfolgt)
- Verpflichtungskreditkontrolle, S. 73: Kto. 4600.5060.05, Anschaffung von Schutzraumeinrichtungen: Kreditgenehmigung ging auf einen Volksbeschluss 1990 zurück; der Stadtrat beschloss 2024 die Aufhebung der Aufgabe. Deshalb bei Kreditausgaben von CHF 1'544'353.50 ergebend Restkredit von CHF 435'646.50 (Abrechnung erfolgt 30.10.2024).
- Diese Korrektur hat jedoch Einfluss auf diverse Totalisierungen:
 - o S. 73, Pos. 4600 Fachbereich Zivilschutz
 - o S. 72, Pos. 4 (Total) Polizei, Militär, Feuerwehr und Einwohnerkontrolle
 - o S. 64 Titelblatt "Verpflichtungskontrolle", Pos. "Total Kredite" und auf Pos. "4 Polizei, Militär, Feuerwehr und Einwohnerkontrolle"

Finanzamt

30.06.2025

22



her Folgenänderungen nach sich, weil man ja die Kontengruppe zusammenzählt; das bedeutet, es gibt Änderungen bei Seite 73, Position 4600, Seite 72, Position 4, also quasi das Globo von «Polizei, Militär, Feuerwehr und Einwohnerkontrolle». Und auf Seite 34, Titelblatt «Verpflichtungskreditkontrolle», Position «Kredit», auch hier wieder das Globo, Position 4, «Polizei, Militär, Feuerwehr und Einwohnerkontrolle».

Ebenfalls monierte man zu Recht, dass unter der Verpflichtungskreditkontrolle auf Seite 67, Position 3030.5090.05 «kommunaler Richtplan Energie», ein Kredit erwähnt wurde, der mit Fr. 100'000.00 als Bruttokredit deklariert ist, was dann nachher zu mehr Ausgaben, allerdings aber auch zu mehr Einnahmen führte. Am Schluss wurde es dann in etwa wieder getroffen und dort müsste selbstverständlich richtigerweise nicht Bruttokredit, sondern Nettokredit stehen, holte man damals doch einen Nettokredit ein.

Gut, wenn ich jetzt schnell bitten dürfte, die entsprechenden Seiten eingebündelt zu bekommen, damit das sicher auch formell korrekt läuft und Ihr zumindest die verschiedenen Seiten sehen könnt, die sich ändern. Deshalb erlaubte ich mir diese betreffenden Seiten schnell als PDF bereitzustellen. Das betrifft zum ersten Seite 5. Hier beim Ergebnis des Gesamthaushalts sind eben die neuen Zahlen des Budgets mit 3,3 Mio. Franken und 3,1 Mio. Franken angegeben. Unten auf der Seite sind die Rechnungszahlen und diejenigen, um die es heute ja eigentlich geht, korrekt dargestellt.

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Bereinigung nach Hinweisen der GPK (2/2)

- Verpflichtungskreditkontrolle, S. 67 Rk. 3030.5090.05, Kommunaler Richtplan Energie: Es wurde in der Übersicht (Spalte "B/N") klargestellt, dass es sich um einen Nettokredit von Fr. 100'000.00 handelte.

Finanzrat

30.06.2025

21

1 BERICHTERSTATTUNG

1.1 Allgemeines

Die Jahresrechnung 2024 wurde nach dem Rechnungslegungsmodell HRM2, gemäss Art. 70 Gemeindegesetz (GG, BSG 170.11), erstellt.

1.2 Grundlagenrechnung

Die Rechnung 2023 ist wie folgt passiert worden:

22. Mai 2024 durch den Gemeinderat
 24. Juni 2024 durch den Stadtrat

1.3 Budget und Steueranlage 2024

In der Gemeindeabstimmung vom 17. Dezember 2023 wurde das Budget für das Jahr 2024 mit 2'144 Ja gegen 1'518 Nein-Stimmen angenommen:

- Ergebnis: Gesamthaushalt: Fr. – 3'338 Mio.
Steuerfinanzierter Allgemeiner Haushalt: Fr. – 3'130 Mio.
- Gemeindesteueranlage: 1.44 Steueranlagezehntel
- FW Wehrdienstpflichtersatz: Fr. min. 20.00 – max. 300.00
0.08 Einheiten des einfachen Steuerbetrags
- Hundetaxe: Fr. 120.00
- Abwassergebühr: Schmutzwasser Fr. 4.05 (exkl. MWST) pro Belastungswert,
Regenwasser Fr. 0.22 (exkl. MWST) pro m² entwässerter Fläche,
Verbrauchsgebühr Fr. 1.68 (exkl. MWST) pro m³ Wasserverbrauch

Die Wassergebühr wird von der IB Langenthal AG festgelegt und beträgt Fr. 1.10 (exkl. MWST) pro m³ Wasser.

1.4 Erfolgsrechnung

1.4.1 Übersicht Ergebnisse

Das beschlussfassende Organ (Stadtrat) hat das Ergebnis des Gesamthaushalts zu genehmigen.

Das politisch massgebende Ergebnis ist dasjenige des steuerfinanzierten Allgemeinen Haushalts.

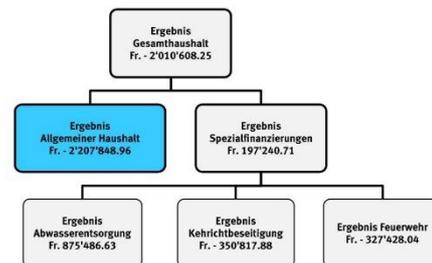


Abb. 1: Graphische Darstellung des Rechnungsergebnisses



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 30. Juni 2025

Und den Grund für all das findet Ihr auf Seite 73, wenn man dort unter Kontonummer 4600.5060.05 eben die Anschaffung der Schutzraumeinrichtungen findet, dann hat man neu die Volksabstimmung im 1990 und ganz rechts die erwähnte Kreditabrechnung. Dabei sieht man den Bruttokredit von 1,9 Mio. Franken, die Kreditausgabe von rund 1,5 Mio. Franken, was dann nachher zusammenfassend den Kreditrestsaldo von knapp einer halben Million Franken ergibt.

GemeWin
Stadt Langenthal HRM2

Verpflichtungskreditkontrolle
2024

	Beschluss	Org	Brutto-Kredit	B/N	K. Ausgaben	Kreditsaldo = Kreditsald - Überschüsse	CD	K. Einnahmen	Abge- rechnet		
4400	FEUERWEHR		332'000.00		106'658.65	225'341.35		0.00			
4600.5040.03	D Truppenunterkunft Feuerwehreinrichtung, Modernisierung Erdgeschoss	17.11.2021	GR	66'000.00	E	11'921.60		54'078.40	01	0.00	
4600.5040.04	D Feuerwehreinrichtung und Truppenunterkunft, Projektierung Ersatz Wohnraumbauaufbereitungsanlage und Erneuerung Dachziegel	12.01.2022	GR	28'000.00	E	3.00		28'000.00	01	0.00	
4600.5040.05	D Ersatz Tragkonstruktion Erdgeschoss	17.01.2024	GR	98'000.00	E	92'629.05		279.95	01	0.00	
4600.5040.06	D Ersatz Kleinstkonditionierung Steinhof / Neubeschaffung Logistikfahrzeuge	28.08.2024	GR	145'000.00	E	3.00		145'000.00	01	0.00	
4500	FACHBEREICH ZIVILSCHUTZ		3'547'047.00		3'913'627.45	533'419.55		1'252'146.75			
4600.5040.17	D ZSA Sporthalle, Hotel, Teilrenovierung	28.08.2020	SRR	1'567'397.00	E	1'408'272.90		97'723.00	01	1'252'146.75	
4600.5000.05	D Aneinanderbau von Schutzraumeinrichtungen	28.01.1999	VANW	1'980'000.00	E	1'961'300.80		439'646.56	*	0.00	28/10/2024
5	SOZIALWESEN		0.00		0.00	0.00		0.00			
6	BILDUNG, KULTUR UND SPORT		21'413'000.00		19'554'076.18	1'858'923.82		3'751'797.85			
6100	BEITRÄGE AN SPORTVEREINE		600'000.00		71'078.95	528'921.05		0.00			
6100.0000.10	F. Beitragskredit: Sanierung und Erweiterung Kesselschale	15.08.2024	SRR	600'000.00	E	21'078.95		528'921.05	01	0.00	
6160.0006.11	D Objektkredit: Sanierung und Erweiterung KEB, Pilseneriebauwerk	26.08.2024	GR	70'000.00	E	160.00		69'840.00	01	0.00	
6160.0006.12	D Objektkredit: Sanierung und Erweiterung KEB, Granitlager	26.08.2024	GR	67'000.00	E	18'960.15		7'149.85	01	0.00	
6160.0006.13	D Objektkredit: Sanierung und Erweiterung KEB, OS Vorhof	26.08.2024	GR	100'000.00	E	11'068.80		88'931.20	01	0.00	
6210	STADTTHEATER		14'789'000.00		14'232'993.25	467'006.75		3'748'432.60			
6210.5040.01	D Renovierung des Stadttheatres	26.11.2014	VANW	14'789'000.00	E	14'232'993.25		467'006.75	06	3'748'432.60	

Wenn ich Eure Aufmerksamkeit noch schnell auf Seite 67 lenken darf, dann sind wir dann fertig, dann seht Ihr dort unten das «N» beim kommunalen «Richtplan Energie» und bei dieser Position entging es den aufmerksamen Augen der GPK ebenfalls nicht, dass wir weiter oben auf Seite 67 unter Position 3010.5090.81 die «Fort-schreibung des kommunalen Verkehrsricht-plans Langenthal» mit einem Brutto-Kredit von Fr. 145'000.00 und einer Kreditausgabe von Fr. 175'000.00 vorfinden, was alles korrekt ist. Zu erwähnen ist aber auch, dass es dafür keinen Nachkredit gibt, was dem Gemeinderat bewusst ist und man die richtigen Schlüsse daraus angehen wird. Wie man mir sagte, stand dies übrigens bereits schon im letzten Jahr so drin, wurde dann aber nicht moniert. Aber jetzt sah man es und man wird die entsprechenden Konsequenzen daraus angehen.

GemeWin
Stadt Langenthal HRM2

Verpflichtungskreditkontrolle
2024

	Beschluss	Org	Brutto-Kredit	B/N	K. Ausgaben	Kreditsaldo = Kreditsald - Überschüsse	CD	K. Einnahmen	Abge- rechnet		
3010.5090.79	O Erneuerung Agglomerationsprogramm Langenthal der 4. Generation durch die Region Oberaargau	27.03.2019	GR	100'000.00	E	100'000.00		0.00	08	0.00	
3010.5090.79	T Erneuerung Agglomerationsprogramm Langenthal der 4. Generation durch die Region Oberaargau	07.06.2021	GR	14'000.00	E						
3010.5090.80	O Erneuerung Agglomerationsprogramm Langenthal der 4. Generation durch die Region Oberaargau	27.03.2019	GR	28'000.00	E	28'000.00		0.00	08	0.00	
3010.5090.81	O Fortschreibung des kommunalen Verkehrsrichtplans Langenthal	27.03.2019	GR	145'000.00	E	175'189.85		-30'189.85	08	0.00	
3010.5090.82	O LSP Bahnhofs- Ansanierung Langenthal (Handel-Tisch-Geschäft, Passagenbereiche, Park-Verbindungs- und Wartungsbereiche)	10.07.2013	GR	64'000.00	E	69'000.00		-418.00	08	0.00	
3010.5090.83	O Musikschulbau rückfallige Raumverteilung 2006 - 2024	07.06.2019	GR	98'000.00	E	107'840.06		-9'840.06	*	0.00	18.12.2024
3010.5090.84	O Hallung und Stellungsplatz Freizeitsport	03.06.2023	GR	98'000.00	E	96'800.00		1'200.00	02	0.00	
3010.5090.87	O Erweiterungsbauwerk Kesselschale Langenthal	12.08.2023	GR	100'000.00	E	117'408.18		-17'408.18	08	0.00	
3010.5090.88	O Agglomerationsprogramm 3. Generation: Umstrukturierung des Verkehrsnetzes im Bereich des Stadtrats	05.08.2020	GR	70'000.00	E	70'000.00		0.00	08	0.00	
3010.5090.89	O Erweiterungsbauwerk Eisenwerk Nord, Durchführung Erdarbeiten und Asphalt	28.08.2020	GR	99'000.00	E	322'277.75		-223'277.75	08	278'000.00	
3000	STABSTELLE UMWELT UND ENERGIE		100'000.00		189'707.37	-89'707.37		89'825.00			
3000.5000.05	O Konventionelles Richtplan Energie, Projektgenese und Vergleichen	07.07.2021	GR	100'000.00	N	189'707.37		-89'707.37	*	89'825.00	18.12.2024

Gut, um das Ergebnis zusammenfassend einzuordnen, haben wir eine Verbesserung von knapp 1 Mio. Franken, das heisst von 0,92 Mio. Franken. Insbesondere resultiert die Verbesserung aus dem Mehrertrag bei den Kapitaldienst-liegenschaften, aus dem Minderaufwand Personal, bei dem man die Stellen eben nicht besetzen konnte sowie aus dem Mehrertrag von übrigen Steuern.

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Einordnung des Ergebnisses und Zusammenfassung (1)

- Ergebnis (steuerfinanziert): nominell Fr. -2.21 Mio.
- ➔ Fr. 0.92 Mio. besser als budgetiert.

Die wesentlichsten Budgetabweichungen:

- Netto-Mehrertrag Kapitaldienst
- Netto-Mehrertrag Liegenschaften des FV
- Netto-Minderaufwand Personal
- Netto-Mehrertrag übrige Steuern
- Netto-Minderertrag ordentliche Steuern
- Minderertrag kantonaler Finanzausgleich

Finanzamt

30.06.2025

24



Ich kann also zusammenfassen, dass für die Ergebnisverbesserung primär Sondereffekte, Landverkäufe, Buchgewinne, Wertschriftendepots, Auflösung der Neubewertungsreserven verantwortlich sind, die dann eben im 2026 nicht mehr stattfinden werden. Diese Sondereffekte, so schön sie auch sind, resultieren nicht aus der betrieblichen Tätigkeit, sondern diese Verbesserung wurde allein durch exogene Faktoren erzielt. Von dem her ist die Verbesserung des Ergebnisses kein Grund, sich zurückzulehnen, sondern bedeutet, dass es weiterhin entsprechende Kraftanstrengungen braucht, um das Defizit reduzieren zu können.

Zusammengefasst beantragt Euch der Gemeinderat die Jahresrechnung mit den Ergebnissen und dem Defizit mit den jetzt noch kommunizierten Änderungen und Korrekturen der Schreibfehler zu genehmigen. Und ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Einordnung des Ergebnisses und Zusammenfassung (II)

Zusammenfassung:

- Sondereffekte sorgen für Ergebnisverbesserung; Landverkäufe Liegenschaften FV, Liegenschaftssteuern, Buchgewinne Wertschriftendepot, Auflösung Neubewertungsreserve, u.a.
- Sondereffekte sorgen für Ergebnisschwächung: tiefe Einnahmen bei Gewinnsteuern von juristischen Personen, Nicht-Einführung Konzessionsabgabe Gas, u.a.
- Aber auch: Minderkosten gegenüber Budget (Effiziente Haushaltsführung bei den laufenden Aufwendungen, zudem nicht vollständige Besetzung der Stellen)

Finanzamt

30.06.2025

35

Rechnung 2024 – Stadt Langenthal

Beschluss

1. Die Jahresrechnung 2024 der Stadt Langenthal wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung		
Ergebnis Gesamthaushalt	Fr.	- 2'010'608.25
Davon		
(Steuerfinanzierter) Allgemeiner Haushalt	Fr.	- 2'207'848.96
Abwasserentsorgung	Fr.	+ 875'486.63
Abfallentsorgung	Fr.	- 350'817.88
Feuerwehr	Fr.	- 327'428.04
Investitionsrechnung (Gesamthaushalt)		
Ausgaben (Bruttoinvestitionen)	Fr.	8'782'218.90
Einnahmen (Subventionen)	Fr.	- 195'501.15
Nettoinvestitionen	Fr.	8'586'717.75

2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Finanzamt

30.06.2025

36

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Danke vielmals, Patrick Freudiger. Die Berichterstattung der GPK hat Pascal Dietrich, FDP/jll/L49-Fraktion.

Sprecher der GPK, Pascal Dietrich (L49): Herr Präsident, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, so eine Jahresrechnung ist ja eigentlich gängig eine recht trockene Angelegenheit, von daher passt das Traktandum auch ein bisschen zum Wetter, das wir hier im Moment haben, trocken und heiss. Allerdings hagelte es heute Abend im benachbarten Emmental, im Häusermoos, zünftig und da sind wir ja doch froh, dass es unsere Rechnung 2024 hier in Langenthal nicht auch verhagelte. Ressortvorsteher Patrick Freudiger sagte es zwar, dass die Steuererträge der juristischen Personen regelrecht eingebrochen sind und trotzdem verhagelte es die Rechnung insgesamt trotzdem nicht, weil wir doch ein kleineres Defizit haben als budgetiert. Das ist immerhin sehr erfreulich. Wir hörten jetzt schon Etliches, ja schon fast alles und ich weiss gar nicht, was ich noch sagen soll. Aber ich gehe gleich noch kurz darauf ein, weil es ja zu den Kernaufgaben der GPK gehört, dass sie die Rechnung auch genau anschaut.

Als Erstes komme ich zur Seite 5, wozu Ihr das Blatt ja bereits erhieltet, bei der es eigentlich in dem Sinn ein Missverständnis gab, indem das Ergebnis bereits vorweggenommen wurde und nicht das Ergebnis des Budgets, was dann in dem Sinn bereits korrigiert ist. Dann schaute sich die GPK eben einerseits die Verpflichtungskreditkontrolle genauer an und andererseits auch die Nachkredit-Tabellen. Und ich will an dieser Stelle vorausschicken, dass die GPK nichts vorfand, was gravierend ist, sodass sie Euch sagen müsste, dass man die Rechnung nicht genehmigen kann. Das ist sicher nicht so. Man kann die Rechnung trotz dieser Sachen, die jetzt hier auftauchten, genehmigen. Wir danken auch dem Finanzamt, bei dem bekannt ist, dass die Ressourcen im Moment nicht allzu überschüssend sind, gibt es doch Vakanzen und trotzdem konnten sie eine gute Rechnung vorlegen, wofür wir an dieser Stelle auch danken möchten.



Es wurde ebenfalls schon gesagt, dass auch ein Austausch zwischen GPK und Gemeinderat stattfand; ein konstruktiver Austausch, wonach wir uns bei vielen Punkten schon einig sind und der restliche Austausch auch weitergeführt wird. Ich gehe aber trotzdem noch kurz darauf ein, was wir hier aus Sicht der GPK herausfanden. Und zwar gibt es auf Seite 67 bei der Verpflichtungskreditkontrolle diesen Kommunalverkehrsrichtplan, bei dem der Gemeinderat einen Bruttokredit von Fr. 145'000.00 beschlossen hat, was er auch darf, da dies noch in seiner Kompetenz liegt. Nun wurde dieser aber um rund Fr. 30'000.00 überschritten und somit wechselt dafür eigentlich die Zuständigkeit von Gemeinderat zum Stadtrat, weil der Kredit um so viel überschritten wurde. Eigentlich sollten eben solche Nachkredite bewilligt werden, bevor das Geld ausgegeben wird, was so in den kantonalen Rechtsgrundlagen steht und in dem Sinn die Theorie ist. Wir wissen aber alle, dass man halt nicht immer die Theorie beherzigen kann, sondern dass die Praxis halt dann manchmal anders aussieht. Das ist noch in recht vielen Gemeinden so und das ist jetzt auch hier so. Man hat die Überschreitung, zu der man entsprechend noch keinen Nachkredit bewilligte und wir hörten es vom Ressortvorsteher Patrick Freudiger, dass der Gemeinderat das angehen wird. Etwas ähnliches passierte dann eben auch mit dem Richtplan «Energie». Der Unterschied ist dort beim Verkehrsrichtplan, dass dieser Kredit noch offen ist und noch nicht abgerechnet wurde. Dementsprechend kann man dort also eigentlich dann noch fast alles richtig machen, ausser dass es nachträglich ist und nicht vorher, aber dort besteht die Gelegenheit noch. Beim Verkehrsrichtplan ist es nicht so, denn dieser wurde bereits abgerechnet. Und dort schaute man im ersten Moment gerade ein bisschen lang darauf. Als man aber nachher sah, dass eigentlich auch recht viel Geld reinkam und es deshalb unter dem Strich wie bereits erwähnt in etwa wieder aufgeht. Somit geht es eigentlich nur noch um die falsche Bezeichnung, ist doch in der Tabelle eben von einem Bruttokredit die Rede. Und wenn man dort jetzt von einem Nettokredit redet und dies auch so bezeichnet und dies auch so beschlossen wurde, dann ist hier auch wieder alles in Ordnung.

Auch bei diesen Schutzraumeinrichtungen auf Seite 73 schauten wir genauer hin, weil das wirklich noch nicht lange her ist, seitdem wir dies im Stadtrat behandelten und eben beschlossen, dass wir diese Aufgabe aufheben. Dabei nahmen wir auch zur Kenntnis, wie viel Geld dafür schon ausgegeben wurde etc. Das war offenbar ein Computerproblem mit der Umstellung von HRM1¹ auf HRM2². Der Grund, dass es jetzt wieder so darinstand, wonach der Computer mit der Umstellung von HRM 1 auf HRM 2 nicht ganz einverstanden ist, hatten wir auch vor ein paar Jahren schon einmal, wodurch die Verpflichtungskreditkontrolle ein bisschen durcheinandergebracht wurde. Und das war offenbar auch hier der Grund und dies konnte der Gemeinderat nun bereinigen, dass von daher auch dort alles wieder in Ordnung ist.

Wer dann diese Nachkreditabelle eben aufmerksam anschaut, sah, dass vorne gesagt wird, dass ein Betrag von Fr. 81'400.00 an Nachkrediten in der Kompetenz des Stadtrates liegt. Wenn man die Tabelle aber anschaut, sieht man, dass der einzige Nachkreditbeschluss des Stadtrates diese Fr. 40'000.00 waren, die dort erwähnt werden und mehr nicht. So kann etwas nicht aufgehen und man fand dann nachher auch heraus, dass ein Beschluss zum Unterstützungsbeitrag des FC Langenthal erwähnt ist, hingegen das Pilotprojekt Schulbus Steckholz, wofür der Stadtrat auch nochmals Fr. 41'400.00 bewilligte, hingegen nicht. Warum passierte das? Bei diesem Projekt beschlossen sowohl der Stadtrat wie der Gemeinderat Nachkredite und in der Tabelle wurde dann nur derjenige des Gemeinderats übernommen, sodass der Stadtrat dort nicht mehr vorkam. Und darum geht es am Schluss auch nicht mehr auf.

Dort fand man aber den Grund auch relativ rassig, wovon ich jetzt aber noch keine Korrektur sah, in dem Sinn hier aber jetzt erwähnt wurde, damit man weiss, warum und dass man das an sich anders hätte darstellen müssen, auch mit dem Nachkreditsbeschluss des Stadtrates, damit es in der Summe wieder aufgeht. Das sind eigentlich alles Sachen, bei denen wir uns als GPK und Stadtrat einig sind.

Jetzt bei den letzten beiden Sachen fanden wir uns noch nicht ganz und hier geht es eigentlich um die Kreditüberschreitungen, die einerseits im baulichen Unterhalt der Liegenschaft und des Finanzvermögens sind,

¹ HRM1 = Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell 1

² HRM2 = Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für Kantone und Gemeinden



was auf der Seite 77 unter Konto 2100. 3430.10 zu finden ist. Und auf der anderen Seite geht es auf Seite 80 um Konto 5000.3132.55 «Honorare, Arbeitsleistungen Dritter» vom Sozialamt. Dort ist es jeweils so, dass mit dem Budget zuerst der Stadtrat, und nachher natürlich auch das Stimmvolk in der Volksabstimmung einen Budgetkredit beschloss. Und dabei hat der Gemeinderat jetzt die Kompetenz, bei diesen Budgetkrediten in eigener Regie Nachkredite bis zu Fr. 150'000.00 zu beschliessen. So steht es im Art. 71, Abs. 7 der Stadtverfassung, und dort steht eben auch, dass der Gemeinderat kompetent ist, solche Nachkredite zu Budgetkrediten im Einzelfall bis zu Fr. 150'000.00 zu beschliessen. Und die Frage ist jetzt ein bisschen, wie man die Bezeichnung «im Einzelfall» auslegt. Der Gemeinderat ging davon aus, dass, wenn unter dem gleichen Budgetkredit verschiedene Sachen, das heisst verschiedene Projekte zusammengefasst werden, man dort eigentlich bei jedem separat einen Nachkredit bis zu dieser Summe, die ich erwähnte, beschliessen kann und von daher in der Kompetenz des Gemeinderates bleibt. Die GPK hat dort schon eine andere Auffassung. Wenn man sich überlegt, was das für Konsequenzen hat, dann könnte man im Prinzip bei irgendeinem Budgetkonto Fr. 10'000.00 erfassen. Danach könnte man 20 verschiedene Sachen darunter realisieren, wofür ich jetzt natürlich mit Absicht ein Extrembeispiel beschreibe. Ich gehe überhaupt nicht davon aus, dass das der Gemeinderat so machen will, aber eigentlich, wenn man sich überlegt, was es in der Theorie für Konsequenzen hat, dann könnte man auch 20 verschiedene Sachen, 20 verschiedene Projekte dort darunter aufführen und bei jedem könnte der Gemeinderat nachher selber eigentlich bis zu Fr. 150'000.00 einen Nachkredit beschliessen; das heisst, es wären dann 3 Mio. Franken als Nachtrag beschlossen, ohne dass der Stadtrat irgendetwas dazu sagen könnte. Und das ist auch wohl nicht die Meinung dieser Bestimmung, weil man es dann nämlich sogleich sein lassen könnte. Damit wird nämlich die Finanzkompetenz des Stadtrates ausgehebelt und Transparenz ist auch nicht mehr gegeben. Also dazu bleiben wir mit dem Gemeinderat noch im Austausch, um zu schauen, wie das im nächsten Jahr aus unserer Sicht anders und besser gehandhabt werden könnte. Wie einleitend gesagt, sind dies aber nicht Sachen, die die GPK dazu bewogen hätte zu sagen, dass wir die Rechnung nicht genehmigen können, dem ist nicht so. Die GPK beschloss einstimmig, dass das Geschäft formell richtig ist und dass man die Rechnung auch so genehmigen kann.

Ein letztes Wort vielleicht noch dazu, wer nun in welchem Zeitpunkt diese – ich sage jetzt einmal – Unstimmigkeiten, vielleicht könnte man auch von Fehlern oder vielleicht auch von Missschreibungen reden, wer diese Dinge merken soll. Und dazu machten wir uns schon noch ein bisschen Gedanken. Klar, in erster Linie ist das natürlich das Finanzamt, aber eben bei einer Rechnung von diesem Umfang, was man anhand des Volumens dieses Papierstapels leicht erkennen kann, ist es klar, dass sich wahrscheinlich nicht das Hinterste und Letzte von der Verwaltung selber ausmerzen lässt. Dafür haben wir auch ein Verständnis. Aber wir haben ja noch eine Revisionsgesellschaft, die wir ja noch relativ teuer bezahlen, damit sie die Rechnung genau anschaut. Und ich frage mich schon, und die GPK fragt sich das ebenso, ob die Revisionsgesellschaft eigentlich die Verpflichtungskreditkontrollen und die Nachkreditabellen wirklich im Detail anschaut, denn ihr fiel von dem allem gar nichts auf. Und dort muss ich sagen, besteht bei der GBPK ein gewisses Erstaunen, warum solche Dinge bei der Revisionsgesellschaft niemandem auffiel. Es ist nicht gravierend, aber es sind halt eben doch Sachen, von denen wir der Meinung sind, dass sie bei einer Revision erkannt werden sollten. Damit schliesse ich noch einmal mit dem Dank an den Gemeinderat und die Verwaltung. für die grosse Arbeit, und auch dem Ressortvorsteher Patrick Freudiger für den konstruktiven Austausch, bei dem wir uns bis auf eben die letzten beiden Punkte, eigentlich schon fanden. Danke.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Pascal. Wir würden nun zu den Fraktionssprechern kommen. Wem darf ich das Wort geben? Claudia Fuhrer Uebersax, FDP/jll/L49.

Stadträtin Claudia Fuhrer Uebersax (FDP): Werte Kolleginnen und Kollegen, im Namen der FDP/jll/L49-Fraktion möchten wir uns als Erstes für die Ausführungen des Gemeinderates und für die Arbeit des Finanzamts recht herzlich bedanken. Wir stimmen den Ausführungen der GPK zu. Fehler können immer passieren, aber wir sind doch auch etwas erstaunt darüber, dass dies einer Revisionsstelle nicht aufgefallen ist, dass solch relevanten Unterlagen fehlen. Die Besserstellung gegenüber dem Budget 2024 ist erfreulich und zeigt den richtigen Kurs an. Wir möchten trotzdem noch einen Punkt besonders herausheben, nicht zuletzt auch im



Hinblick auf die bevorstehende Budgetdebatte, was das Konto 6210 «Stadttheater Langenthal» betrifft. Im Budget 2024 wurden Einnahmen von Fr. 380'000.00 budgetiert. Jetzt wurde gerade einmal die Hälfte eingenommen, nämlich Fr. 190'000.00. Das ist sogar noch weniger als in der Rechnung 2023. Dort erwirtschaftete man Fr. 202'787.00. Auch das Sponsoring wurde im Budget mit Fr. 50'000.00 aus Ertrag budgetiert, wogegen aber lediglich Fr. 1'500 Franken eingenommen wurden. Der Nettoaufwand fiel um Fr. 243'537.00 Franken höher aus als im Budget. Uns ist es wichtig, dass das dem Stadtrat bewusst ist und dass er sich diesbezüglich entsprechende Gedanken für die bevorstehende Budgetdebatte 2026 machen kann. Unsere Fraktion wird der Jahresrechnung 2024 einstimmig zustimmen. Danke.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals. Gibt es weitere Fraktionen? Daniel Huber, SVP.

Stadtrat Daniel Huber (SVP): Werter Präsident, werte Anwesende, wie gehört weist die Jahresrechnung einen geringeren Verlust aus als gemäss Budget prognostiziert. Die grösste Stelle der Abweichung stammt aus einer Überrendite im Wertschriftendepot. Das hat etwas mit der Marktentwicklung und der Börse zu tun. Die Renditen an den Börsen, die über dem langfristigen Durchschnitt liegen, werden irgendeinmal durch Verluste kompensiert. Deshalb handelt es sich bei dieser Überrendite um einen exogenen, nicht beeinflussbaren Faktor und stellt keine nachhaltige Verbesserung der Finanzsituation dar. Trotzdem ist es so, dass die Jahresrechnung in den letzten Jahren oft besser ausfiel als das Budget. Das deutet darauf hin, dass eher nach dem Vorsichtsprinzip budgetiert wurde als nach dem Prinzip der besten Schätzung. Das heisst, man baute oft eine Reserve ein, damit man Handlungsspielraum gewinnt und keine Nachkredite beantragen muss. Das kann aber auch nachteilige Effekte haben. Man kennt das aus dem Militär, aus dem WK, wenn am Ende des WK noch 5'000 Schuss und 50 Granaten übrig sind, dann schießt man die einfach noch nach hinten in die Berge, nur damit man im nächsten Jahr nicht weniger Munition bekommt; und im darauffolgenden Jahr macht man es nachher wieder gleich. Ein solches Vorgehen kann sich die Stadt aber nicht mehr leisten, denn die Jahresrechnung weist auch Kennzahlen auf, die sich auf einem Niveau befinden, die so längerfristig nicht tragbar sind. Dazu gehört zum Beispiel die Tatsache, dass Finanzvermögen, das heisst die liquidierbaren Mittel, seit langer Zeit zum ersten Mal tiefer sind als das Fremdkapital. Das heisst, selbst wenn man alles, was man liquidieren kann, veräussert, kann man die Schulden nicht begleichen. Eine zweite kritische Kennzahl ist die Tatsache, dass der Selbstfinanzierungsgrad weit unter 50% liegt. Beides ist bei den wenigsten Gemeinden im Kanton Bern und bei den wenigsten Gemeinden in der Schweiz der Fall und muss darum als ungenügend angeschaut werden. Die Finanzen müssen folglich saniert werden und man kann sie auch sanieren, und das auch ohne unpopuläre Steuererhöhungen. Wenn man zum Beispiel zukünftige Budgets nach dem Prinzip der besten Schätzung vornimmt und nicht nach dem Vorsichtsprinzip, hat das sicher schon einmal einen disziplinierenden Effekt. Man lässt die Luft aus dem Budget, ohne dass das wirklich jemandem weh macht und ohne dass das tiefe Einschnitte zur Folge hat. Ein erster Schritt zur Sanierung der Finanzen ist darum eine disziplinierte Budgetierung, ohne dass man überall Polster und Reserve einbaut. Zusammenfassend kann man sagen, dass man dieser Jahresrechnung zustimmen kann, es so aber nicht mehr weiter möglich sein wird, sodass Sanierungsschritte erforderlich sind. Und der erste Schritt in Richtung einer Sanierung ist, dass man eine disziplinierte Budgetierung 2026 vornimmt. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Nun hat Roland Loser, SP/GL-Fraktion, das Wort.

Stadtrat Roland Loser (SP): Werter Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Jahresrechnung ist wie immer Geschichtsschreibung. Sie ist besser herausgekommen als budgetiert, wie so oft, und wie so oft ist es auch ein bisschen ein Pyrrhussieg, den wir hier errungen haben, weil es primär dadurch zustande kam, dass wir Stellen nicht besetzen konnten und wichtige Investitionen nicht vom Fleck kommen. Mit kurzem Blick auf meine beiden Vorrednerinnen möchte ich sagen, dass man das in Bezug auf die Aussagen zum Stadttheater durchaus so sehen kann. Man darf aber auch feststellen, dass die Ausgaben, für die das Stadttheater selber zuständig ist, sei es beim Personal oder ähnliche Geschichten, eigentlich überall unter dem Budget lagen. Es ist einfach, dass exogene Faktoren – ein Wort, das ich heute neu kennenlernte – wie zum Beispiel der Billetverkauf halt nicht immer ganz einfach zu planen sind. Aber sicher wäre es gut, wenn diese Einnahmen näher als nur bei 50% liegen könnten.



Zur Aussage von Daniel Huber ist zu sagen, dass ich glaube, warum klar ist, dass die SP relativ militärkritisch ist, nämlich genau wegen solchen Sachen und wir hoffen doch schwer, dass wir bei uns in der Stadt einiges gescheiter sind als in diesem Verein. Das Defizit, das wir haben, ist so gewollt, das kommt von der unverhältnismässigen Steuersenkung auf 1,38, die wir vor 15 Jahren machten. Wenn man das einmal ein bisschen vergleicht mit ähnlichen Gemeinden, sind wir ganz klar am Schwanz der Rechnung. Also man kann das mit Lyss, Thun oder Burgdorf vergleichen; berechnet man die Steuernahmen pro Kopf der Bevölkerung, sind wir dort ganz am Schluss. Also ist es offensichtlich, dass ein grosser Teil unserer Probleme darin begründet liegt.

Es ist auch so, dass Langenthal keine steuerstarke Gemeinde ist, auch wenn man alle Gemeinden zum Beispiel nur mit 1,0 besteuern würde, wären wir selbst dann mit den Steuereinnahmen pro Kopf so ziemlich am Schluss. Somit haben wir in Langenthal auch nicht unbedingt diejenigen Leute, die wahnsinnig viel Steuern zahlen und hier wohnen, zumindest nicht im Durchschnitt. Dennoch ist der Gemeinderat seit längerem weiterhin der Meinung, dass der Steuersatz unser grösster USP ist, den wir hier in Langenthal haben. Und wir von der SP/GL-Fraktion sehen das natürlich entschieden anders. Wir brauchen eine gute Infrastruktur, gute Bildung, gute Kindergärten, eine Schulsozialarbeit, die den Namen verdient sowie ein gutes Kultur- und Sportangebot. Dafür müssen wir aber auch investieren können. Es ist nämlich unsere Stube, unser Garten, in den wir investieren. Wir sehen heute auch am Beispiel des SRO, wo der Fokus im Kanton Bern hinführt, wenn man alles nur am Steuersatz festmachen will. Wir sehen es auf Bundesebene mit dem Förderprogramm «Jugend und Sport», das man zusammenstreicht, nur damit man neue Flieger kaufen kann. Auch unser gewolltes Defizit schlägt seit Jahren auf unsere Stimmung hier in Langenthal. Es gibt der Bevölkerung immer wieder das Gefühl, dass wir primär zu viel ausgeben, aber das stimmt nicht. Wir nehmen zu wenig ein, damit ich das an dieser Stelle wieder einmal gesagt habe. In dem Sinn freuen wir uns auf die Finanzstrategie, die der Gemeinderat ankündigte und hoffen, dass man dort ein bisschen auf kreativere Lösungen kommt, als nur hinsichtlich des Steuersatzes. Auch die SP/GL-Fraktion bedankt sich beim Finanzamt für die geleistete Arbeit und auch wir würden die Rechnung so genehmigen. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Roland. Dann darf ich noch Nicole Baumann, GLP/EVP-Fraktion, das Wort geben.

Stadträtin Nicole Baumann-Zumstein (GLP): Guten Abend miteinander. Danke, dass ich mit meinem kaputten Knochen hier sitzenbleiben darf. Auch wir danken dem Gemeinderat und vor allem der Verwaltung für die Erstellung der Jahresrechnung und es freut uns sehr, dass sie besser herausgekommen ist als gedacht. Auch wenn unsere Fraktion die Jahresrechnung genehmigt, ist uns allgemein aufgefallen, dass wir weiterhin ein strukturelles Defizit und einen tiefen Selbstfinanzierungsgrad haben. Und dass wir trotz Investitionen noch nicht annähernd auf dem gewünschten Niveau sind. Wir leben schon jetzt auf Kosten der nächsten Generation. Eine erneute Steuerfussanpassung ist darum spätestens dann angezeigt, sobald wir die geplanten Investitionen auf den Boden brachten. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci gibt es Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher.

Stadtratsvizepräsident Diego Clavadetscher (FDP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werter Herr Stadtratspräsident, geschätzte Damen und Herren, ich nahm vorhin mit gewisser Sorge die Ausführungen des GPK-Sprechers zur Kenntnis, dass immer noch eine Differenz in Bezug auf die Auslegung von Art. 71, Abs. 1, Ziff. 7 der Stadtverfassung besteht. Ich möchte einfach festhalten – und das ist jetzt halt ein bisschen juristisch, da der Stadtrat nach Art. 103 für die Auslegung der Stadtverfassung zuständig ist, dass meine Zustimmung zu dieser Jahresrechnung kein Präjudiz darstellt für die Auslegung von Art. 71, Abs. 1, Ziff. 7, wie es offenbar durch die Exekutive vertreten wird. Danke.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Andere Wortmeldungen zum Geschäft? Dann erkläre ich die Beratung für geschlossen. Wünscht der Gemeinderat noch ein Schlusswort? Das wünscht Patrick Freudiger, SVP.



Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP): Merci vielmals, Herr Stadtratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich namens des Gemeinderates für die positive Aufnahme dieser Jahresrechnung 2024 bedanken und auch für die gute Einordnung, dass man nicht gerade zu Jubelschreien ansetzt, nur weil jetzt die Rechnung besser geworden ist. Ohne hier nun eine steuerpolitische Grundsatzdebatte vom Zaun reißen zu wollen, ist es sicher so, dass es mehrere Faktoren für eine attraktive Gemeinde gibt, was auch im Gemeinderat unbestritten ist, die Steueranlage aber sehr wohl auch dazu gehört. Ich kam eigentlich vor allem nochmals deshalb nach vorne, weil ich noch kurz etwas zu diesen Nachkrediten sagen wollte, respektive auch an die Erwartungen, die man an das Finanzamt haben kann. Dabei möchte ich einfach auf das grundsätzliche Vorgehen bei solchen Beschlüssen hinweisen. Das Finanzamt bekommt Beschlüsse geliefert, aber jeweils ohne Begründungen. Und von dem her warne ich einfach ein bisschen davor, dass man hier Erwartungen hat, die in Richtung Evangelisierung der Tätigkeit im Finanzamt gehen. Die Frauen und Männer machen, was sie können, dies aber einfach aufgrund der Dokumentationen, die sie bekommen und das sind die Beschlüsse, damit man diese einordnen und nachher in der Jahresrechnung auch darstellen kann, aber nicht auch die Begründungen. Dort liegt die Verantwortung beim Gemeinderat, respektive bei der Revisionsstelle. Und wenn Ihr die Unmenge an Seiten seht, die die Jahresrechnung ausmacht, ist es zumindest nicht ein schlechtes Zeichen, wenn man jetzt sieht, wie eng man jetzt eigentlich die Diskussion über Widersprüchlichkeiten oder Ungereimtheiten nun bereits eingrenzen konnte.

Noch etwas zum Thema Nachkredit. Dazu wurden auch zwei Themen moniert; einmal betrifft es Konto 2100.3430.19, wozu ich einfach noch wegen der Nachkredithöhe darauf hinweisen möchte, dass es dort um ein sammelbudgetiertes Konto geht. Das ist nicht ganz unwichtig zu wissen, denn es gibt Weisungen zu dem sammelbudgetierten Konti, wozu es in Art. 7 auch einen Hinweis zum Nachkredit gibt, der eben klarstellt, dass man dort ein bisschen angepasste Voraussetzungen für Nachkredite hat. Dem Gemeinderat ist ein Nachkredit auf Erhöhung der Sammelbudgetierung nur oder erst dann zu beantragen, wenn im Verlauf des Rechnungsjahres aufgrund eines neuen Auftrags nicht budgetierte Ausgaben entstehen oder aufgrund des unerwarteten Ereignisses nicht budgetierte Ausgaben entstehen, die nicht aus den vorhandenen Mitteln der Sammelbudgetierung finanziert werden können. Somit ist diesem Umstand bei den sammelbudgetierten Konti einfach besonders Rechnung zu tragen. Beim zweiten Konto, das erwähnt wurde, bei dem die Überschreitung effektiv auch numerisch sehr hoch ist, liegt kein sammelbudgetiertes Konto vor. Dort wies der GPK-Sprecher richtig darauf hin, dass der Gemeinderat Art. 71, Abs. 1, Ziff. 7 eigentlich so versteht, dass es ja um einen Nachkredit von Fr. 150'000.00 im Einzelfall geht und dabei eben nicht in erster Linie das Konto entscheidend ist, sondern konkret, also materiell gesprochen, der konkrete, einzelne Vorfall. Das ist ein Verständnis, das man eigentlich auch in den vergangenen Jahren so hatte, was insbesondere auch die Revision nicht beanstandete. Es ist ja auch nicht so, dass ein solches Verständnis, wenn man es jetzt allein auf das Konto bezogen anschaut, dies immer nur zu einem Vorteil führen würde.

Ich will nicht unnötig länger werden, aber wenn Ihr Euch einfach das Beispiel von höheren Personalausgaben vor Augen führt, zum Beispiel von Leuten, die vielleicht nicht einem Konto oder sogar nur einem Amt speziell zuzuordnen sind, so könnte das dann immer gleich dazu führen, dass, wenn man allein nur auf diese Konti schaut und beispielsweise eine sehr hohe Ausgabe auf verschiedene Konti herunterbricht, diese Fr. 150'000.00 im Einzelkonto noch immer eingehalten wären. Wenn man aber nachher den Vorfall materiell als Gesamtes anschauen würde, wäre man längst über Fr. 150'000.00 und dann wäre es jetzt nach dem Verständnis des Gemeinderates so, dass man dann die Sache quasi eskalieren lassen und diesen Nachkredit dem Stadtrat unterbreiten müsste.

Also es ist nicht so, dass das Verständnis des Gemeinderates einfach immer dazu führt, dass der Gemeinderat schneller zuständig ist, sondern es wäre eigentlich das Resultat der Perspektive, dass man sagt, man schaut den einzelnen Vorfall in der Sache an und nicht das einzelne Konto, das man übrigens dann auch quasi noch neu schaffen könnte, sodass der Einzelfall in dem Sinn materiell und nicht kontenspezifisch zu betrachten ist. Richtig ist aber auch, dass man seitens des Gemeinderates gerne bereit ist, eine Diskussion über das Thema zu führen. Von daher freuen wir uns und freue auch ich mich persönlich auf einen Austausch mit der GPK zu diesem Thema. Und es ist selbstverständlich so, dass man künftig auch gescheiter werden



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 30. Juni 2025

kann und vielleicht eine andere Auslegung hat. Das darf aber nicht zum Schluss führen, dass die heutige Auslegung rechtlich falsch wäre. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Praxis, wie er sie anwendet, so richtig ist, sodass man die Jahresrechnung auch genehmigen kann. Aber wir werden uns einer Diskussion selbstverständlich nicht verschliessen. Danke fürs Zuhören.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Danke vielmals. Dann würden wir zur Abstimmung kommen. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussesentwurf Ziffer 1 und Ziffer 2 zustimmen kann und die Jahresrechnung 2024 mit den eingangs von Patrick Freudiger vorgestellten Änderungen genehmigen will, zeigt das bitte mit der Stimmkarte. Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Merci.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:

- 1. Die Jahresrechnung der Stadt Langenthal für das Jahr 2024 wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



2. Jahresbericht des Gemeinderates für das Jahr 2024: Kenntnisnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir fahren direkt mit Traktandum Nr. 2 weiter. Es handelt sich um die Kenntnisnahme des Jahresberichts 2024 des Gemeinderates. Es handelt sich gemäss Art. 31, Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates um ein zwingendes Geschäft und wir kommen direkt zur Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Die Berichterstattung hat Stadtpräsident Reto Müller, SP, Ressortvorsteher Präsidiales.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Werter Stadtratspräsident, geschätzte Stadtratsmitglieder, Gemeinderatskolleginnen und -kollegen und Gäste, der Jahresbericht 2024 dokumentiert wiederum ein intensives, aber auch vielfältiges Verwaltungsjahr, geprägt von grossen Umbruchprojekten, personellen Wechseln und gleichzeitig eben auch von viel Alltagsarbeit im Dienst unserer Stadt. Es ist vielleicht sogar noch ein bisschen mehr eine Geschichtsschreibung als eine Rechnung, indem sich die Geschichte ja dann auch manchmal wiederholt. Im Jahresbericht 2024 freuten wir uns nämlich über eine Rechnung 2023 mit einer schwarzen Null und sagten schon dort, dass wir dies dank Sonderfaktoren gut machten. Und nun hörten Sie im ersten Traktandum, wie schnell das dann auch wieder revidiert werden kann. Vielleicht komme ich noch kurz auf die Meilensteine zu sprechen, konnten wir doch im Hintergrund im Projekt ILMA, in der Digitalisierung unserer Verwaltung, sehr grosse Fortschritte verzeichnen und diesen Prozess beschleunigen. Wir konnten dabei mit der Langenthaler Verwaltungsapplikation, kurz LaVa, auch Interaktionen innerhalb der Verwaltung verbessern. Gleichzeitig führten wir die Mitwirkung mit Plattform E ein, die eben auch die digitale Transparenz bezüglich eines Austauschs bei Mitwirkung und Partizipation verbessern kann. Dabei wurde durch die GPK auch weiterhin eine Vorabkontrolle dazu vorgenommen, welche datenschutzrechtlichen Tücken in dieser ganzen ILMA-Situation auftreten könnten; auch dort konnten wir vorwärtsmachen. Ansonsten ist der Verwaltungsbericht ja jeweils auch teilweise amüsant, teilweise ergänzt mit solch kleineren Geschichten mit Symbolcharakter. So kann man beispielsweise darin lesen, dass der neue Badi-Wirt gegen den schlechten Sommerstart kämpfte. Ich glaube, dass es sich in diesem Jahr leicht anders verhält, sodass man vielleicht gegen zu viele Leute zu kämpfen hat, die sich in der Badi aufhalten. Die Schiessanlage Weiher bestand mit dem Veteranenschützenfest ihren Belastungstest und man konnte beispielsweise auch lesen, dass sich die UEFA für das Stadion Hard als mögliches Team Base Camp für die UEFA Women's Euro Championship interessierte, die ja nun am Mittwoch starten wird, was wir dann aber als Standort letztendlich nicht zugesprochen erhielten.

Nicht zuletzt versuchten wir aufgrund der vielen Wechsel im Gemeinderat, wozu sich ja bereits früh entsprechende Hinweise ergaben, dass sich die bisherigen Gemeinderatsmitglieder noch einmal in aller Länge zu ihren Ressorts äussern konnten. Sie wurden ja dann auch Ende des letzten Jahres verabschiedet. Und nicht zuletzt verdeutlicht der Bericht eben auch die stille, aber unverzichtbare Arbeit, die sich auf Seiten der Verwaltung ergibt, die ich hier an dieser Stelle auch extrem fest verdanken möchte. Merci vielmals, stellvertretend gegenüber unserer Verwaltungsleitung und diesem Gremium, wie aber auch allen, die für uns im Dienst der Bevölkerung arbeiten. Nun danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und für den weiteren Austausch über das vergangene Jahr. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals. Die Berichterstattung der GPK übernimmt Gerhard Käser, SP/GL.

Sprecher der GPK, Gerhard Käser (SP): Herr Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, Stadtpräsident Reto Müller sagte schon einiges und mir geht es dabei gleich wie zuvor Pascal Dietrich. Die GPK behandelte das Traktandum Nr. 2 und damit den Jahresbericht ausgiebig und der Stadtpräsident führte bereits einige Punkte aus. Der Bericht, wie er schon sagte, ist ein Rückblick auf ein sehr intensives Jahr, zumal zahlreiche Projekte in Arbeit oder in Planung sind. Dabei steht beispielsweise das Projekt



ILMA¹ vor der Umsetzung und wie gehört wurde auch die Plattform E eingeführt. Im Weiteren fanden einige Wechsel in der Verwaltung statt und mit der Wahl im letzten Oktober gab es auch ein paar Wechsel auf politischer Ebene. Der Rückstand beim Einbürgerungswesen konnte vollständig bereinigt werden und die Einführung des neuen Fallführungssystems ist gut unterwegs. Dann gehe ich noch auf zwei Fragen aus der GPK ein.

Ein Mitglied verwies auf die Richtlinie der Regierungstätigkeit und fragte, wie es um die Massnahmen zur Vorbereitung der Ortsplanungsrevision und die Stadt als Arbeitgeberin steht. Dazu antwortete uns der Stadtpräsident, dass mit der Ortsplanungsrevision in der letzten Legislatur leider nicht gestartet werden konnte. Unter anderem mussten die Prioritäten mit dem neuen Stadtbaumeister anders gesetzt werden. In nächster Zeit sollten dort aber neue Mitarbeitende eingestellt werden können. Beim Gemeinderat hat die Ortsplanungsrevision aber auf jeden Fall hohe Priorität. Beim Thema Stadt als Arbeitgeberin sieht es leider gleich aus. Die Bearbeitung von Mitarbeitergesprächen, Personal und Lohnentwicklung konnten aus Ressourcengründen nicht gestartet werden, wonach die Aufgaben aber in zwei Teilbereiche aufgeteilt wurden; nämlich das schon lange diskutierte Thema mit den Stundenlöhnerinnen, das immerhin schon weit fortgeschritten ist. In diesem Bereich ist aber auch eine gesamthafte Revision geplant, was allerdings nicht ohne externe Unterstützung angegangen werden kann.

Der Gemeinderatssekretär und Stadtschreiber Marc Häuser, das ist der Herr links aus der Talentschmiede Önz was man nicht genug oft erwähnen kann, ergänzte, dass das Personalreglement grundsätzlich überarbeitet werden muss. Die Stadt Langenthal ist im Vergleich mit anderen Städten im Rückstand und in Sachen Lohn ist nicht nur der effektive Lohn das eigentliche Problem, sondern auch die fehlende Perspektive in diesen zurzeit gültigen Lohnbändern. Die GPK möchte sich bei allen Beteiligten für die Zusammenstellung des Jahresberichts ganz herzlich bedanken. Merci für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. Darf ich einer Fraktionssprecherin oder einem Fraktionensprecher das Wort geben? Dan Weber, SP/GL.

Stadtrat Dan Weber (SP): Lieber Fabian, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher, auch unsere Fraktion hat diesen Jahresbericht 2024 thematisiert. An dieser Stelle möchten wir ein grosses Merci für die gewissenhafte und sorgfältige Erarbeitung durch alle daran beteiligten Personen im Gemeinderat wie auch in der Verwaltung aussprechen. Der Bericht zeigt, dass Langenthal auch in anspruchsvollen Zeiten handlungsfähig und zukunftsorientiert bleibt. Drei Punkte möchte ich erwähnen, die uns besonders auffielen. Die Einführung der Kulturlegi, mit der Menschen mit einem kleinen Budget der Zugang zu Kulturbildung und Freizeit erleichtert wird, ist ein echter Beitrag zur mehr Teilhabe. Die Schulraumplanung, die nach früherer Herausforderung jetzt endlich neu und partizipativ aufgegleist wird, ist mit Blick auf die kommenden Generationen ein wichtiger Schritt. Und dann auch der Ausbau der Schulsozialarbeit, der zeigt, dass soziale Unterstützung in der Bildung ernstgenommen und mit konkreten Mitteln gestärkt wird.

Die Beispiele stehen für viele gute Entwicklungen im Jahr 2024, bei denen nicht nur die Projekte umgesetzt wurden, sondern auch die deren Wirkung ersichtlich wurde. Abschliessend möchten wir festhalten, dass es doch noch schön wäre, wenn der Jahresbericht künftig publikumsfreundlicher gestaltet werden könnte, damit nicht nur wir hier im Stadtrat, sondern auch die Bevölkerung noch einfacher mitverfolgen könnte, was Langenthal bewegt. Dazu möchte ich unsererseits noch drei kleine Anregungen vorschlagen: Ein kompakterer Einstieg mit den wichtigsten Erkenntnissen auf den ersten Blick, das Wichtigste in Kürze, eventuell mehr Visualisierungen durch Infografiken und Diagramme, die den Zusammenhang begreifbarer machen und vor allem eine stärkere Betonung auf die Wirkung, also nicht nur, was gemacht wurde, sondern was es für Menschen in Langenthal konkret bedeutet. In dem Sinn danken wir für den Bericht, nehmen ihn zustimmend zur Kenntnis und freuen uns auf die weitere Entwicklung der Stadt Langenthal. Besten Dank.

¹ ILMA = Information Lifecycle Management und Archivlösung



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 30. Juni 2025

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Danke Dan für das Votum. Darf ich einer weiteren Fraktion das Wort übergeben? So übergebe ich das Wort an Deborah Nyffenegger, FDP/jll/L49-Fraktion.

Stadträtin Deborah Nyffenegger (FDP): Sehr geehrter Stadtratspräsident, geschätzte Gemeinderätinnen und Kollegen, herzlichen Dank für die grosse Arbeit rund um diesen Jahresbericht, den wir sehr gerne zur Kenntnis nehmen. Dan hob eigentlich schon hervor, was auch zu unserem Votum passt, war nämlich darin zu lesen, dass man die externe Kommunikation gezielt fördern will. Diesbezüglich möchten wir eben auch beliebt machen, dass gerade der Jahresbericht vielleicht publikler gemacht werden könnte. Die Aufbereitung sollte ein bisschen zeitgemässer, gefälliger und lesefreundlicher daherkommen, indem eben zum Beispiel das Wichtigste in kurzen Infoboxen aufbereitet wird, sodass die Inhalte sehr proaktiv gegen aussen kommuniziert werden könnten. Somit erzähle ich hier nichts Neues und mache es kurz. Danke vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals. Gibt es weitere Fraktionen, die sich melden möchten? Michael Schenk, SVP.

Stadtrat Michael Schenk (SVP): Werter Stadtratspräsident, werte Anwesende, auch die SVP-Fraktion schliesst sich den Vorrednern an und bedankt sich für das sehr umfangreiche Dokument. Dort kann, so glaube ich, jeder seine Informationen herausholen, die er will, und sein Schwergewicht legen. Ich will nicht viel länger werden. Schön wäre es, wenn gewisse Abschnitte vielleicht etwas kürzer gehalten würden, da gewisse Sachen bereits erledigt und abgebaut sind. Dankeschön und merci noch einmal für die super Arbeit.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals. Gibt es noch weitere Fraktionen, die sich melden möchten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Dann erkläre ich die Beratung für geschlossen. Wünscht der Gemeinderat noch einmal das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Da der Stadtrat den Jahresbericht nur zur Kenntnis nimmt, stimmen wir auch nicht darüber ab und schreiten direkt zu Traktandum Nr. 3.



3. Genereller Entwässerungsplan (GEP); Schlussetappe Neubau der Abwasseranlagen Basiserschliessung Oberhard, Abschnitt zwischen Hasenmatt- und Bäreggstrasse (Schwingfestweg), GEP-Massnahmen Nrn. 13 und 14: Projektgenehmigung und Kreditbewilligung

I Eintreten

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 3: Genereller Entwässerungsplan (GEP), Schlussetappe Neubau der Abwasseranlage, Basiserschliessung Oberhard, Abschnitt zwischen Hasenmatt und Bäreggstrasse (Schwingfestweg). GEP-Massnahmen Nummer 13 und 14, Projektgenehmigung und Kreditbewilligung. Ist das Eintreten bestritten? Das Eintreten ist nicht bestritten und wird stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Die Berichterstattung des Gemeinderates hat der Vize-Stadtratspräsident Michael Schär, Ressortvorsteher für Ver- und Entsorgung, Energie, Umwelt, Schutz und Tiefbau.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Merci vielmals, sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, der Vize-Stadtratspräsident sitzt neben Dir, bin ich doch der Vize-Stadtpräsident. Das ist ein Witz, es ist alles gut, kein Problem. Heute Abend geht es wieder einmal um ein GEP-Projekt, wonach ich hoffe, dass ich bei der nächsten Stadtratssitzung nicht erneut ein GEP-Projekt vorstellen muss. Wie ich schon das letzte Mal sagte, geht es auch hier indirekt um die Hasenmattstrasse. Es ist ein Projekt unter dem Schwingfestweg, welches wir fertig machen müssen, bevor wir die Hasenmattstrasse sanieren. Es ist ein sehr grosser Ausbau einer jetzt einförmigen Leitung in einen Rechteckkanal, der 1,60m auf 1,60m sein wird. Dies ist gleichzeitig auch eine Vorarbeit für das Regenrückhalterbecken, wozu Ihr ja den Projektierungskredit bereits bewilligtet. Ihr saht, dass das Geschäft eine lange Geschichte hat oder vielmehr eine sehr lange bewegte Geschichte. Dies begann 1996. Dazu konnten zwei Etappen, was die Kanalisation oder eben das GEP betrifft, bereits durchgeführt werden und nun würde man gerne die dritte Etappe machen, sodass die ganze Sache nachher abgeschlossen ist. Wir legen Euch heute Abend auf der einen Seite das Bauprojekt zur Genehmigung vor, wie auf der anderen Seite auch den Antrag zum dazugehörigen Kredit. So bin ich auf die Diskussion gespannt und falls es weitere Fragen gibt, beantworte ich diese gerne.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Herr Vizestadtpräsident. Ich erzähle so viel, sodass ich meinen Versprecher nicht einmal bemerkte. Die Berichterstattung der GPK hat Pascal Dietrich, FDP/jil/L49.

Sprecher der GPK, Pascal Dietrich (L49): Ja, danke, Herr Stadtratspräsident, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich kann es sogleich vorwegnehmen, dass die GPK zu diesem Geschäft nicht irgendwie eine Bemerkung technischer Natur hat. Dort sehen wir keine Probleme, soweit wir das überhaupt beurteilen können. Es geht uns hier um etwas anderes, warum die GPK noch kurz eine Wortmeldung wünschte. Das eine hat tatsächlich auch gerade mit dem Bauablauf zu tun und das betrifft die Frage, wo eigentlich auch die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums und der Berufsschulen durchgehen können. Ihr wisst ja auch, der Schwingfestweg ist eigentlich der Hauptschulweg vom Bahnhof zu diesen Schulen Hard und man hat dort schon gewisse Bedenken, wenn man dort die Jugendlichen weitläufig woanders durchschleusen will und die dann halt nicht das machen, was vorgeben wird. Und es wurde auch gesagt, dass sich die Schülerschaft wie Wasser verhält, das sich halt einfach dort, wo es hinunter geht, quasi den Weg des geringsten Widerstands sucht. Es wäre dann eben schon problematisch, wenn man auch die Schüler auf der Baustelle hätte und dazu versicherte uns der Ressortvorsteher, dass man dies noch einmal anschaut und auch noch einmal prüft. Aber es sei halt einfach schwierig, eine gute Alternative zu finden, wonach man sich dem immerhin bewusst ist und dies probiert.

Dabei geht es uns als GPK auch noch ein bisschen um die Frage, warum und wieso man uns eigentlich diesen Kredit zur Genehmigung vorlegt, um etwas zu machen, das man sich eigentlich in einem alten Kredit schon bereits einmal bewilligen liess. Ich nehme an, Ihr wisst, von was ich rede, legte man dem Volk doch



im Jahr 1996, was schon bald nicht mehr wahr ist, einen Gesamtkredit für die ÜO vor, der dann auch angenommen wurde, Seither befindet er sich auch in der Verpflichtungskreditkontrolle, die wir ja unter Traktandum Nr. 1 zusammen besprochen. Und obschon eigentlich die Sachen, die man jetzt machen will, darin vorgesehen gewesen wären, nimmt man jetzt nicht diesen bestehenden Kredit, sondern beantragt nun einen neuen Kredit.

Wir diskutierten das mit dem Ressortvorsteher und er sagte auch, dass es eigentlich aus ihrer Sicht vorgesehen war, zuerst den alten Kredit aufzubrechen, was dann allerdings intern von der Rechtsabteilung der Stadt aufgrund des Alters als nicht opportun angeschaut wurde. Dazu stellte man sich schon ein bisschen die Frage, ob es nicht irgendwie eine Deadline oder eine Guillotine gibt, die herunterfährt und festlegt, dass ein Kredit, der 10 Jahre alt ist, fertig ist oder so etwas in dem Sinn. Aber offenbar wollte man das aufgrund des Alters dieses Kredits nicht so machen und kommt deshalb jetzt eben mit einem neuen. Die GPK sagte sich dann, dass man das schon so machen kann, es aber einfach eleganter wäre, wenn man den alten Kredit zuerst abgerechnet hätte, denn jetzt beschliesst man eigentlich Geld für ein Vorhaben, für das schon einmal Geld beschlossen wurde, oder auch 1996 vom Stimmvolk genehmigt wurde? Ich war dannzumal noch knapp nicht stimmberechtigt. Und andere hier im Sall wohl auch nicht, aber ein Teil war es damals sicherlich bereits. Uns wurde dann nachher immerhin noch gesagt, dass der Kredit im Amt schon abgerechnet ist, dabei aber noch nicht beim Gemeinderat durchging und deshalb auch noch nicht bis zu uns kam. Davon sollten wir ja dann nachher zumindest davon Kenntnis nehmen.

Und ob wir dann dies eben nur Kenntnis nehmen können, war auch noch eine Frage, weil es im Zusammenhang mit dem alten Kredit vom 1996 eigentlich auch vorgesehen war, dass man Grundeigentümerbeiträge erhebt, natürlich jetzt nicht für die Abwasseranlagen, aber für die Strasse, die dort zum Teil im Gesamtkredit auch enthalten ist. Und jetzt konnte man im Zusammenhang mit diesem Geschäft davon Kenntnis nehmen, dass der Gemeinderat auf die Beiträge verzichten will, wozu sich dann die GPK schon auch die Frage stellte, wer jetzt dabei die Kompetenz hat, den Entscheid zu fällen, weil ein Einnahmenverzicht, also ein Verzicht auf Einnahmen, was bei einem Verzicht auf die Grundeigentümerbeiträge so ist oder wäre, eigentlich gleichzusetzen ist mit einer Ausgabe.

Also wenn man sagt, man verzichtet auf die Einnahmen, dann ist das finanzrechtlich gesehen wie eine Ausgabe anzuschauen und dort liegt eigentlich die diesbezügliche Kompetenz des Gemeinderates bei maximal 1 Mio. Franken. Dabei konnte man sehen, dass man eigentlich – obwohl man es nicht ganz genau weiss, da nie solch ein Plan aufgelegt wurde, - mit Beiträgen von rund 1,2 Mio. Franken rechnete und somit das Limit überschritten hätte. Dieser ganze Themenkomplex besprach man in der GPK, fand dann aber auch, dass man in dem Sinn noch abwarten muss, weil der Gemeinderat uns, dem Stadtrat, eigentlich die ganze Sache eben noch zur Kenntnis bringen und dort auch begründen will, warum er der Auffassung ist, dass die Abrechnung des Kredits noch in seiner Kompetenz liegt und die Kompetenz trotz dieses Einnahmenverzichts von über 1 Mio. Franken nicht wechselt. Also dort müssen wir noch ein bisschen Geduld haben, was sich die GPK aber notierte und dann dort schauen wird, wie die Begründung aussieht. Dies war jetzt ein kleiner Exkurs, weil das im Zusammenhang mit dem Geschäft auftauchte. Wie gesagt haben wir ansonsten technisch gesehen dazu keine Bemerkungen. Danke.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals. Darf ich einer Fraktionssprecherin oder einem Fraktionssprecher das Wort geben? Rosario Volante, FDP/jll/L49.

Stadtrat Rosario Volante (FDP): Geschätzter Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, im Namen der FDP/jll/L49-Fraktion unterstützen wir den Verpflichtungskredit für die GEP-Schlussetappe Oberhard. Wir begrüssen die Umsetzung im Zusammenhang mit der geplanten Sanierung der Hasenmattstrasse und erachten den gewählten Zeitpunkt als zweckmässig.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals. Gibt es weitere Fraktionsmeinungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Einzelsprecher? Das ist auch nicht der Fall. Somit erkläre ich die Beratung für geschlossen. Der zuständige Gemeinderat, Vize-Stadtratspräsident Michael Schär, wünscht noch ein Schlusswort.



Gemeinderat Michael Schär (FDP): Merci vielmals. Vielleicht kann ich noch einfach als Ergänzung anfügen, auch wenn Pascal Dietrich bereits viele Sachen sagte, die ich in der GPK auch schon beantwortete. Es ist so, dass wir das mit dem Schulweg noch einmal prüfen. Wenn alles klappt, könnten wir vielleicht probieren und schauen – und ich wiederhole auch gerne die Aussage, wonach Schüler wie Wasser sind, und sich das Wasser ja gerne den Weg des geringsten Widerstands sucht – ob wir sie vielleicht mehr durch die Hauptunterführung am Bahnhof bringen könnten; zum Beispiel, wenn man dann auf dieser Seite herauskommt, was ja dann im Norden des 3M-Gebäudes durch die Kühlhausstrasse gehen würde. Und dann wären wir eigentlich gerade gegenüber dieser Strasse, die angedacht wäre, um weiterzugehen. Also ist die Frage wirklich, welche Unterführung man am Bahnhof effektiv braucht und dementsprechend braucht man dann auch diesen Weg. Und ich habe irgendwo auch noch die Hoffnung, dass, wenn man eben den Schwingfestweg nicht mehr brauchen kann, dass man dann eben auch die Hauptunterführung nutzt und damit auch unsere Umleitung.

Aber wir prüfen das alles noch einmal und schauen, wie wir das in den Griff bekommen. Ich denke, auch dort ist es wichtig, dass wir einen guten Baumeister haben, der sicher auch alles rund um die Baustellenabspernung einwandfrei macht, uns dort auch unterstützt und die Schüler davon abhält, in der Baustelle zu landen. Zum alten Kredit kann ich eigentlich nicht mehr viel ergänzen, das erläuterte Pascal Dietrich sehr gut. Die Abrechnung reichten wir dem Gemeinderat zur Genehmigung ein, wozu wir aber noch rechtlich prüfen lassen, was auch Pascal Dietrich zur Zuständigkeit sagte. Je nachdem ist es dann eben entweder zur Kenntnisnahme oder es wäre dann sogar im Stadtrat der Verzicht zu beschliessen. Vielmehr kann ich zu diesem Projekt nicht sagen. Ich möchte trotzdem noch einmal darauf hinweisen, dass das Projekt von 1996 ist, damit ein bisschen die Relation gesehen wird, in der ich mich dannzumal befand; ich war damals noch in Melchnau wohnhaft und neunjährig.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals. Wir kommen somit zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussesentwurf Ziffer 1 bis Ziffer 3 zustimmen will, das heisst, das Projekt und den dafür erforderlichen Verpflichtungskredit genehmigen will, zeigt das mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Merci. Ihr bewilliget den Kredit bei 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen einstimmig. Wir fahren mit Traktandum Nr. 4 weiter.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:

- 1. Das Bauprojekt der Schlussetappe Neubau der Abwasseranlagen Basiserschliessung Oberhard, Abschnitt zwischen Hasenmatt- und Bäreggstrasse (Schwingfestweg), GEP-Massnahmen Nrn. 13 und 14, wird genehmigt.**
- 2. Der hierfür erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 1'520'000.00 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3400.5032.09 "Schlussetappe Neubau Abwasseranlagen Basiserschliessung Oberhard", bewilligt.**
- 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



4. Parkleitsystem: Zustimmung zur Erarbeitung eines Vorprojektes und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 4 mit der Zustimmung zur Erarbeitung eines Vorprojektes und Kreditbewilligung eines Parkleitsystems. Ist das Eintreten bestritten? Das Eintreten scheint nicht bestritten und wird stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir kommen zur Beratung. Die Berichterstattung des Gemeinderates hat Stadtpräsident Reto Müller, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Herr Stadtratspräsident, geschätzte Anwesende, eben mit dem heute vorliegenden Geschäft beantragen wir die Bewilligung eines Verpflichtungskredits in der Höhe von Fr. 150'000.00 Franken für die Erarbeitung eines Vorprojekts für ein neues Parkleitsystem in Langenthal. Warum braucht es ein neues Parkleitsystem? Aus Sicht des Gemeinderates ist das heute bestehende analoge Parkleitsystem aus dem Jahr 2001 untauglich geworden, wenn man überhaupt merkte, dass wir eines haben. Das ist nämlich für die, die schon lange hier sind, nicht immer offensichtlich. Es ist in der Erscheinung veraltet, beschränkt in der Wirkung und entspricht nicht mehr den Anforderungen an ein modernes Verkehrsmanagement. Heute fehlen aus unserer Sicht zentrale Funktionen wie eine dynamische Anzeige von freien Parkplätzen in Echtzeit. oder die Einbindung von privaten Parkieranlagen oder auch, dass man dynamisch anzeigen könnte, wenn zum Beispiel aufgrund von Baustellen oder Zentrumssperrungen eine Störung im Verkehrssystem auftritt.

Ein zeitgemässes Parkleitsystem reduziert gezielt den Suchverkehr, entlastet das Zentrum weiterhin und steigert aus unserer Sicht auch die Aufenthaltsqualität. Es ist eine wichtige Massnahme im Rahmen des Lenkungskonzepts, das der Gemeinderat für den motorisierten Individualverkehr erstellte, und es ist Teil des Agglomerationsprogramms der 4. Generation. Ausserdem wurde seitens der Stadtvereinigung wie auch des Gewerbevereins mehrfach erwähnt, dass eine bessere Anlage eines Leitsystems ein grosses Bedürfnis ist, gibt es doch ähnliche Anlagen in Städten wie Thun oder in der Gemeinde Murten. Was beinhaltet jetzt einmal dieser Kredit auf Stufe Vorprojekt? Wir möchten gerne klären, welche Parkplätze öffentlich und privat in das Projekt einbezogen werden sollen und wie dies gehen soll? Dabei sind wir der Meinung, dass dies möglich ist. Welche technischen Lösungen dann letztendlich in Frage kommen, dynamisch oder halbdynamisch, ist ja auch eine Frage des Preises und hängt davon ab, wo die Signalisationen und Anzeigen platziert werden sollen. Und mit welchen Investitionskosten dann für die spätere Umsetzung auch gerechnet werden kann.

Damit werden sowohl zentrale Parkflächen wie eben auch dezentrale Angebote sowie Veranstaltungsinformationen berücksichtigt. Was kostet das nun eben? Was in diesem Projekt vielleicht auch ein bisschen speziell ist, decken wir die Ingenieurleistungen jetzt bis und mit SIA-Phase 53 ab, falls Ihr das so genehmigt. Das heisst, auf der planerischen Seite wäre das der Gesamtkredit, den wir jetzt einfach nur gestückelt für das Vorprojekt einholen möchten. Stimmt der Gemeinderat diesem Vorgehen zu, kann er dann die weitere Planung an die Hand nehmen und dann anschliessend die Ausführungskosten beantragen. Im Investitionsplan 2025 bis 2029 haben wir dafür seitens der Stadt Fr. 900'000.00 erfasst, die man für das gesamte Projekt einstellte. Aus dem Agglomerationsprogramm 4 wären dann eben für die spätere Umsetzung mit Subventionen des Bundes und des Kantons in der Höhe von rund Fr. 480'000.00 zu rechnen, respektive wurden uns in Aussicht gestellt. Was passiert bei einer Ablehnung? Nichts, dann bleibt es, wie es ist. Dann müssen wir eben auch schauen, wie man künftig mit dem Suchverkehr umgehen will. Wir wissen von der Kordonenerhebung¹, dass wir einen relativ grossen Suchverkehr haben, und dabei relativ kurze Fahrten auch

¹ Kordonenerhebung = Erhebung der Langenthaler Verkehrsdaten vom Frühling 2021 bezüglich der Verkehrsbelastung, der Verkehrszusammensetzung und der zeitlichen Verteilung des Verkehrs.



bereits in unserem Zentrum innerhalb des Perimeters von einem Kilometer festgestellt wurden. Dies führen wir darauf zurück, dass es nicht immer offensichtlich ist, wo man eben bei uns parkieren kann. Mit dem Vorprojekt, falls Ihr das mit dem Kredit genehmigt, schaffen wir eine gute Entscheidungsgrundlage, damit wir ein zeitgemässes und vernetztes Parkleitsystem, eben auch von der privaten sowie den öffentlichen Parkierungsanlage schaffen können, sodass Euch der Gemeinderat hier um Zustimmung zu diesem Verpflichtungskredit bittet. Merci für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals, die Berichterstattung der GPK erfolgt durch Michael Schenk, SVP.

Sprecher der GPK, Michael Schenk (SVP): Jawohl, werter Stadtratspräsident, werte Anwesende, die GPK stellt mal vorweg die formelle Richtigkeit einstimmig fest. Es tauchten zwei Fragen auf, die wir in der GPK entsprechend stellten und behandelten. Die eine Frage beantwortete gerade soeben Reto Müller, wonach der Kredit alles bis und mit SIA-Phase 53 einschliesst, das heisst bis zur Inbetriebnahme und der Rest für das Projekt zur Verfügung steht, so wie es Reto Müller schon erklärte. Eine zweite Frage betraf die Nutzungsdauer von 20 Jahren. Unsere Fragen nach der Begründung dieser Nutzungsdauer konnte nicht so richtig beantwortet werden, sodass man vermutete, dass diese Bestimmung aus der Direktionsverordnung übernommen wurde. Der Hersteller gibt für das Parkleitsystem eine Garantie von etwa zwölf Jahren. Weiteres hat die GPK dazu nicht anzumerken.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals. Gibt es Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Patrick Jordi, FDP/jll/L49.

FDP/jll/L49-Fraktion, Patrick Jordi (FDP): Werter Herr Stadtratspräsident, liebe Anwesende, für Langenthal ist der angesprochene Suchverkehr, beziehungsweise generell der Strassenverkehr ja irgendwo Fluch und Segen zugleich; ein Fluch logischerweise deshalb, weil der Verkehr unsere Strassen im Zentrum teilweise verstopft und auch die Aufenthaltsqualität mindern kann. Ein Segen kann der Verkehr aber vielleicht auch darum sein, weil er unser Stadtzentrum irgendwo belebt. Ich denke, bei uns in Langenthal «tötelet» es noch deutlich weniger als in anderen Städten, wo man den Verkehr schon lange aus dem Zentrum aussperrte. Somit gehört der Strassenverkehr also irgendwo einfach auch ein bisschen zu unserem Zentrum. Unter dem Strich ist auch unsere Fraktion grossmehrheitlich der Ansicht, dass man dem begegnen muss, unter anderem mit einem Parkleitsystem; ein neues, modernes Parkleitsystem, das auf unser Langenthal zugeschnitten ist. Und das kann dazu beitragen, dass unser Stadtzentrum von unnötigem Suchverkehr entlastet werden kann und Autolenkende schnell und zielführend an die richtigen Orte navigieren können, damit eben diese Personen nachher genug Zeit und auch Musse finden, bei uns in Langenthal ihre Erledigungen zu machen, in der Beiz einzukehren, durch die Läden zu flanieren oder was auch immer ihnen im Sinn steht. Aus unserer Sicht macht die Erarbeitung eines Vorprojekts für ein Parkleitsystem Sinn.

Erlaubt mir an dieser Stelle noch ganz kurz eine inhaltliche Bemerkung, was wir seitens der GPK in den Unterlagen lesen konnten und auch in den Ausführungen von Reto Müller ein bisschen durchschimmert. Dieser beantragte Verpflichtungskredit geht über die Erarbeitung eines Vorprojekts hinaus. Der Kredit umfasst also die Erarbeitung des Ausführungsprojekts und ist deshalb eigentlich kein Projektierungskredit im klassischen Sinn. Dieser Umstand gab dann bei uns in der FDP/jll/L49-Fraktion schon noch ein bisschen zu reden. Um dem Geschäft jetzt aber nicht im Weg zu stehen, wird unsere Fraktion den Anträgen des Gemeinderates praktisch geschlossen zustimmen. Natürlich gehen wir davon aus, dass der Gemeinderat die gesprochenen Mittel nur phasenweise auslöst. Danke vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals. Gibt es weitere Fraktionen, die sich melden können? Janosch Fankhauser, SVP.

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): Merci, Herr Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fasse mich kurz. Ich glaube, dass ein neues Parkleitsystem schon auch ein bisschen zeitgerecht ist. Wir wollen Euch schnell aber noch ein paar Gedanken mit auf den Weg geben. Reto Müller sprach es an, dass man die privaten Parkplätze mit ins Boot holen wolle und sich dabei die Frage stellt, wer mitmacht und wer nicht. Wir würden gerne beliebt machen, dass abgeklärt wird, wie viele es überhaupt noch gibt? Oder wie



viel von diesen privaten Parkplätzen Einstellhallenplätze sind, die allenfalls auf andere Grundstücke übertragen wurden? Wir würden eine Variantenvorlage sehr begrüßen, das heisst nicht einfach nur ein fertiges Projekt, sondern vielleicht mindestens zwei oder drei Varianten, damit man zumindest irgendwie entscheiden könnte, was besser ist und was wir allenfalls als zielführender ansehen. Und dies sollte nicht erst um fünf Minuten vor zwölf vorliegen, damit für eine Debatte genügend Zeit bleibt. Die Mehrheit der Fraktion wird dem Kredit zustimmen. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals. Werden sich weitere Fraktionen melden? Mike Sigrist, GLP/EVP.

GLP/EVP-Fraktion, Michael Sigrist (EVP): Werter Stadtratspräsident, werte Anwesende, ich glaube, wir sind uns alle einig, dass der Verkehr – ob er jetzt zur Belebung oder zu weiss nicht was führt – möglichst zielgerichtet sein soll und man nicht einfach wild herumfahren sollte um etwas zu suchen. Aus meiner Erfahrung gibt es dabei zwei Arten von Leuten; entweder kennen sich die einen sofort in Langenthal aus oder sie schaffen das nie. Und ich denke, dort hilft solch ein Parkleitsystem definitiv, um den Leuten zu helfen dort hinzukommen, wo sie hinwollen, insbesondere zu den Parkplätzen. Wir haben auch nicht das Gefühl, dass das Projekt irgendwie übermotorisiert wäre für Langenthal und deshalb werden wir das unterstützen. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Danke vielmals. Darf ich noch der letzten Fraktion das Wort übergeben, Carmen Cescato, SP/GL.

SP/GL-Fraktion, Carmen Cescato (SP): Liebe Anwesende, bei uns führte das eigentlich nicht gross zu Diskussionen. Wir werden dem Kredit sicher zustimmen. Wir diskutierten darüber, ob wir uns das überhaupt leisten wollen, aber wir kamen überein und zum Resultat, dass wir das Gewerbe unterstützen wollen und dass solch ein Parkleitsystem Langenthal ganz sicher etwas bringt. Der Durchgangsverkehr im Zentrum ist zum Teil recht gross. Die Parkplätze sind nicht wirklich bekannt und wir haben das Gefühl, dass das Einkaufserlebnis in Langenthal ganz sicher an Qualität gewinnt, wenn die Leute wissen, wo sie durchgeführt werden. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Danke vielmals. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Nein. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Somit erkläre ich die Beratung für geschlossen. Wünscht der Gemeinderat noch einmal das Wort? Das wünscht der Stadtpräsident Reto Müller.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Merci vielmals für alle Stellungnahmen und die grundsätzliche Zustimmung, sodass ich auch möglichst kurz bleiben möchte. Es ist immer so, dass der Gemeinderat natürlich die Objektkredite natürlich nur phasenweise freigibt; das heisst, zuerst kommt das Vorprojekt in den Gemeinderat, das der Gemeinderat dann begutachtet und den Auftrag für das Bauprojekt erst dann erteilt, wenn er sich damit dann auch abschliessend einverstanden erklären kann. Das ist sichergestellt. Der Vorgehensvorschlag, der auch heute auf dem Tisch liegt, ist nicht ganz neu, machten wir das doch auch schon und ist wirklich dem Pragmatismus geschuldet, damit man dann zu einem späteren Zeitpunkt nicht erneut einen Planungskredit für ein Bauprojekt einholen muss. Vielmehr wollen wir jetzt eben den Entscheid von Euch einholen, ob man dies nun grundsätzlich machen und möglichst früh machen soll, ansonsten wir allenfalls gar nicht die Limite von Fr. 70'000.00 überschritten hätten, womit dann der Gemeinderat schon etwas aufgelöst hätte.

Insofern bin ich sehr dankbar um die Zustimmung. Und sämtliche Abschreibungsdauern richten sich effektiv nach dieser Direktionsverordnung des Kantons Bern. Wir sind dort nach HRM 2 nicht frei, wie wir das künftig abschreiben. Dazu sind im Moment 20 Jahre vorgesehen und hoffentlich halten dann diese Panels auch so lange, ansonsten man dann auch noch via baulichen Unterhalt für Ersatz sorgen könnte, der dann eventuell keine Investition mehr darstellen würde, wenn man einzelne Komponenten ersetzen müsste. Zur Forderung nach Varianten ist zu sagen, dass Varianten immer teuer sind und wenn wir Varianten sogar bis und mit zwei Bauprojekte gleichwertig weiterverfolgen und dann dem Stadtrat vorlegen würden, könnte das einfach auch auf Kosten, insbesondere eben bezüglich Planerinnen und Planern Auswirkungen haben. Deshalb bitte ich Euch hier einfach auch in den Gemeinderat Vertrauen zu haben, dass er im weiteren Vollzug



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 30. Juni 2025

dann die richtigen Entscheidungen trifft. Sollten wir unsicher sein, können wir dann mit unseren vorbereitenden Kommissionen auch Justierungen vornehmen. Danke fürs Vertrauen und für die Zustimmung.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir kommen somit zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussentwurf Ziffer 1 bis Ziffer 3 zustimmen will, zeigt das bitte mit der Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Merci. Ihr stimmtet der Erarbeitung eines Vorprojekts und der Kreditbewilligung mit 37 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme zu.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 1 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen:

- 1. Der Erarbeitung des Vorprojektes Parkleitsystem wird zugestimmt.**
- 2. Der hierfür erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 150'000.00 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3200.5010.117 "Vorprojektierung Parkleitsystem, Projektierungskredit", bewilligt.**
- 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



5. Rückzug des Geschäfts "Familienzentrum Langenthal: Einführung und Betrieb als befristete Gemeindeaufgabe"; Zustimmung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir fahren mit dem Traktandum 5 weiter. Hier geht es um den Rückzug des Geschäfts Familienzentrum Langenthal, Einführung und Betrieb als befristete Gemeindeaufgabe. Das Eintreten ist zwingend und wir kommen deswegen direkt zur Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Die Berichterstattung des Gemeinderates hat Gemeinderätin Martina Moser, Ressortvorsteherin Sozialwesen, Altersfragen und Gesundheit.

Gemeinderätin Martina Moser (SP): Merci vielmals, sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Anwesende. In Langenthal soll ein Familienzentrum entstehen. Die Alte Mühle mit ihrer idealen Lage, ihrer guten Zugänglichkeit und ihrer Grösse wurde Euch in der Stadtratssitzung vom 25. November 2024 als passender Standort für das Pilotprojekt Familienzentrum Alte Mühle präsentiert. Der Stadtrat beriet das Geschäft dann ausgiebig und entschied, erst in der zweiten Lesung definitiv darüber zu befinden. Wir nahmen dann zusammen mit unserem Projektpartner, dem Trägerverein offene Kinder- und Jugendarbeit Oberaargau ToKJO, Vertragsverhandlungen auf, basierend auf den Eckwerten, die wir Euch in dieser Stadtratssitzung vom 25. November präsentierten. Unterdessen beeinflussten drei Faktoren den Weiterbearbeitungsverlauf des Geschäfts. Am 15. Januar 2025 nahm der Gemeinderat die erste Lesung des Kenntnis und dem Sozialamt wurden detaillierte Aufträge für die weitere Bearbeitung mit auf den Weg gegeben.

Am 19. Februar 2025 informierte ToKJO¹ den Gemeinderat darüber, dass er die Bewirtschaftung, die Hauswartung und die Verwaltung der Gratis-Nutzung der alten Mühle entgegen der anfänglichen Zusicherung nicht übernehmen kann. In ihrem Brief halten sie fest, ich zitiere: «Die Verhandlungen haben gezeigt, dass die Vorstellungen auseinandergehen, was diese Eckwerte in der Praxis bedeuten. Seitens ToKJO entstand die Befürchtung, dass die Risiken der Hauswartung, Bewirtschaftung und Instandhaltung einseitig zulasten der Fachstelle ToKJO gehen. An seiner Sitzung vom 20. Januar 2025 beschloss der Vorstand daher, die Verhandlungen vorerst zu sistieren. Und an anderer Stelle, damit das Projekt dennoch am Leben und die Chance eines Pilots erhalten bleibt, würden wir gerne den Dialog suchen. Wir schlagen ein neuerliches Treffen mit dem Gemeinderat vor, um Möglichkeiten und Grenzen des Projekts mit den Rahmenbedingungen in der alten Mühle zu besprechen».

Die weiteren Erläuterungen und Erklärungen zu ihrer Entscheid konntet ihr den Grundlageakten entnehmen. Am 18. März 2025 informierte dann der Verein Familienzentrum Alte Mühle den Gemeinderat schriftlich darüber, dass er trotz den jetzt eben veränderten Rahmenbedingungen weiterhin bereit ist, in Langenthal ein Familienzentrum zu betreiben. Er betont die grosse Bedeutung und den Gewinn für die Stadt, die Region und die Zivilbevölkerung, da sich Investitionen in das Familiensystem und die frühe Förderung von Kindern präventiv und stärkend für die gesamte Bevölkerung und Gesellschaft wirken. Die veränderte Ausgangslage, wie sie sich uns jetzt präsentiert, hat einschneidende Konsequenzen für das geplante Pilotprojekt zur Folge. Das Modell eines Familienzentrums in der Alten Mühle, wie wir es Euch in dieser genannten Stadtratssitzung vom November 2024 vorlegten, ist jetzt so nicht mehr umsetzbar. Darum beantragt Euch der Gemeinderat heute den Rückzug dieses Geschäfts.

Das hat zur Folge, dass die Stadt anderweitig sicherstellen muss, dass die Bewirtschaftung, die Hauswartung und die Verwaltung der Gratis-Nutzung in der Alten Mühle ab dem 1. November 2025 weitergeführt werden kann. Und last but not least, auch wenn das Familienzentrum in der Alten Mühle nach dem ursprünglich vorgesehenen Modell nicht realisiert werden kann, besteht der Bedarf nach so einem Zentrum. Zahlrei-

¹ ToKJO = Kinder- und Jugendfachstelle Region Langenthal



che Fachstellen beobachten aktuelle Entwicklungen mit grosser Sorge, insbesondere werden bereits im frühen Schulalter Schulabsentismus, Schulausschlüsse, Radikalisierungen und psychische Erkrankungen festgestellt. Das Familienzentrum kann hier einen grossen und sehr wichtigen Beitrag leisten, dem entgegenzuwirken, fördernde Strukturen zu realisieren, die zudem mithelfen, gewünschte Entwicklungen zu begünstigen. Mit gemeinsam planenden, beziehungsweise aufeinander abgestimmten Angebots- und Programmpaletten kann die Elternbildung genauso gefördert werden wie die Kompetenzerweiterung der Kinder.

Insbesondere der geplant niederschwellige Treffpunkt bietet Familienmitgliedern die Möglichkeit, am sozialen Leben teilzunehmen, sich mit anderen Eltern auszutauschen und Bekanntschaften zu schliessen, wofür sie sich dann bei herausfordernden Situationen austauschen und Unterstützung finden können. Der Gemeinderat muss jetzt entsprechend wieder entscheiden, ob und in welchem Rahmen so ein Familienzentrum geplant und umgesetzt werden soll. An seiner Sitzung vom 21. Mai 2025 traf er dann auch schon erste, dem zugrunde liegende Entscheidungen für die weitere Erarbeitung. Er legte fest, dass nicht das Sozialamt mit der Ausarbeitung eines angepassten Modells beauftragt wird, sondern der Verein Familienzentrum Alte Mühle dazu aufgefordert werden soll. Dabei legte dann der Gemeinderat ausserdem als Bedingung fest, dass einerseits der Standort der Alten Mühle in der weiteren Bearbeitung des Projekts auszuschliessen ist, da er das als förderlich für das Projekt erachtet und andererseits, dass die Verwaltung Kompensationsmöglichkeiten für die Mehrkosten, die aus einer entsprechenden neuen Vorlage resultieren, aufzeigen muss. Kurz und knapp ist es nun so, dass aus den genannten Gründen die weitere Erarbeitung des Projekts Familienzentrum in Langenthal, basierend auf den alten Eckwerten, nicht mehr möglich ist. Darum beantragt Euch der Gemeinderat eben den Rückzug dieses Geschäfts und dankt Euch für die Unterstützung dieses Antrags. Nur so ist eine Weiterbearbeitung des wertvollen Projekts Familienzentrum möglich. Danke vielmals für Eure Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals, Martina Moser. Die Berichterstattung der GPK hat Mike Sigrist.

Sprecher der GPK, Michael Sigrist (EVP): Werter Stadtratspräsident, werte Anwesende, Gemeinderätin Martina Moser stellte uns in der GPK-Sitzung das Geschäft vor. Grundsätzlich beschloss die GPK nachher die formale Richtigkeit. Es gibt noch drei Fragen, die wir uns stellten und die ich hier einfach auch noch ein bisschen zur Ergänzung von dem erwähnen möchte, was sie uns vorhin erklärte und so ein bisschen zu einer weiterführenden Betrachtung beitragen soll. Unter anderem fragten wir eben auch nach dem Grund, warum der Gemeinderat bei der Ausarbeitung oder Erarbeitung eines neuen Modells den Standort der Alten Mühle kategorisch ausschliesst. Da wäre zudem, was bereits zuvor gesagt wurde, noch zu ergänzen, dass der Gemeinderat aufgrund der Geschichte und der vorliegenden Vorstösse entschied, dass es nicht zielführend ist, die Alte Mühle weiterhin zu berücksichtigen.

Er verspricht sich mit einem neuen Standort grössere Chancen für das Projekt und er vermutet, dass das Projekt gerade auch wegen des Standorts in der Alten Mühle scheiterte. Die zweite Frage bezog sich auf den Brief von ToKJO, in dem von einer Sistierung gesprochen wird, wonach dann aber im Bericht & Antrag die Rede davon war, dass ToKJO die geplante Aufgabe einfach so nicht mehr übernehmen möchte. Dabei war dann nicht von einer Sistierung die Rede, sondern es wurde aus unserer Sicht auch ein bisschen anders dargestellt. Dazu wurde uns erklärt, dass es definitiv nicht so ist, dass ToKJO überhaupt nicht mehr an dieser Aufgabe interessiert ist, sondern dass sich ToKJO vielmehr gegen die Weiterführung dieses Modells mit den abgemachten Eckwerten aussprach, weil der Vorstand von ToKJO einsah, dass das finanzielle Risiko nicht vom Verein getragen werden kann. Demzufolge würde ToKJO allerdings bei einem neuen Projekt mit neuen Bedingungen mitmachen. Nun definierte der Gemeinderat eben die Vorgabe, bei einer Neuauflage dieses Projekts über einen neuen Standort nachzudenken. Der Ball liegt jetzt beim Verein Familienzentrum, und je nach Vorschlag, ist der Gemeinderat sicher auch offen, für einen neuen Standort Unterstützung anzubieten. Die dritte und letzte Frage beschäftigte sich damit, ob ToKJO wohl auch so entschieden hätte, wenn wir im November 2024 das Geschäft gemäss dem Vorschlag genehmigt hätten? Dazu wurde erklärt, dass ToKJO



wahrscheinlich bei genauerer Betrachtung ebenso sehr wohl gemerkt hätte, dass sich die Rahmenbedingungen oder die Eckwerte so nicht umsetzen lassen und es von daher nicht so weitergegangen wäre. Das ist die Stellungnahme aus unserer Sicht als GPK. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals. Wir kommen zu den Fraktionssprecher:innen. Wem darf ich das Wort geben? Niemandem? Okay, gibt es Einzelsprecher:innen? Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Weitere Wortmeldungen? Somit erkläre ich die Beratung für geschlossen. Wünscht die Gemeinderätin noch ein Schlusswort. Martina Moser.

Gemeinderätin Martina Moser (SP): Sehr geehrter Stadtratspräsident, geschätzte Anwesende, es geht hier nicht in dem Sinn um ein Schlusswort, sondern einfach vielleicht noch um eine Ergänzung, wenn ich mir das erlauben darf. Ich sagte zwar tatsächlich, dass es hätte sein können, dass die Eckwerte bei der weiteren Vertragsverhandlung zu einem kritischen Punkt hätten werden können, wie sie es jetzt auch wurden. Aber zum Satz, den ich zuvor sagte, ist mir jetzt schon nochmals wichtig zu betonen, dass ich dabei sagte, dass Ihr am ehesten ToKJO fragen müsst und nicht unbedingt mich. Also ich sehe das nicht unbedingt in meiner Kompetenz liegend das zu beantworten. Ich äusserte dabei aber einfach meine Vermutung, damit ich das hier noch ein bisschen präzisieren konnte. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussesentwurf Ziffer 1 und Ziffer 2, beziehungsweise dem Rückzug des Geschäfts «Familienzentrum Langenthal: Einführung und Betrieb als befristete Gemeindeaufgabe» gemäss der Traktandenliste des Stadtrates zustimmen will, zeigt das mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Merci. Ihr stimmtet dem Antrag des Gemeinderates mit 34 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 4 Enthaltungen:

1. Dem Rückzug des Geschäfts "Familienzentrum Langenthal: Einführung und Betrieb als befristete Gemeindeaufgabe; Genehmigung des Reglements über das Familienzentrum Alte Mühle; Kreditbewilligung" (Bericht Gemeinderat vom 16. Oktober 2024 für die Stadtratssitzung vom 25. November 2024) durch den Gemeinderat wird zugestimmt.
2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



6. **Motion Freudiger Patrick (SVP), Bösiger Daniel (SVP), Clavadetscher Diego (FDP), Dietrich Pascal (parteilos), Häfliger Dyami (glp), Lerch Martin (SVP), Zaugg-Streuli Franziska (FDP) vom 20. Dezember 2021: Neues Submissionsrecht – kommunale Spielräume nutzen; Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir machen sogleich mit Traktandum Nr. 6 weiter. Dabei geht es um die Motion Freudiger Patrick, Bösiger Daniel, Clavadetscher Diego, Dietrich Pascal, Häfliger Dyami, Lerch Martin, Zaugg-Streuli Franziska vom 20. Dezember 2021; neues Submissionsrecht, kommunale Spielräume nutzen; Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung. Das Eintreten ist zwingend und wir kommen direkt zur Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Die Berichterstattung des Gemeinderates hat der Stadtpräsident Reto Müller.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Geschätzte Anwesende, mit dem heute zur Abschreibung beantragten Geschäft beantworten wir eine Motion, die sich mit dem grundsätzlichen Submissionswesen, aber insbesondere mit demjenigen der Stadt Langenthal befasste. Dabei ging es konkret um die Frage, wie bei öffentlichen Ausschreibungen in der Umsetzung des neuen kantonal geltenden IVÖB¹, neben dem Preis auch qualitativ nachhaltige soziale oder lokale Kriterien berücksichtigt werden können. Das Anliegen der Motion durften wir in enger Zusammenarbeit mit einer nichtständigen Kommission behandeln. Wir prüften das sorgfältig und konkretisierten es. Diesen Austausch mit der nichtständigen Kommission, empfand ich oder der Gemeinderat als insgesamt sehr konstruktiv und lehrreich, was für die Verwaltung wie für uns als politische Gremien gilt. Zusammen konnten wir die Gelegenheit nutzen, dass wir die Submissionswerte der Stadt vertieft reflektieren durften. Und wir schärfen es dahingehend regulatorisch mit diesen Weisungen, wo es aus Sicht der nichtständigen Kommission nötig war.

Das Ergebnis liegt jetzt eben in Form von klaren und praktikablen Weisungen des Gemeinderates an die Stadtverwaltung vor, die bei künftigen Ausschreibungen anzuwenden sind. Wir schafften damit ein praxisnahes Instrumentarium, um neben dem Preis eben auch andere für uns relevante Kriterien sachgerecht gewichten zu können, und das Verfahren so festzulegen und zu definieren, in welchen Bereichen wir Ausnahmen sehen, die vom öffentlichen Ausschreibungsverfahren abweichen könnten. Damit erfüllten wir inhaltlich die Forderung aus der Motion. Eine formelle Umsetzung der Motion, etwa in Form eines Reglements oder einer Reglementsänderung, ist aus unserer Sicht deshalb nicht mehr nötig. Es liegt jetzt vielmehr an unserer politischen Führung, auf die konsequente Anwendung der bestehenden Möglichkeiten und der Einhaltung der Weisungen zu achten. Wir danken allen Beteiligten, insbesondere den Mitgliedern der nichtständigen Kommission und der Verwaltung, für das engagierte Mitdenken und Mitgestalten und ich bitte Euch im Namen des Gemeinderates, die Motion mit dem Bericht als erledigt abzuschreiben. Besten Dank.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals. Eine Berichterstattung des GPK liegt meines Wissens nicht vor. Somit kommen wir zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern. Wem darf ich das Wort übergeben? Niemandem. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Auch nicht. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, erkläre ich die Beratung für geschlossen. Wünscht die Vertretung der Motionärinnen und Motionären noch ein Schlusswort? Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Dann würden wir zur Abstimmung kommen. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziffern 1 und 2, also der Abschreibung der Motion zustimmen will, zeigt das mit seiner Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Merci. Ihr stimmtet dieser Abschreibung mit 36 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme zu.

¹ IVÖB = interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen



III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 1 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen:

- 1. Die Motion Freudiger Patrick (SVP), Bösiger Daniel (SVP), Clavadetscher Diego (FDP), Dietrich Pascal (parteilos), Häfliger Dyami (glp), Lerch Martin (SVP), Zaugg-Streuli Franziska (FDP) vom 20. Dezember 2021: "Neues Submissionsrecht – kommunale Spielräume nutzen!" wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Bevor wir nun zu Traktandum Nr. 7 kommen, machen wir eine kurze Pause und setzen die Sitzung um 21.10 Uhr fort.

(Es folgt ein Sitzungsunterbruch von knapp 10 Minuten)



7. Parlamentarische Erklärung der SP/GL-Fraktion vom 19. August 2024: "Verurteilung von Rassismus und Menschenfeindlichkeit"

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir würden mit dem Traktandum Nr. 7 weitermachen. Da geht es um die parlamentarische Erklärung der SP/GL-Fraktion vom 19. August 2024 und somit um die Verurteilung von Rassismus und Menschenfeindlichkeit. Das Eintreten ist zwingend und wir kommen deswegen direkt zur Beratung. Eine Berichterstattung des Büros des Stadtrates gibt es keine, da eine schriftliche Beantwortung vorliegt. Die Berichterstattung der GPK übernimmt Michael Schenk, SVP.

Sprecher der GPK, Michael Schenk (SVP): Gut, wir konnten nun alle kurz durchschnaufen, werte Anwesende, sodass ich nun Stellung nehme, was die GPK dazu behandelte. Die GPK setzte sich in der Sitzung intensiv mit dieser Vorlage auseinander, insbesondere damit, ob eine solche Erklärung überhaupt die Aufgabe des Stadtrates ist. Das beschäftigte uns am meisten. Inhaltlich diskutierten wir nicht darüber. Es gibt ganz viele Gründe, die dafür sprechen, dass man das machen kann, aber gleichzeitig gibt es auch ganz viele Gründe, dass man das eben nicht machen sollte. Man erkundigte sich auch bei verschiedenen Juristen, was Ihr lesen konntet, wobei es auch zu verschiedenen Meinungen kam. Ich verzichte an dieser Stelle darauf, hier in Form von Juristerei Paragraphen und Artikel herunterzulesen, denn das ist nicht mein Fachgebiet. Entsprechend möchte ich die ganze Sache nicht auch noch in die Länge ziehen; vielmehr ist für uns wichtig, dass wir nachher noch darüber diskutieren können.

Wie gesagt diskutierte die GPK dieses Traktandum und kam schlussendlich zum Schluss, dass es demgemäss im Moment eigentlich kein «richtig» oder «falsch» gibt, da es nirgends richtig geregelt ist. Vielmehr müssen wir jetzt irgendwie einen Weg finden, wie wir damit umgehen wollen. Deshalb erklärte die GPK mit 7 zu 0 Stimmen die Vorlage für formell richtig. Uns ist es ganz wichtig, dass wir dies jetzt im Stadtrat diskutieren. Dabei wäre es noch wichtig, auch eine formelle Diskussion zu führen und nicht nur eine inhaltliche, wir sind ja gleichzeitig auch gerade daran sind, unser Reglement oder unsere Aufgaben des Stadtrates ein bisschen neu aufzuschreiben und da könnten wir das auch einfließen lassen. Ich bin gespannt auf die Diskussion und schliesse damit meine Ausführungen.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals, darf ich der SP/GL-Fraktion als Verfasserin der Erklärung das Wort geben, Linus Rothacher.

Stadtrat Linus Rothacher (SP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt folgt ja noch ein bisschen ein älteres und vielleicht auch ein bisschen ein kontroverseres Traktandum aus der letzten Legislatur, aber aufgrund der Umstände kommt es eben auch erst heute Abend zur Diskussion. Ich werde mich im Eingangsvotum vor allem auf inhaltliche Themen beziehen, auf die formellen Punkte komme ich dann bei Bedarf gerne noch zu sprechen. Die SP/GL-Fraktion unterbreitet Euch heute zusammen mit der GLP/EVP-Fraktion die vorliegende parlamentarische Erklärung mit dem Titel «Verurteilung von Rassismus und Menschenfeindlichkeit». Wir wollen die Erklärung heute diskutieren, weil wir ernsthaft besorgt sind über die Vorkommnisse, die sich in unserer Stadt ereigneten. Bereits mehrere Male, Ihr wisst es alle, diskutierten wir hier im Stadtrat über den Anstieg von extremistischen Symbolen wie auch über die Gefahr von rechtsextremistischen Gruppierungen, die zum Teil halt leider immer noch stark im Oberaargau verwurzelt sind. Vor gut einem Jahr kam es dann zu einem Vorfall, der auch Auslöser für die vorliegende parlamentarische Erklärung war. Hier in diesem Gebäude trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der rechtsextremen Gruppierung Junge Tat und sinnierten über ihre extremistischen und menschenverachtenden Konzepte wie Remigration, Ersatzmigration und Bevölkerungsaustausch und so weiter. In der Folge des Anlasses kam es nachher auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Gegendemonstrant:innen. Die ganze Sache war dabei auch Gegenstand einer schweizweiten Presse- und medialen Berichterstattung. In der Folge von dem wurden wir auch von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern angesprochen. Man wünschte sich eine Stellungnahme von Seiten der politischen Behörden. Weiter sorgt auch die aktuelle politische Weltlage für grosse Unsicherheit und für das Bedürfnis einer klaren Haltung seitens der eigenen Volksvertreterinnen und Volksvertreter.



Ich muss hier im Saal sicher nicht erklären, dass Rassismus, Diskriminierung und Rechtsextremismus weltweit mit rasanter, besorgniserregender Geschwindigkeit wieder zunehmen, salonfähig werden und in diversen Formen heute auch im Parlament, ja sogar in Regierungen vertreten sind. Zeugen dieser Entwicklung sind beispielsweise die Gründung der Pnos¹-Nachfolgeorganisation, das fast schon wöchentliche in Erscheinung treten der Jungen Tat – wie kürzlich auch wieder in der Lenk, und auch die Ereignisse rund um die Pride in Budapest, die dann nachher dank engagierter Personen trotzdem durchgeführt werden konnte. Auf dem Hintergrund der lokalen Verhältnisse und auch auf der generellen weltweiten Entwicklung ist die vorliegende parlamentarische Erklärung zu verstehen. Bei den genannten Phänomenen und den erwähnten Gruppierungen handelt es sich eben nicht um patriotische NGO's analog zu Greenpeace, was fälschlicherweise von der Jungen Tat und auch von gewissen Politikerinnen und Politikern immer wieder behauptet wird.

Wenn man sich mit den Inhalten dieser Gruppierungen und auch von den gleichgesinnten Bewegungen in Europa auseinandergesetzt, wird ersichtlich, dass es sich um eine Bestrebung handelt, unser demokratisches und rechtsstaatliches System, das seit über 80 Jahren in Europa erarbeitet wurde, in Frage zu stellen. Also sozusagen auch die Grundlage, auf der wir heute hier Politik machen. Wir sind uns dabei bewusst, dass der Stadtrat von Langenthal kein zweiter Nationalrat ist und sicher grundsätzlich auch nicht für die Kommentierung des Weltgeschehens zuständig ist. Wir halten es aber dennoch für angebracht, dass wir über diese Phänomene, die sich hier auch lokal manifestierten, diskutieren können. Die SP/GL-Fraktion ist klar der Meinung, dass solche Ereignisse nicht ohne Weiteres stehen gelassen werden können. Uns ist es darum wichtig, dass wir als oberste politische Behörde in der Stadt Langenthal klarstellen, dass Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, aber auch jegliche Formen von Diskriminierungen in Langenthal keinen Platz haben.

Weiter ist auch Gewalt gegen Menschen, und zwar egal von wem, zu verurteilen. Eine parlamentarische Erklärung hat zum Zweck, grundsätzliche politische Hinweise zuhanden des Gemeinderates zu erteilen. Und genau darum, um nicht mehr und nicht weniger, geht es bei dieser Erklärung. Wir wollen, dass der Bevölkerung signalisiert wird, dass sich der Stadtrat von Langenthal dieser Thematik annimmt und dass solche Themen auch in den politischen Behörden diskutiert werden, und eben nicht Gegenstand von Auseinandersetzungen auf der Strasse sind. Weiter hoffen wir auch, dass durch die generelle Erklärung seitens des Parlaments dieser Aspekt, dort wo möglich, bei zukünftigen konkreten Problemen und auch bei der Erarbeitung von Vorlagen und Projekten mitgedacht wird. Wir bedanken uns dabei auch beim Gemeinderat für seine klare Stellungnahme. Zu Recht erwähnt der Gemeinderat, dass die Haltung, die mit der vorliegenden Erklärung vertreten wird, auch in konkretem Handeln Ausdruck finden muss. Damit sind wir voll und ganz einverstanden.

Ob und welche Massnahmen dann zum gegebenen Zeitpunkt ergriffen werden sollen, muss nachher Gegenstand einer fundierten Debatte sein. Ich hoffe deshalb sehr, dass wir als Parlament heute dem Antrag des Büros zustimmen können. Ich bedanke mich auch bei allen, die sich dieser wichtigen Thematik annehmen. Und vielleicht noch zum Schluss, damit wir es klarstellten, dass es uns wirklich nicht darum geht, jemanden an den Pranger zu stellen oder damit Schlagzeilen produzieren zu wollen. Ich bin auch überzeugt, dass hier alle gegen Extremismus und Diskriminierung eintreten und alle auf dem Boden von Rechtsstaat und Demokratie stehen. Wir halten es aber wie erwähnt für richtig und wichtig, dass der Stadtrat nach solchen Vorkommnissen, wie ich es vorhin beschrieb, klare politische Signale von sich gibt. Schweigen ist keine Option. Merci für Eure Unterstützung und ich hoffe auch auf eine sachliche Diskussion.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Linus Rothacher, für das Votum. Darf ich den Fraktions-sprecherinnen und Fraktionssprechern das Wort geben, Franziska Zaugg-Streuli, FDP/jll/49-Fraktion.

Stadträtin Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, liebe Anwesende, die FDP/jll49-Fraktion befasste sich intensiv mit der vorliegenden parlamentarischen Erklärung. Unsere Fraktion, schon zum Vornewegnehmen, lehnt die Erklärung grossmehrheitlich in der vorliegenden Form ab. Unsere Ablehnung gründet nicht auf die inhaltliche Zustimmung zu rassistischem oder menschenfeindlichem Gedankengut, im Gegenteil. Rassismus, Extremismus und Diskriminierung haben in einer offenen, liberalen Gesellschaft

¹ Pnos = Partei national orientierte Schweizer



keinen Platz. Wir stellen jedoch die Form und den Ort dieser Erklärung in Frage. Wir sind hier nicht als Privatpersonen, sondern als gewählte Mitglieder des Stadtparlaments. Das Parlament hat eine klare Rolle. Es ist zuständig für gesetzgebende, kontrollierende und budgetäre Aufgaben, nicht für moralische Urteile oder politische Symbolik. Das Parlament richtet nicht. Ein öffentliches Bekenntnis im Namen des gesamten Stadtrates zur Verurteilung von gesellschaftlichen Missständen ist problematisch. Es verlagert politische Verantwortung in eine moralische Zone, die nicht der institutionellen Funktion unseres Rates entspricht.

Ein solches Vorgehen widerspricht dem rechtsstaatlichen Prinzip der Gewaltenteilung und birgt die Gefahr von politischer Instrumentalisierung. Zudem ist die Meinungsfreiheit ein verfassungsmässig garantiertes Grundrecht in der Schweiz. Sie schützt auch unbequeme, ja sogar absurde Meinungen, solange sie nicht gegen geltendes Recht verstossen. Die parlamentarische Erklärung, wie sie heute vorliegt, erweckt den Anschein, dass der Stadtrat normativ darüber befinden soll, welche gesellschaftlichen Haltungen legitim sind und welche nicht. Das ist nicht die Aufgabe eines Parlaments. Wir anerkennen die Sorge der vielen Bürgerinnen und Bürger über extremistische Tendenzen. Der richtige Weg zur Bekämpfung solcher Entwicklungen liegt aber im konkreten Handeln, im Vollzug von bestehenden Gesetzen, in der Arbeit der Polizei und der Justiz, nicht in symbolischen Erklärungen. Die FDP/jll/L49-Fraktion steht für Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und die Verteidigung der Grundrechte. Deshalb lehnen wir die Erklärung grossmehrheitlich ab. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. Gibt es weitere Fraktionen? Michael Schenk, SVP.

Stadtrat Michael Schenk (SVP): Die SVP-Fraktion lehnt diese Vorlage auch strikt ab, und zwar aus folgenden Gründen. Eine Erklärung ist nicht Aufgabe des Stadtrates, wie es vorhin auch schon gesagt wurde. Es wird damit eine Präjudiz geschaffen für weitere Erklärungen, die zu anderen gesellschaftlichen Themen abgegeben werden könnten, was entsprechend politisch missbraucht werden könnte. Und wir sind dafür gewählt, Langenthaler Themen zu behandeln und nicht dafür, zu überregionalen Themen Stellung zu nehmen. Dafür gibt es andere Gesetze und auch auf eidgenössischer Ebene andere Möglichkeiten. Es ist jedem Stadtrat einzeln überlassen, jederzeit zu etwas Stellung zu nehmen und sich auch dazu zu äussern. Auch die SVP ist ganz klar gegen Rassismus und was da weiter verlangt wird. Das ist für uns auch ein Missbrauch, was auch kein Thema ist und auch wir nicht befürworten. Aber es gehört einfach nicht hier in das Parlament, was uns ganz wichtig ist so festzuhalten. Wir lehnen das einstimmig ab.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Murielle Schärer, GLP/EVP-Fraktion.

Stadträtin Murielle Schärer (GLP): Wie Ihr vielleicht gerade merkt, ist Schweigen nicht in jeder Situation angebracht. Die GLP/EVP-Fraktion unterstützt darum die parlamentarische Erklärung, weil die Haltung in der heutigen Zeit wichtiger denn je ist, besser vorher als hinterher, und man die Mücken lieber jetzt bekämpft, bevor der Elefant vor dem Haus steht.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals. Wir würden zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern kommen. Darf ich jemandem das Wort geben? Dann Weber, SP/GL-Fraktion.

Stadtrat Dan Weber (SP): Lieber Fabian, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher, das ist mein erstes Votum hier im Stadtrat und ehrlich gesagt hätte ich mir gerade ein bisschen einen leichteren Einstieg gewünscht. Trotzdem ist es mir sehr wichtig, heute ein paar persönliche Gedanken zur vorliegenden Erklärung mit Euch zu teilen. Und genau, weil es so ein grundlegendes Thema ist, ist es mir wichtig, heute meine Gedanken Euch zu spiegeln. Ich will dabei auch festhalten, dass ich bei der Stellung dieser Erklärung noch nicht Teil des Parlaments war. Ich möchte vorwegnehmen, dass es mir nicht darum geht, diesem Traktandum die Bühne zu stehlen oder aus einer politischen Grundhaltung ein persönliches Drama zu machen. Mein Votum soll nicht polarisieren, sondern mein persönliches Dilemma der letzten Tage sichtbar machen. Die Werte in dieser Erklärung unterstütze ich voll und ganz. Rassismus, Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Gewalt haben in Langenthal gar keinen Platz.

Diese Haltung muss einfach Konsens sein, über die Parteigrenze hinweg, über persönliche Erfahrungen hinaus. Was mich jedoch beschäftigte, ist, dass der Titel »Verurteilung von Rassismus und Menschenfeindlichkeit« lautete. Im Text werden mehrere Diskriminierungsformen konkret benannt. Als Vertreter einer Minderheit



möchte ich dazu erwähnen, dass Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung in der Erklärung nicht explizit erwähnt wurde. Wenn andere Formen der Diskriminierung konkret benannt werden, fällt eben das Fehlen von etwas doch auf. Dabei geht es hier gar nicht um mich, als offen schwul lebenden Menschen, sondern um all die Menschen in unserer Bevölkerung, die das Lesen und die vielleicht noch nicht die Kraft hatten, offen zu leben, wie sie sind, und die sich in unserer Gesellschaft immer noch erklären müssen, für was sie sind und wie sie leben.

Wenn wir als Parlament ein Zeichen gegen Menschenfeindlichkeit setzen, dann sollte man das Zeichen ganz klar so festhalten, dass das auch sie und uns einschliesst, nicht aus Prinzip, sondern aus Überzeugung. Ich bin sicher, dass die Auslassung nicht absichtlich passierte. Aber sie zeigt, wie entscheidend es ist, dass man bei solch sensiblen Themen alle Perspektiven frühzeitig einbindet. Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte, ist, dass diese Erklärung meines Erachtens kein klassisches Stadtratsgeschäft ist. Wir reden heute nicht über Finanzinfrastruktur oder Anträge, nein, wir reden über Werte, über ein öffentliches Signal, das wir senden und dies in einem formalen Rahmen, mit Ja, Nein oder Enthaltung. Ich finde es fragwürdig, eine derart tiefgehende gesellschaftliche Frage als Geschäft zu behandeln.

Was wir gebraucht hätten, wäre ein anderer Weg, ein überparteiliches Gefäss, um gemeinsam mit Blick auf alle Fraktionen ein starkes, breites, getragenes und sorgfältig formuliertes Zeichen setzen können, und nicht einen parteipolitischen Vorstoss für unsere Stadt, für unsere Bevölkerung. Ein Zeichen, das sagt, wir stehen geschlossen für etwas ein, für Menschenwürde, Vielfalt und Respekt. Denn letztlich ist es genau das, worum es gehen soll, nicht um parteipolitisches Ringen, sondern um ein klares und geeintes Signal von uns als Gesamtparlament. Nun denn, die politische Erklärung liegt vor und aus meiner Sicht gibt es jetzt zwei Wege, damit umzugehen. Erstens, wir nehmen es heute geschlossen an und springen gemeinsam über unseren Schatten, stellen unsere Einzelpositionen zurück und sorgen dafür, dass Langenthal nicht gespalten oder uneinig wirkt, sondern dass das Parlament eine klare gemeinsame Haltung zeigt. Oder zweitens, und das ist meine Empfehlung für zukünftige solche Fälle, wir erkennen an, dass dieser Prozess nicht breit genug abgestützt war und initiieren die Erklärung neu. Nicht als Geschäft, sondern als parteiübergreifendes, gemeinsames Projekt, aus dem ein öffentliches Statement an die Bevölkerung entsteht und von allen Fraktionen getragen, bewusst ausgearbeitet und gemeinsam verantwortet wird. Unabhängig davon, was wir heute entscheiden, möchte ich ganz klar sagen, dass ich trotz meiner inhaltlichen Vorbehalte heute Ja stimmen werde, nicht weil ich den Text für perfekt halte; nein, sondern weil ich überzeugt bin, dass wir als Stadtparlament in dieser Frage kein negatives Signal gegen aussen senden dürfen. Langenthal darf nicht durch Uneinigkeit auffallen, wenn es um solch grundlegende Werte geht. Wir müssen klar und glaubwürdig Haltung zeigen. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass wir für solche Themen neue Wege finden, indem es weniger um parteipolitische Geschäftslogik geht, sondern um mehr Raum für echten Dialog, mehr Gemeinsamkeit, mehr Zuhören, mehr Perspektivenvielfalt von Anfang an für Langenthal, für unsere Stadt, für alle, die hier leben. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, ich sah, dass es noch weitere Einzelsprecher:innen gibt. Wem darf ich das Wort geben? Robert Haas, SVP.

Stadtrat Robert Haas (SVP): Werter Stadtratspräsident, Stadtpräsident, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, werte Gäste, Kolleginnen und Kollegen, ich habe ein Problem mit dem Extremismus. Aber ich habe nicht nur ein Problem mit dem Rechtsextremismus, sondern auch mit dem Linksextremismus. Und da wir im letzten Jahr auf unserer Seite mehr als einmal damit konfrontiert wurden, beschäftigte mich das stark, sodass ich auch ein bisschen recherchierte und auf folgende Tabellen stiess, die ich Euch gerne zeigen möchte. Diese Tabellen kommen nicht einfach aus einer Schublade, sondern das sind die Tabellen des Bundesnachrichtendienstes. Und schaut Euch jetzt einmal an, wie die aussehen. Wir haben links den Linksextremismus, in der Mitte den Rechtsextremismus und ganz rechts haben wir noch ein bisschen Corona-Extremismus der letzten Jahre, was ja zum Glück Geschichte ist, oder?

Dann haben wir hier die Säulen, die ja noch in hellgrün und dunkelgrün unterteilt sind, die ganzen Säulen stehen für Extremismus mit Gewalt, ohne Schmierereien. Dann haben wir die dunkleren Säulen, das ist der Extremismus mit Gewalt gegen die Polizei. Und wenn ich jetzt das anschau, dann sieht das schweizweit ganz



anders aus, als was wir nun eigentlich als Parlament vorgelegt erhielten. Jetzt würde ich noch gerne die nächste Seite anschauen, die ich selber erstellte. Ich zählte die Zahlen, die ich für diese Jahre beim Bundesnachrichtendienst vorfand, noch einmal zusammen und stellte Linksextremismus, mit Gewalt gegen die Polizei, dem Rechtsextremismus gegenüber. Ich kam dabei zum Ergebnis, dass, wenn ich den Linksextremismus mit dem Rechtsextremismus vergleiche, es im Gesamten rund siebenmal mehr Linksextremismus gibt. Aber was mich schockierte, ist, dass es bei der Gewalt gegen die Polizei in der Schweiz fast 50mal mehr Linksextremismus als Rechtsextremismus gibt. Das beschäftigte mich sehr stark, sodass ich das diesem Parlament aufzeigen wollte. Ich zeigte die Liste auch mehreren Leuten in meinem Bekanntenkreis, wonach fast alle den Kopf schüttelten und das fast nicht glauben konnten. Aber ich denke, dass auch unsere Schweizer Medien ein bisschen dafür verantwortlich sind. Wenn sich jemand von der rechten Seite mit jemandem trifft, bei dem sie das Gefühl haben, das passe nicht, dann wird ein riesiges Medienspektakel daraus gemacht. Wenn dann irgendwie der viele Linksextremismus, vor allem gegen die Polizei, passiert, kommt das vielleicht in einem kleinen Artikel oder es wird gar nichts darüber berichtet. Das finde ich eine Manipulation an der Bevölkerung. Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher? Corinna Grossenbacher, SVP.

Stadträtin Corinna Grossenbacher (SVP): Werter Herr Stadtratspräsident, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, Grundsätzlich darf ich mal sagen, dass ich kein Schweizerdeutsch rede, was man ja immer noch hört, bin ich doch ursprünglich gebürtige Deutsche und in Süddeutschland aufgewachsen. Ich bin Tochter von einem Kriegskind, das den Zweiten Weltkrieg und den Nationalsozialismus miterlebte. Ich selber nicht, aber meine Mutter. Schrecklich. Ich bin persönlich gegen jegliche Form von Extremismus. Ich gehe noch weiter und lehne mich gerne beim Dan Weber an. Für mich ist «Diversity» ein wesentliches Wort. Wir leben das auch bei uns in der Firma. Für mich gehört alles dazu und für mich ist es selbstverständlich, dass ich niemanden verurteile, weder wegen seiner Ethik, noch wegen seiner Hautfarbe, noch wegen sonst etwas. Ich akzeptiere das.

Kommen wir zu dem, was mich an dieser Geschichte wirklich nervt und ich muss wirklich sagen, ich bin genervt, auch wenn ich in der GPK dafür verantwortlich war, dass wir hier diese Diskussion führen. Was ist eine parlamentarische Erklärung? Sie versteht sich einmal grundsätzlich als politischer Hinweis zuhanden des Gemeinderates. Der Text der Erklärung hier lautet: «Der Stadtrat Langenthal verurteilt und missbilligt alle Arten». Das ist eine Forderung, keine Erklärung, sondern eine klare Forderung. Auch juristisch gesehen. Mike Schenk sagte das wunderschön, fragst du drei Anwälte, bekommst Du fünf verschiedene Meinungen, oder so ähnlich war es? Ja, das stimmt, man ist sich da nicht sicher. Ich betrachtete das Ganze einmal aus einer anderen Perspektive. Ende 2010 wurde ich eingebürgert und bei der Einbürgerung verpflichtete ich mich dazu, die Bundesverfassung der Schweiz zu akzeptieren und mich daran zu halten, wie auch an das StGB, an das Strafgesetzbuch, wie man hier so schön sagt. Und darin, liebe Leute, ist das alles geregelt. Und solche Themen wurden ja von Euch auch bereits im Nationalrat angesprochen und auch dort wurde es klar zurückgewiesen, da dies keine Sache ist, die ein Parlament beschreiben muss, sondern das sind Sachen, die wir in der Gesetzgebung geregelt haben. Und wenn schon, dann pflichte ich Dan Weber bei, dass ich mir wünschen würde, dass der Text deutlich besser ausformuliert wäre und in der Begründung nicht mal wieder nur auf Rechtsradikalismus herumgedrückt wird, obwohl wir ja hier schon zu der Interpellation die Angaben von unserem Sicherheitsdepartement, ich nenne es jetzt mal so, von unserem AföS¹, bekamen.

Am traurigsten ist für mich, dass man in dieser Form erneut über Langenthal in der Presse lesen konnte und die Presse ja auch sofort darauf ansprang. Und das finde ich persönlich am Schädlichsten, weil man in Langenthal vielleicht ab und an einen kleinen Kleber irgendwo von links und von rechts finden kann. Aber Rechtsextremismus, Linksextremismus, all die anderen Sachen, Leute, die fühle ich hier nicht. Vielleicht noch das, was Dan sagte, vielleicht noch am ehesten eine Skepsis gegenüber Andersdenkenden. Damit kann und werde ich heute Abend dieser parlamentarischen Erklärung definitiv nicht zustimmen. Danke.

¹ AföS = Amt für öffentliche Sicherheit



Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Einzelsprecher:innen? Franziska Zaugg-Streuli, FDP/jll/L49.

Stadträtin Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Ich bin klar gegen Rassismus und gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit. Trotzdem lehne ich die parlamentarische Erklärung ab, weil sie in die Zuständigkeit der Judikative eingreift. Die Trennung von Legislative und Judikative ist ein Grundpfeiler von unserem Rechtsstaat.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals weitere Einzelsprecherinnen. Pascal Dietrich, FDP/jll/L49.

Stadtrat Pascal Dietrich (L49): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bin ganz klar gegen Rassismus und gegen Menschenfeindlichkeit und trotzdem lehne ich die parlamentarische Erklärung ab. Warum? Meinungsfreiheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eines unserer höchsten Güter in diesem demokratischen Rechtsstaat und dazu muss man wirklich Sorge tragen. Und die Meinungsfreiheit kann sehr unbequem sein. Die ist manchmal schwer zu ertragen. Berndeutsch gesagt, kann man kann wirklich jeden Blödsinn erzählen, absurdes Zeug, aber solange es nicht gegen das, was im Strafgesetzbuch steht, verstösst. Und dort haben wir auch entsprechende Regelungen, solange man es eben sagen darf. Und mit dem müssen wir hier leben und mit dem wollen wir hier auch leben, weil dies, wie gesagt, ein Grundpfeiler unseres demokratischen Rechtsstaats ist. Ich bin ganz klar der Auffassung, dass wir dieses Element nicht in Frage stellen dürfen und deshalb hier als Parlament auch nicht eine solche Verurteilung vornehmen dürfen, die relativ pauschal gehalten ist.

Wie gesagt, wenn etwas gegen die Rassismus-Strafnorm verstösst, dann ist es etwas anderes, aber dafür haben wir sie eben nachher und dann sind nachher die Gerichte zuständig. Solange es eben nicht dagegen verstösst ist es nicht richtig, wenn ein Parlament als Institution eine Meinung verurteilt. Und mir macht das wirklich auch Bauchweh, gerade was eben auch Vertreter der Jungen Tat manchmal herauslassen. Das finde ich ganz daneben, aber wir müssen halt mit dem leben, wir müssen mit Argumenten dem entgegentreten und nicht mit pauschalen Verurteilungen. Was ich am Schluss gleichwohl auch noch sagen muss, ist, dass ich Rechtsextremismus das letzte finde, aber auch der Linksextremismus macht mir sehr Bauchweh. Und da haben wir eben auch die Situation, dass zum Beispiel im November 2024 Karl-Heinz Dellwo und Gabriele Rolnik in der Politbibliothek Bern auftraten, wozu sie von einem Kollektiv aus der linksautonomen Szene zur Infoveranstaltung eingeladen wurden. Wer sind diese beiden Personen? Das sind ehemalige RAF-Terroristen, Mitglieder der Roten Armee Fraktion. Sie verübten mehrere Terroranschläge mit Toten, entführten Leute und sassen in Deutschland jahrzehntelang im Gefängnis. In der Schweiz werden sie eingeladen und bekommen eine Bühne. Aber das geht, weil sie ihre Strafe absassen. Auch das ist Meinungsfreiheit und auch das macht mir sehr Bauchweh, gerade etwa ähnlich, wie wenn sich Leute der Jungen Tat äussern. Das finde ich gar nicht gut, aber wir müssen das in dieser Schweiz zulassen, denn wenn wir es nicht mehr machen, dann bewegen wir uns hin zu einem totalitären Staat. Und das will ich gar nicht und darum lehne ich auch diese parlamentarische Erklärung ab, obschon ich ganz klar gegen Rassismus und gegen Menschenfeindlichkeit bin. Danke.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Einzelsprecher:innen, Fanny Zürn, SP/GL-Fraktion.

Stadträtin Fanny Zürn (GL): Für die Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, ist das heute Abend nicht Symbolpolitik. In der heutigen Zeit, in der Sachen wieder sagbar werden und die Rechte von Minderheiten immer mehr in Frage gestellt werden, dürfen wir nicht zuschauen. Aus meiner Sicht gibt es nämlich nur eine schlechte Werbung für Langenthal, nämlich wenn wir Gruppierungen wie der extremistischen Jungen Tat nicht klar genug signalisieren, dass ihr Verhalten in unserer Stadt nicht Platz hat. Heute Abend haben wir als Stadt eine Chance, Haltung zu zeigen und unsere Verantwortung zu übernehmen. Wir können ein wichtiges Signal senden, dass hier alle Menschen sicher und würdevoll leben sollen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrem Geschlecht und ihrer sexuellen Orientierung.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Weitere Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher? Deborah Nyffenegger, FDP/jll/L49.



Stadträtin Deborah Nyffenegger (FDP): Werte Anwesende, ich lehne die parlamentarische Erklärung ab, weil heute schon ein Überschreiten der Meinungsfreiheit über das Strafgesetzbuch durch die Gerichte beurteilt wird. In den öffentlichen Medien konnte man die Aussage lesen, dass es sich laut den Vorstössen lediglich um ein politisches Signal handelt. Tatsächlich würde die Annahme der Erklärung keine weiteren Massnahmen verlangen. Der Gemeinderat müsste dem nicht Folge leisten, so las ich es zumindest. Das klingt für mich tatsächlich ein bisschen nach Symbolpolitik und auch ein bisschen nach Deutungshoheit. Ich lehne Rassismus und Menschenfeindlichkeit in aller Form ab. Meine Haltung dazu ist klar. Ich sehe aber die Verabschiedung einer solchen Erklärung nicht als Aufgabe des Stadtparlaments Langenthal, weil heute schon wie gesagt ein Überschreiten der Meinungsfreiheit über das Strafgesetzbuch durch die Gerichte beurteilt wird. Es ist eine Aufgabe der Gesellschaft. Wir haben uns nach den Bedürfnissen der Stadtbevölkerung zu orientieren und das schliesst die Meinungsfreiheit mit ein. Ich bin überzeugt, dass die Statements des Stadtrates zu Klebern der Jungen Tat, aber auch zu Palästina-Flaggen sowie zu «River-to-the-Sea-Parolen» nicht zu unseren Kernaufgaben gehören, zumal laut meiner Wahrnehmung und meiner Umgebung weder das eine, noch das andere im Stadtleben besonders stossend aufgefallen wäre. Und im Übrigen lehne auch überbordende Bürokratie und Tierquälerei entschieden ab, ohne dass es dazu eine parlamentarische Erklärung braucht. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Weitere Sprecher:innen, Jana Fehrensens, FDP/jll/L49.

Stadträtin Jana Fehrensens (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, ich weiss, was Diskriminierung ist. Ich bin Migrantin aus Osteuropa, ich bin eine Frau und ich bin über 50 Jahre und erlebte selber Ausgrenzung wegen meiner Herkunft, wegen meines Geschlechts und ja, inzwischen auch wegen meines Alters, denn Altersdiskriminierung gibt es in unserer Gesellschaft ebenso. Gerade deshalb engagiere ich mich seit Jahrzehnten gegen Rassismus, gegen Ungleichbehandlung, gegen jede Form von Ausgrenzung, politisch und privat. Und deswegen kann ich leider heute nicht einfach Ja sagen zu einer Erklärung, so wichtig sie in ihrer Absicht auch sein mag, am Ende aber wirkungslos bleibt. Eine Erklärung, die die Verantwortung an den Gemeinderat abschiebt, anstatt sie selber zu übernehmen. Liebe Kolleg:innen, es erinnert mich schmerzlich an meine Kindheit, an die Symbolpolitik der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in meiner alten Heimat; viel Pathos, aber ohne Verantwortung. Und darum sage ich heute Nein zu dieser Erklärung, nicht weil ich wegschaue, sondern weil ich vielmehr hinschaue und ich mit Taten statt Worten arbeite. Vielen Dank.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Robert Kummer, FDP/jll/L49.

Stadtrat Robert Kummer (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich bin gegen Rassismus, Extremismus und Diskriminierung und trotzdem lehne auch ich diese parlamentarische Erklärung ab. Sie verlangt nämlich vom Gemeinderat etwas, das er gar nicht umsetzen kann. Mit welchen Mitteln soll eine Exekutive irgendwelche Ideologien bekämpfen, ohne zum Beispiel totalitär aufzutreten? Merci vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Rosario Volante, FDP/jll/L49.

Stadtrat Rosario Volante (FDP): Geschätzter Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, grundsätzlich finde ich es richtig und wichtig, dass wir hier über dieses Thema reden. Meine persönliche Haltung gegen Rassismus stimmt völlig überein mit dem Inhalt dieser Erklärung. Am Anfang sah das Traktandum einfach und klar aus, bei näherer Betrachtung ist es aber nicht so. Für mich persönlich ist das echt ein Dilemma. Ich habe auch ausländische Wurzeln und ich machte in meiner Jugend auch schlechte Erfahrungen mit Ausgrenzungen. Für mich ist das nicht eine theoretische Diskussion, weiss ich doch aus eigener Erfahrung, wie sich das anfühlt. Für mich ist klar, dass eine offene, tolerante und vielfältige Gesellschaft der richtige Weg ist. Ich lebe diese Haltung ganz selbstverständlich auch im Alltag, im Beruf und in meinem Umfeld. Ich unterstütze die Botschaft dieser Erklärung inhaltlich. Aber als politisches Organ sind wir an die Verfassung und das Grundrecht wie auch an die Gewaltentrennung gebunden, wie dies auch schon gesagt wurde.

Es ist nicht die Aufgabe des Stadtrates, Haltungen allgemeinverbindlich festzulegen oder Meinungen zu bewerten. Genau hier liegt das Problem. Das Instrument der parlamentarischen Erklärung wird meiner Meinung nach noch missbraucht, um Symbolpolitik zu betreiben. Das wage ich trotzdem zu sagen. Gemäss Art. 60, Abs. 1 unserer Geschäftsordnung darf eine parlamentarische Erklärung nur politische Hinweise zuhanden des Gemeinderates enthalten. Die parlamentarische Erklärung enthält kaum konkrete Hinweise an den Gemeinderat,



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 30. Juni 2025

sie bleibt fast ausschliesslich auf der symbolischen Ebene und bei allgemeinen Verurteilungen. Genau das widerspricht dem Sinn dieses Instruments. Deshalb lehne ich die Erklärung aus formellen und staatsrechtlichen Gründen ab. Als Privatperson stehe ich voll und ganz zu dieser Haltung. Als Stadtrat bin ich aber verpflichtet, die verfassungsrechtlichen Grenzen zu respektieren. Das ist ein wichtiger Unterschied einer rechtsstaatlichen Demokratie, die wir einhalten müssen. Danke.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Weiter die Einzelsprecher:innen? Claudia Fuhrer Uebersax, FDP/jll/L49.

Stadträtin Claudia Fuhrer Uebersax (FDP): Werte Kolleginnen und Kollegen, ich persönlich bin gegen Rassismus und gegen Menschenfeindlichkeit, trotzdem lehne ich die parlamentarische Erklärung ab, weil es in einem demokratischen Rechtsstaat zwar richtig ist, als Politikerin eine persönliche Haltung zu haben und einem Ethos zu folgen. Gleichzeitig ist es aber wichtig, dass politische Organe, und dazu gehört auch der Stadtrat keine Meinung abgeben, sondern ihre Aufgabe wahrnehmen sollten. Das steht auch so im Art. 35 der Bundesverfassung. Danke.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Ruth Jörg, FDP/jll/L49.

Stadträtin Ruth Jörg (FDP): Herr Stadtratspräsident, werte Anwesende, ich bin gegen Rassismus und gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit. Dennoch lehne ich die parlamentarische Erklärung ab. Denn nicht alles, was gut gemeint ist, ist auch gut und zielführend. Das Anliegen, ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und Diskriminierung zu setzen, ist ohne Zweifel berechtigt und notwendig. Doch die Qualität einer politischen Erklärung bemisst sich nicht allein an ihre Absicht, sondern vor allem an ihrer Wirkung, ihrer Differenziertheit und ihrer demokratischen Tragfähigkeit. Die vorliegende parlamentarische Erklärung läuft Gefahr, notwendige Abhandlungen zu verengen, kritische Stimmen vorschnell zu untergraben und dem demokratischen Meinungsstatus zu schaden.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gerhard Käser, SP/GL.

Stadtrat Gerhard Käser (SP): Werter Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, ich möchte danken, ich danke, da ich noch selten in solch einer Runde mit politisch so unterschiedlichen Zusammensetzungen so oft hörte: «Ich bin gegen Rassismus». Und auch wenn es leider so aussieht, dass es knapp werden könnte, möchte ich Euch gleichwohl für die klaren Statements danken und Euch dazu auffordern, solche Statements auch an einem Stammtisch, oder wo auch immer Ihr sitzt, abzugeben; an Orten, an denen zudem anders diskutiert wird und Ihr dabei auch bereit seid, dies nicht als Eure Meinung zu deklarieren, was da seit einer halben Stunde erzählt wird. Das würde ein sehr starkes Zeichen bedeuten. Und das andere ist, dass ich mit Michael Schenk nicht ganz einig bin, der sagt, dass dies ein überregionales Thema ist oder was auch immer. Für mich ist es kein überregionales Thema, deshalb sehe ich das jetzt mit dem Rassismus und mit der Menschendiskriminierung schon ein bisschen anders. Wenn ich in der Schweiz unterwegs bin und ich sage, dass ich von Langenthal komme, dann kennen die meisten Langenthal überhaupt nicht. Und es gibt halt schon ganz viele Leute, die Langenthal sehr wohl mit dem in den 80er Jahren beginnenden Rechtsextremismus in Verbindung bringen, als die Pnos erstmals im Stadtrat vertreten war. Also ich weiss nicht, in welchen Kreisen Ihr unterwegs seid, aber ich bekomme das relativ viel mit, wonach man sich daran erinnert, dass es Langenthal war, in dem dort Ein Pnos-Vertreter im Stadtrat war und so weiter.

Es ist somit kein Thema von überregionaler Bedeutung. Doch, logisch hat es eine überregionale Bedeutung, zumal wir hier halt schon einen entsprechenden Ruf haben. Und ich würde es stark finden, auch wenn wir diese Erklärung schlussendlich ablehnen, wenn Ihr Medienvertreter so darüber berichtet, dass hier eigentlich nur Aussagen gemacht wurden, dass wir Rassismus und Diskriminierung ablehnen. Ich werde diese Erklärung annehmen, damit ich das nächste Mal, wenn ich auf dem Campingplatz in Cudrefin bin, sagen kann, dass wir als Parlament eine Erklärung abgaben. Im Fall ist es so, dass andere Parlamente noch ganz andere Erklärungen abgeben. Das ist nicht ein Instrument, das es einfach nicht gibt, sondern dass ich sagen könnte: «Doch, wir als Stadtparlament 2025 sagen Nein, wir wollen keinen Rassismus, wir wollen keine Diskriminierung und wir distanzieren uns von dem Ruf, den Langenthal bekam». Merci.



Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Mike Sigrist, GLP/EVP.

Stadtrat Michael Sigrist (EVP): Werter Stadtratspräsident, werte Anwesende, ganz ehrlich, ich finde es schön, dass wir uns alle heute so klar gegen Rassismus stellen. So kann ich es ein bisschen so zusammenfassen, dass man es entweder inhaltlich anschaut und man dann auch grundsätzlich der Erklärung zustimmt, oder man schaut es formal an und hat dann grosse Zweifel, ob das auch juristischen oder formalen Kriterien entspricht. Ich kann das einerseits nachvollziehen, dass es hier um das Formale gehen kann, andererseits finde ich persönlich den Inhalt immer noch wichtiger als Formalismus. Und jetzt ohne gross auf Streitgespräch zu machen, merkte ich anhand der Voten, dass ich wohl meine Rolle als Politiker ein bisschen anders sehe.

Dass ich von den Langenthalern gewählt wurde heisst auch, dass ich für ihre Anliegen einstehe und ich glaube, die Wähler, die ich vertrete, unterstützen so eine Erklärung. Deshalb bin ich dann auch nicht in irgendeinem Konflikt, so wie es zum Teil genannt wurde. Es war auch viel von Symbolpolitik die Rede, sodass man vielleicht etwas machen sollte, das wirksam ist. Dabei bin ich der Meinung, dass man das eine machen und das andere nicht lassen sollte. Von daher kann ich persönlich nicht so nachvollziehen, dass der Formalismus so wichtig ist und für mich ist es eher eine philosophische Frage, zumal es fraglich ist und ich als sehr gewagt ansehe, wenn Rassismus als Meinung definiert wird. Aber wie gesagt, das ist eine philosophische Frage, die wir auch nicht hier klären müssen, aber sie führt auch dazu, dass ich diese Erklärung definitiv unterstützen werde.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. Diego Clavadetscher, FDP/jll/L49.

Stadtratsvizepräsident Diego Clavadetscher (FDP): Geschätzter Herr Stadtratspräsident, geschätzte Damen und Herren, wir sind in unserer Fraktion, die Voten der einzelnen Mitglieder hörten wir, gegen Menschenfeindlichkeit und gegen Rassismus. Wieso meldeten wir uns alle zu Wort, wieso melde ich mich noch als dienstältester, männlicher Jurist hier im Saal? Dies deshalb, weil ich über die Nonchalance, wie man mit der Demokratie umgeht, tief besorgt bin. Ihr werdet im ersten Moment über die Aussage empört sein, aber schaut Euch um, Demokratien sind zarte Pflanzen. Schaut, was passiert in unseren Nachbarstaaten, oder schaut, was in der ältesten Demokratie passierte. Es braucht ganz, ganz wenig, bis eine Demokratie in eine Anarchie umgekippt, in der nicht mehr das gilt, was eigentlich eine Demokratie ausmacht. Wo liegt die Diskrepanz, Mike? Die Diskrepanz liegt in dem, dass wir heute nicht mehr unterscheiden zwischen einer Zivilgesellschaft und staatlichen Organen.

In der Zivilgesellschaft sind wir als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger alle dazu aufgefordert, unsere Haltung zu vertreten und wir machen das auch am Stammtisch, Gerry Käser, auch wenn es uns nicht zugetraut wird. Aber in einer Demokratie, wenn wir die Rolle eines Mitglieds eines politischen Organes übernehmen, dann sind wir eben nicht mehr in der Zivilgesellschaft, sondern wir sind im demokratischen Rechtsstaat. Und der demokratische Rechtsstaat basiert, wie jede Gemeinschaft, eben auch auf Ideologien. Die Ideologie oder die Überzeugung des demokratischen Rechtsstaats bringt eben mit sich, dass jeder, Pascal Dietrich stellte es vorher sehr bildlich dar, jeden «Seich» erzählen darf, solange es nicht strafbar ist. Das führt dazu, dass wir eben eine freie Meinungsäusserung haben und erst das macht eben die Demokratie aus. Wir sind nicht nur eine liberale Demokratie, sondern wir sind auch ein Rechtsstaat.

Wenn wir damit anfangen in einem Rechtsstaat auszuschliessen, dann verhalten wir uns eben genauso, dass wir eben gerade solche heute Abend diskutierten Ideologien haben, die wir nicht wollen. Ihr sprach es an, dass in diesem Haus über die Remigration diskutiert wurde. Ja, was ist Remigration? «Hat keinen Platz». Und wir sollten jetzt als Parlament über eine Erklärung abstimmen, in der mehrfach darinsteht, dass Menschen keinen Platz haben. Damit sind wir auf dem gleichen Niveau wie diejenigen, die wir verurteilen sollten. Wenn wir als Demokratie stark sein wollen, müssen wir eben darüberstehen und müssen, wie bereits gesagt, mit Argumenten und vor allem mit dem Verständnis für unser System, und nicht etwa mit einer Vermischung von unserem System mit der Zivilgesellschaft, dagegenhalten. Nur dann kann das zarte und komplizierte Pflänzchen einer rechtsstaatlichen Demokratie funktionieren.

Unsere rechtsstaatliche Demokratie ist nicht perfekt, das sind wir uns alle im Klaren. Als sie geschaffen wurde, war die Hälfte der Bevölkerung ausgeschlossen. Es gab kein Frauenstimmrecht, die Ehe für alle wurde erst vor kurzem zugelassen. Wir haben eine Entwicklung und diese Entwicklung lief eigentlich in dieser Zeit, die ich zu



überblicken vermag, Richtung Integration. Wenn wir jetzt aber als demokratisches Organ über Ausschluss zu reden beginnen, dann verlieren wir unsere intellektuelle oder sogar moralische Überlegenheit. Und von dem her gesehen ist es ganz gefährlich, was man hier für ein Zeichen setzen will. Noch etwas Juristisches. In der Rechtsphilosophie unterscheidet man zwischen Naturrecht und gesetztem Recht. Naturrecht hat nichts mit Naturschutz zu tun, sondern ist ein Recht, das aus der Natur des Menschen gültige Ordnungsprinzipien ableitet. Das erste Prinzip aus der Natur heraus galt dem grösseren Oberarm, der die längere Keule schwingen konnte und somit per Definition Recht bekam. Später in der Entwicklung der Zivilisation begann man sich auf intellektuellere Themen auszurichten und begann dabei damit, auch auf Meinungen einzelner Menschen abzustellen, die nicht nur auf ihrer körperlichen, sondern auch auf ihrer argumentativen Stärke beruhten. Dies führte dazu, dass es auch Monarchien gab, in denen derjenige, der aus welchem Grund auch immer zuoberst stand, das Recht innehatte und dieses dann auch galt. Das war ebenso aus der Natur abgeleitet.

Übrigens war Josef Ratzinger, Papst Benedikt XVI, einer der wichtigsten Dogmatiker des Naturrechts im letzten Jahrhundert oder in der Neuzeit, das heisst in jüngster Zeit. Er verfolgte das Naturrecht und leitete rechtliche Grundsätze aus irgendwelchen Prinzipien ab. Ich kann mir vorstellen, dass nicht alle die grössten Fans solcher dogmatischen Prinzipien sind, die er dabei vertrat. Aber da sehen wir genau die Gefahr darin, wenn man eben Naturrecht, das heisst etwas, das man irgendwoher abstrakt ableitet, als Recht anschaut. Die grosse zivilisatorische Errungenschaft des demokratischen Rechtsstaats ist eben das gesetzte Recht; das ist das Recht, über das man abstimmt, in dem man eine Mehrheit findet, und zwar nicht irgendeine versteckte Mehrheit oder eine laute Mehrheit, die schreit, dass es so zu sein hat, sondern eine, bei der eben ausgezählt werden muss und die einzelnen Hände oder Köpfe über was auch immer entscheiden. Das hätten wir machen können, Linus, indem Du ja sagtest, dass Ihr dort, wo es im Stadtrat möglich ist, die Umsetzung von Massnahme befürwortet.

Am 25. November 2024 stimmten wir über ein Reglement ab oder über einen Auftrag an den Gemeinderat, ein Reglement zu machen, das eben verhindert, dass die Alte Mülle mit unerwünschten Aktivitäten bespielt wird. Dazu gab es zwölf Neinstimmen und ich glaube, dass sich die Stimmzählenden noch daran erinnern, woher diese Nein-Stimmen kamen. Dort könnten wir als Parlament etwas machen und dort wäre eben eine kongruente Haltung wichtig. Will man Menschenfeindlichkeit und Rassismus langfristig verhindern, ist es zumindest meiner Auffassung nach wichtig, die Demokratien zu stärken und man nicht Sachen machen darf, die im Kern gegen das demokratische Grundverständnis verstossen. Danke.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. nun folgt Patrick Jordi, FDP/jll/L49.

Stadtrat Patrick Jordi (FDP): Werter Herr Stadtratspräsident, liebe Anwesende, ich weiss, 22.00 Uhr ist jetzt schon vorbei und wir diskutieren schon recht lange zu diesem Traktandum und trotzdem ist es mir ein grosses Anliegen, dass ich hier meine persönlichen Gedanken auch noch kurz darlegen darf. Das Wort «Dilemma» hörten wir jetzt heute Abend schon mehrfach und ganz ehrlich, auch ich stecke hier in diesem Punkt in einem Megadilemma. Ich machte mir wirklich viele Gedanken in den letzten Tagen, ich führte Gespräche, sowohl natürlich in den eigenen bürgerlichen Reihen, aber namentlich auch mit mehreren Mitgliedern der linken Ratsseite. Und es wurde auch schon mehrfach gesagt, dass man jetzt für oder gegen die parlamentarische Erklärung sein kann, da es auf beiden Seiten sehr gute Gründe und Haltungen dafür gibt. Warum bin ich grundsätzlich dagegen?

Ja, auch für mich ist es so, dass die Erklärung vielleicht nicht ganz so sorgfältig ausgearbeitet wurde, sicherlich wohl auch in Folge einer aktuellen Gegebenheit erstellt wurde und somit halt schon auch unvollständig ist. Auch ich bin eben Mitglied einer Minderheit und mir fehlt hier einfach auch ein Hinweis zur sexuellen Orientierung, die hier leider vergessen ging. Weiter ist auch für mich fraglich, ob die parlamentarische Erklärung wirklich das richtige Instrument ist. Auch das wurde schon genannt, gingen doch die Voten Corinna Grossenbacher und Rosario Volante in diese Richtung. Es steht ja in der Erklärung, dass der Gemeinderat erforderliche Massnahmen zur Bekämpfung ergreifen soll. Ja, das übersteigt vielleicht schon ein bisschen den Zweck dieser Erklärung, es sind ja eher die grundsätzlichen politischen Hinweise zuhanden des Gemeinderates, die in solch einer Erklärung enthalten sind. Aber, und jetzt kommt es eben, warum bin ich geneigt, die parlamentarische Erklärung trotzdem anzunehmen?



Es ist ganz simpel, ich finde, dass solche Phänomene wie Diskriminierung und Rassismus einfach ganz logischerweise klar zu verurteilen sind, was einem schlicht der gesunde Menschenverstand gebietet wie auch jegliches menschliches Bauchgefühl. Und wir sind hier im Stadtrat, und da bin ich eben irgendwo auch bei Mike Sigrist, auch ein Abbild der Gesellschaft, wir sind die Gewalt des Volkes und wir haben grosse Verantwortung. Deshalb dürfen und müssen wir meiner Auffassung nach bei gewissen gesellschaftlichen Themen, die eben nachweislich auch einen lokalen Impact haben, eine klare Haltung einnehmen und das auch gegen aussen hin vertreten dürfen. Ich finde, dass dies unsere Pflicht ist. Und was dann eben auch noch dazu kommt, ist, dass ich wirklich keine Lust habe, morgen oder übermorgen wieder in der Presse lesen zu müssen, dass Langenthal schon wieder negativ in den Schlagzeilen steht und mit braunem rechtsextremem Gedankengut in Verbindung gebracht wird.

Und aus all diesen Gründen und Überlegungen sage ich Ja zu dieser parlamentarischen Erklärung. Auch wenn ich finde, dass es vielleicht wirkungsvollere Wege gegeben hätte, um diesem Problem zu begegnen. Sicher, jeden Tag im persönlichen Umfeld eigeninitiativ zu handeln, sei es bei seiner Familie, bei Verwandten, bei Freunden, Bekannten und dabei immer wieder darauf pochen, dass eben solche Phänomene wie Diskriminierung, Menschenfeindlichkeit, Rassismus einfach keinen Platz in unserer Gesellschaft haben dürfen. Oder wie es bereits erwähnt wurde, dass wir uns vielleicht mit einem offenen Brief ausserparlamentarisch oder mit einer Art Manifest parteiübergreifend zusammenraufen und damit zusammenarbeiten, um so die klare Haltung dem Volk oder unserer Gesellschaft in Langenthal gegenüber zu signalisieren. Danke vielmals, dass ich Euch meine Gedanken mitteilen durfte.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. Saima Sägesser, SP/GL.

Stadträtin Saima Linnea Sägesser (SP): Danke vielmals für die angeregte Diskussion. Ich musste die ganze Zeit ein bisschen schmunzeln, es war eine interessante Performance und war mal etwas anderes. Das überlegtet Ihr Euch gut. Und gleichzeitig kam man auf den Gedanken, dass es in erster Linie darum ging, sich selber zu verteidigen. Falls die Erklärung abgelehnt wird, man aber eigentlich mit dem Inhalt einverstanden ist, muss man ja trotzdem gesagt haben, dass man ja eigentlich den Inhalt unterstützt, das dann aber nachher auch erklärt. Ich würde mir wünschen, dass das nachher dann doch auch Taten mit sich bringt, wenn dann wieder die Junge Tat auftaucht, wenn dann wieder geklebt wird, wenn sie wieder sichtbar wird, dass dann auch wirklich alle, die sagten, dass sie gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind, öffentlich und nicht nur an Stammtischen dazu Stellung beziehen. Das passierte im letzten Jahr wirklich zu wenig. Es kam zu mehreren Vorfällen, die Stadt reagierte nicht, auch die SP reagierte nicht, was wir hätten tun müssen, aber nichts passierte. Auch die Grünen reagierten ebenso wenig wie auch die anderen Parteien. Und ich packte dann am 1. August vor dem grossen Publikum in der Markthalle die Chance, um im Namen der Stadt als Stadtratspräsidentin Faschismus klar zu verurteilen und dabei zu betonen, dass auch in Langenthal Faschismus keinen Platz hat, Faschismus in der Politik keinen Platz hat, was zu tosendem Applaus führte. Das Volk brauchte das also in dem Fall. Das Volk wartete darauf, dass politisch Haltung bezogen wird, dass auch einmal von einer Position, die eine Stimme hat, gesagt wird, dass wir das hier nicht wollen. Für mich war das eine Bestätigung, die mich auch dazu führt, dass wir die parlamentarische Erklärung heute annehmen müssen, denn es braucht ein Zeichen.

Ja, man kann am Inhalt kritisieren, dass die Erklärung vielleicht nicht ganz so korrekt oder nicht so komplett verfasst und auch nicht ganz so klar geschrieben wurde, wie es vielleicht hätte sein können. Es hat vielleicht schwammige Stellen, es ist vielleicht nicht komplett und es fehlt an intersektionalem Inhalt. Wenn wir den Text erweitern würden, so müsste nicht nur die sexuelle Orientierung, sondern auch Genderidentitäten, Klassismus, sozioökonomische Diskriminierung hineingehören. Um das geht es aber nicht, sondern bezieht sich ganz klar auf Vorfälle, die im Zusammenhang mit der Jungen Tat und ihrem faschistischen und rassistischen Gedankengut stehen, das sie verbreiten. Im Fall einer Ablehnung befürchte ich einfach, dass dies als Freipass für weiteres Handeln interpretiert werden kann, weil man einen solch wichtigen Inhalt eben nicht gemeinsam genehmigte. Und davor möchte ich uns schützen und appelliere deshalb daran, die parlamentarische Erklärung bei allen vielleicht Schwammigkeiten, Unklarheiten anzunehmen, denn Hass ist keine Meinungsfreiheit und es gibt nur einen einzigen Weg und das ist antifaschistisch sein.



Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Einzelsprecher:innen? Daniel Huber, SVP.

Stadtrat Daniel Huber (SVP): Werter Präsident, werte Anwesende, es ist klar, dass sich hier die Mehrheit von menschenverachtenden Ideologien, Rassenwahn und Rassenhass, egal von welchem politischen Lager, distanziert. Das Problem an dieser parlamentarischen Erklärung liegt darin, auch wenn sie gut gemeint ist, dass sie eine politische Neigung hat. Der Umstand des Auftauchens von rechtsextremistischen Symbolen, was die SVP klar verurteilt, wird für ein «Fingerpointing» genutzt; für das Zeigen mit dem Finger auf ein politisches Lager. So wird in dieser Erklärung nicht der politische Extremismus oder der Rechts- und Linksextremismus verurteilt, sondern es wird nur der Rechtsextremismus erwähnt. Es ist bekannt, dass rechtsextreme Ideologien zu millionenfachen Leid und Tod führten und dies auch verurteilt werden muss. Ebenso ist bekannt, wird aber oft weniger erwähnt, dass auch linksextreme Ideologien zu millionenfachen Leid und Tod führten. Erwähnen kann man beispielsweise die stalinistischen Säuberungen inklusive dem absichtlich herbeigeführten Hungerstod in der Ukraine mit etwa vier Millionen Toten allein in der Ukraine, die Kulturrevolution in China oder das Schreckensregime von Pol Pot in Kambodscha, wo man versuchte, eine vermeintlich bessere Gesellschaft aufzubauen, dabei aber ein Schreckensregime mit Massenmord, Hunger und Zwangsarbeit erschuf, das auch zu etwa zehn Millionen Toten führte. Ich erwähnte jetzt vor allem Beispiele im Zusammenhang mit Linksextremismus. Ich sage das nicht, weil ich hier auf jemanden zeigen will oder weil ich jemandem auf die Füsse stehen will. Es ist nur so, dass oft nur der Rechtsextremismus in der öffentlichen Diskussion erwähnt wird und das kann zu einem einseitigen, verzerrten Bild führen und bei dem besteht die Gefahr, dass am Schluss alles, was nicht links ist, kritisch angeschaut wird.

Basierend auf den oben erwähnten Ausführungen müsste man eigentlich alle Symbole wie Hammer und Sichel, Mao-Mützen oder den roten Stern als kritisch anschauen. Von dem tauchen auch immer wieder Symbole in Form von Klebern, Mützen und Fahnen auf oder es tauchen Codes auf, die sich gegen die Polizei richten, die ich hier nicht erwähnen möchte. Auch wenn das sehr stossend ist, würde ich deswegen noch nicht eine parlamentarische Erklärung verlangen, denn das sind im Moment, im Moment eher Randphänomene. Wenn man alle Randphänomene verbieten, unterdrücken oder ausmerzen will, dann läuft man Gefahr, dass am Schluss die Freiheit leidet und dass man selber totalitär wird. Das kann zum Beispiel dazu führen, dass man das Konzert abbrechen muss, nur weil ein Musiker eine falsche Frisur hat. Dass der Gemeinderat nicht zuständig ist, wurde bereits erwähnt, weil Rassismus in der Anti-Rassismus-Strafnorm auf Bundesebene geregelt wird.

Bleiben wir sachlich, übernehmen wir uns nicht, sonst müssen wir in Zukunft im Langenthaler Stadtrat möglicherweise noch über Erklärungen diskutieren zur UNO-Charta, zur kulturellen Aneignung, zur Corona-Impfung, zu Ukraine und Russland, zu Gaza, Israel und Hamas, zu Huthi-Rebellen, zu den Massenmord in Armenien, zu Bergkarabach, zu Venezuela etc. etc. Deshalb sollten wir sachlich bleiben, indem wir auf allzu viel Symbolpolitik verzichten und keine Weltpolitik betreiben, sondern Politik für unsere Stadt. Es gibt genug Herausforderungen. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Weitere Einzelsprecher:innen? Natalie Scheibli, SP/GL.

Stadträtin Nathalie Scheibli (SP): Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, im Kindergarten ist es mir wichtig, die Kinder anzuleiten, dass man tolerant ist, dass man einander akzeptiert, Hilfsbereitschaft pflegt und aufeinander Rücksicht nimmt. Das ist jetzt vielleicht ein bisschen weit ausgeholt. Es hat genau mit diesen Haltungen zu tun, die wir hier jetzt genannt wurden. Es ist leider in der heutigen Zeit nicht mehr so selbstverständlich, dass die Kinder zu Hause so klare Haltungen mitbekommen, wie wir sie jetzt auf beiden Seiten äusserten. Das ist nicht immer so, weil die Eltern andere Haltungen haben, sondern ganz oft, weil sie die Haltungen selber nie erfuhren und im Alltag mit ganz anderen Sachen zu kämpfen haben. Vielleicht wäre es gerade aus diesen Gründen wichtig, dass wir der jüngeren Generationen ein Zeichen geben, was wir als Personen der Öffentlichkeit für eine Haltung unterstützen.

Wenn ich jetzt daran denke, wie viele Leute sich aus dem Rat schon am Mikrofon zu Wort meldeten, wäre vielleicht ein Manifest das Richtige gewesen, weil es dann bereits von mindestens der Hälfte unterschrieben worden wäre, sodass sich die parlamentarische Erklärung erübrigen würde. Aber vielleicht ist die Annahme dieser Erklärung ein Anstoss, genauso ein Manifest zu erstellen und zu unterschreiben, um unsere Haltung, die wir



gegen aussen leben, zu dokumentieren. Um Haltung zu zeigen, braucht es nicht immer politische Geschäfte, steht doch hinter jedem politischen Geschäft auch eine entsprechende Haltung. Danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. Gibt es weitere Sprecher:innen? Michael Schenk, SVP.

Stadtrat Michael Schenk (SVP): Ich muss trotzdem noch etwas loswerden, ich wollte es nicht mehr sagen. Es war eine sehr angeregte und eine sehr gute Diskussion und es gab sehr gute Inputs. Aber ich frage mich einfach, da ein Grossteil von uns Milizler sind, ob wir uns da nicht ein bisschen zu viel zumuten, habe ich doch ein bisschen Angst, wenn wir hier jetzt Ja sagen. So kommt es irgendwann in einem halben Jahr zur nächsten parlamentarischen Erklärung, bei der man wieder irgendwie zu etwas Stellung nehmen sollte. Und das ist für mich natürlich ein bisschen schwierig, weil wir grundsätzlich dafür da sind, Langenthaler Themen zu behandeln, die hier wichtig sind, und in Langenthal sind viele Themen wichtig. Ich glaube, dass heute zu diesem Thema sehr gute Inputs kamen, wonach es an jedem Einzelnen liegt, dies auch so zu leben und die Kultur zu führen. Das ist nicht die Aufgabe des Parlaments. Und bleiben wir doch hier auf Langenthaler Boden und besprechen solche die Themen. Jetzt philosophierten wir fast eineinhalb Stunden lang, aber schlussendlich wird es nichts ändern; es ändert sich nur etwas, wenn wir uns persönlich für die Themen einsetzen. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. Gibt es weitere Sprecher:innen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen zum Geschäft gibt, erkläre ich die Beratung für geschlossen. Das Büro verzichtet auf ein Schlusswort. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Entschuldigung, ja. Linus Rothacher. Der Antrag kam von uns, somit stellte das Büro den Antrag. Wenn Du nochmals etwas sagen möchtest, so ist das okay und kannst Du als Einzelsprecher machen. Ja, in dem Fall öffnen wir die Diskussion noch einmal.

Stadtrat Linus Rothacher (SP): Ich möchte mir eigentlich nicht anmassen, mich hier zum Antragsteller zu stilisieren. Nein, also ich will mich auch zuerst für die klaren Voten bedanken, dass das verurteilt wird, damit das auch die Presse morgen hoffentlich aufnimmt, dass wir alle zusammen klar diese Haltung teilen, so wie ich es auch in meinem Votum sagte und wir alle zusammen auf der Grundlage von Demokratie, Rechtsstaat und Antirassismus stehen. Ich schrieb mir einige Punkte heraus, was ein bisschen chaotisch daherkommt und es in meinem Votum auch zu gewissen Unterbrechungen kommen wird. Zuerst möchte ich etwas zu den materiellen Punkten sagen. Es wurde mehrfach erwähnt, dass wir die Erklärung für unsere Zwecke missbrauchen würden. Wenn man Art. 60 der Geschäftsordnung des Stadtrates anschaut, steht dort, dass wir als Stadtrat grundsätzliche politische Anweisungen oder Haltungsbekundungen zuhanden des Gemeinderates abgeben können.

Ich habe das Gefühl, dass wir das zum Ausdruck bringen mit dem, dass es eine Haltung ist, die in dieser Erklärung enthalten ist, nicht mehr und nicht weniger. Und jetzt frage ich mich einfach, was diese parlamentarische Erklärung genau ist? Jetzt schauten wir uns das an und führen aktuell auch die Diskussion zur Revision der Geschäftsordnung von 2019. Dabei wurde aber nicht gesagt, was man sich darunter vorstellt. Wenn man sich die Praxis zu dieser Erklärung anschaut, findet man diverse Beispiele, sowohl von der SP-Fraktion als auch von der SVP-Fraktion; zu Sachen, die teilweise sehr kontrovers diskutiert wurden. Es ist ja nun genau die Idee des Büros, dass man das Instrument überarbeitet, was wir auch begrüssen. Aber ich finde es nicht ganz ehrlich, wenn man uns jetzt hier vorwirft, man würde es missbrauchen, wobei eigentlich noch gar nicht klar ist, wenn man die Geschichte und auch die Praxis zu dem Instrument anschaut, was da genau gemeint ist.

Dann möchte ich punkto des Grundrechts sagen, das dies etwas ist, das man ernst nehmen muss, wenn so etwas behauptet wird und unter anderem auch der Grund war, warum die GPK dies in einer ersten Runde zurückwies. Wir hatten jetzt ein Memo in den Grundlagenakten, das dies beurteilt. Man kann das natürlich anders sehen, wie es auch gesagt wurde, aber es gibt hier keine abschliessende Wahrheit. Dennoch teile ich die Haltung dort und ich finde auch, wenn es zulässig sein soll, unter Meinungsfreiheit so etwas zu vertreten, ja, Kolleginnen und Kollegen, dann muss es auch zulässig sein, dass wir als Stadtrat hier eine Haltung bekunden, dass wir eben so etwas nicht wollen. Also dann sehe ich da nicht klar, wie sich das mit dem Grundrecht beissen soll und ich das nicht ganz nachvollziehen kann. Zudem finde ich auch, dass man mit diesem Vorwurf nicht inflationär umgehen sollte.



Der zweite Aspekt betrifft die Verletzung der Gewaltenteilung, was auch gesagt wurde. Es geht hier um eine parlamentarische Erklärung, sind wir doch kein Gericht und wir verurteilen auch nicht. Das Wort steht dort drin, das aber in diversen Zusammenhängen gebraucht wird, zum Beispiel dann, wenn ein Aussenminister ein Ereignis auf der Welt kommentiert und das Wort dort dann auch vorkommt. Es ist ein klares parlamentarisches Mittel, wovon wir Gebrauch machen. Und in dem Sinn kann ich auch diesen Vorwurf nur zurückweisen. Der Punkt, der mir wirklich am wichtigsten ist, wurde doch moniert, dass die Erklärung nicht vollständig formuliert ist. Wir sagten eingangs, dass wir alle Diskriminierungsformen abdecken wollen. Ich gestehe aber ein, dass das in der Tat nicht ganz glücklich gelang und man diesen Wortlaut effektiv missverstehen kann.

Ich werde hier noch einmal unterstreichen, dass man dies nicht nur missverstehen, sondern in der Tat der Eindruck entstehen kann, dass dort vielleicht eine Wertung vorgenommen wird oder gewisse Sachen bewusst ausgelassen wurden. Ich will hier klar versichern, das ist nicht der Fall und nichts liegt unserer Fraktion ferner, als so etwas zu machen. Genau, und noch zum Schluss gehe ich auf die Frage ein, ob wir als Parlament Position beziehen sollen oder nicht? Ich finde, ja, wir sollen Position beziehen. Es ist wie gesagt so, dass wir ein Abbild von Langenthal sind und wir dann auch solch ein Haltung zum Ausdruck bringen, die ja hoffentlich eine ist, die wir alle teilen.

Zum Vorwurf, dass dies zu einem schlechten Image von Langenthal führt, möchte ich schon sagen, so wie es auch bereits Gerhard Käser sagte, dass es nicht die SP erfand, dass das Thema mit Langenthal in Verbindung gebracht wird und dass gefühlt jedes zweite Jahr ein Bericht der BZ erscheint und von brennenden Asylheimen und Leuten berichtet, die sich im Oberaargau in ihren Dörfern nicht wohl fühlen. Das ist nichts, das wir erfanden. Das ist ein Problem, das sich halt leider mit uns verbindet und deshalb finde ich es auch richtig, dass wir uns damit auseinandersetzen. Das ist vielleicht nicht von Langenthal das Beispiel, aber Ihr könnt gerne in der BZ in entsprechende Recherchen nachlesen.

Wie gesagt finde ich es richtig, dass wir Position beziehen. Wir sind hier 40 Personen, die für tolerantes Langenthal eine Haltung bekommen dürfen, das frei von Rassismus ist. Und ich nahm auch positiv davon Kenntnis, dass man – egal wie das heute Abend ausgeht – konkret handeln will. Ich nehme Euch da beim Wort und hoffe, dass wir zusammen gute Lösungen finden können, die halt eben auch Kosten mit sich bringen und man dann auch diskutieren kann, was man machen will; sei es Prävention oder seien es restriktive Massnahmen. Ich hoffe, dass wir dann dazu einen Konsens finden, falls sich das Problem erneut manifestiert, was ich nicht hoffe, aber leider befürchte, und wir dann zusammen eine angemessene Reaktion finden können. Deshalb hoffe ich trotzdem auf Eure Unterstützung; bekunden wir die Haltung für ein tolerantes und solidarisches Langenthal, das frei von Rassismus ist. Merci für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. Ich möchte vielleicht noch kurz etwas zu dieser Erklärung sagen. Ihr reichtet natürlich diese parlamentarische Erklärung ein, der jetzt vorliegende Beschluss kommt aber vom Büro. Deshalb haben wir das Schlusswort in der Beratung, was nun aber irgendwie wieder geöffnet ist. Will jemand noch einmal das Wort? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann schliesse ich jetzt die Beratung. Das Büro verzichtet, wie schon gesagt, auf ein Schlusswort und wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Büros des Stadtrats gemäss Beschlussesentwurf Ziffer 1 und Ziffer 2 zustimmen will und die parlamentarische Erklärung wie vorgeschlagen als Erklärung des Stadtrats von Langenthal zuhanden des Gemeinderates und der Bevölkerung abgeben will, zeigt das mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Merci. Ihr habt die parlamentarische Erklärung zur Verurteilung von Rassismus und Menschenfeindlichkeit mit 18 Ja und 20 Nein-Stimmen abgelehnt. Wir fahren weiter mit dem Traktandum Nr. 8, den Mitteilungen des Gemeinderates.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 30. Juni 2025

Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 18 Stimmen Ja gegen 20 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen:

- 1. Die parlamentarische Erklärung der SP-/GL-Fraktion vom 19. August 2024 wird beschlossen.**
- 2. Der Gemeinderat wird um Kenntnisnahme und um Berücksichtigung der parlamentarischen Erklärung gebeten.**



8. Mitteilungen des Gemeinderates

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Das Wort hat Stadtpräsident Reto Müller.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Wir haben vier Mitteilungen des Gemeinderates und das könnte noch ein bisschen länger dauern. Die erste Mitteilung, die ich Euch machen darf, betrifft die Erneuerung der Totalausmauerung und die Revision des Einäscherungsofens im Krematorium. Es ist ja so, dass man beim Krematorium immer wieder die Steine, die dort drin sind, das sind so Schamott-Steine, auswechseln und die Totalausmauerung nach einer gewissen Anzahl von Kremationen wiederholt werden muss und Ihr wisst dabei ja, dass wir eine sehr hohe Auslastung haben. Es ist deshalb so, dass der Gemeinderat beschloss, auch wenn es nicht in seiner Kompetenz liegt, dies aber als gebundene Ausgabe vorzunehmen, sodass man eben die Erneuerung, diese Totalausmauerung und die Revision des Einäscherungsofens in der Höhe von Fr. 400'000.00 inklusive Mehrwertsteuer machen muss. Die Begründung ist, dass wir dort zeitkritisch drin liegen und es betriebsnotwendig ist, dass die Ausmauerung eben vollzogen werden kann. Mit dem Beschluss, der auch vorberatend den zuständigen Kommissionen vorgelegt wurde und dort auch nicht zu Protesten führte, sondern einstimmig unterstützt wurde, ist es so, dass ich Euch das jetzt heute Abend eben erzählen darf, wie auch, dass man das via Stadtkanzlei im amtlichen Anzeiger so publizieren soll und man nachher die Totalausmauerung eben dann auch machen kann. Das wäre die eine Kenntnisnahme.

Nachher bei der zweiten Kenntnisnahme darf ich Euch erfolgreich über die Richtlinien der Regierungstätigkeit berichten und dazu haben wir eine Präsentation. Der Gemeinderat fasste nämlich seine neuen Regierungsrichtlinien, also die Tätigkeiten, die er übernehmen will, ins Auge und heute Abend dürfen wir Euch diese auf zehn Folien präsentieren, wozu Ihr hier die erste seht. Ich möchte Euch kurz darlegen, wie wir vorgingen, was wir für eine Vision wir verfolgen und dann würde ich Euch heute einfach die strategischen Leitsätze zum Lesen zeigen.

Methode

Vision	<i>Wo wollen wir hin?</i> → Stadtverfassung, Artikel 2
Strategische Leitsätze	<i>Wo geht es lang?</i> → 8 strategische Leitsätze
Massnahmen	<i>Was ist zu tun?</i> → 33 Massnahmen
Nachhaltige Entwicklung	<i>Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt</i> → Jährliches Controlling

Richtlinien der Regierungstätigkeit 2025-28 | Sitzung Stadtrat, 30. Juni 2025

Ich gehe aber nicht auf alle Massnahmen ein. Ich zeige Euch dann nachher auch, wie Ihr zu den aktuellen Richtlinien kommt, sofern Ihr sie auf der Webseite noch nicht fandet. Wir orientierten uns an einer ähnlichen Methode, wie wir dies auch schon machten; das heisst, wir starteten dort einmal mit der Vision, wozu wir die Vision aber nicht neu formulierten. Wir gingen somit nicht zuerst hin und formulierten ein Leitbild wie zum Beispiel «Langenthal 2035», wie das andere Gemeinden manchmal machen würden, sondern wir legten einmal fest, dass wir uns als Vision weiterhin an unserer Stadtverfassung Art. 2 orientieren. Wir sagten uns dann, dass wir pro Ressort strategische Leitsätze formulieren, und zwar höchstens einen strategischen Leitsatz pro Ressort, wobei es halt so ist, dass das Stadtpräsidium zwei Ressorts hat.

In diesen strategischen Leitsätzen schaute man dann in den Ressorts, welche Massnahmen es braucht, damit wir die strategischen Leitsätze umsetzen können und somit seht Ihr, dass wir jetzt noch bei 33 Massnahmen sind. Im Vergleich zu vorigen Jahren, wozu ich mich erinnern mag, dass wir manchmal 120 Massnahmen hatten, nahmen wir uns wirklich vor, gute, schlagkräftige und umsetzbare Massnahmen zu entwickeln und diese wirklich auch in Angriff zu nehmen und umzusetzen. Wir disziplinierten uns also auch ein bisschen selber, um

Methode

- Erarbeitung strategische Leitsätze**
 - 1 strategischer Leitsatz pro Ressort
 - Berücksichtigung der Vision und der strategischen Grundlagen
 - Workshop Gemeinderat & Verwaltungsleitung (beratend)
- Erarbeitung Massnahmen**
 - Maximal 5 Massnahmen pro Ressort
 - Berücksichtigung der Vision, der strategischen Grundlagen und Leitsätze
 - SMART formuliert
 - Workshop Gemeinderat & Verwaltungsleitung (beratend)

Richtlinien der Regierungstätigkeit 2025-28 | Sitzung Stadtrat, 30. Juni 2025



nicht einfach ein Potpourri an x-Tausend Massnahmen zu definieren. Wir unterlegten das Gesamte nach wie vor anhand unserer Gesamtwirkung der nachhaltigen Entwicklung, eben auch bezogen auf alle Dimensionen, mit denen wir zu tun haben wie etwa Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Es gibt heute auch ein beispielsweise vom Kanton angebotenes Controlling, das diesen neuen SDG's¹ entspricht und somit diesen von der UNO festgelegten Nachhaltigkeitsprinzipien gerecht wird.

So weit gingen wir jetzt in diesen Regierungsrichtlinien nicht, sondern wir orientierten uns trotzdem an unseren bisherigen Dimensionen und selbstverständlich werden wir Euch nach wie vor ein jährliches Controlling, eben auch in Form eines Jahresberichts vorlegen, so wie Ihr es heute auch zur Kenntnis nehmen konntet, was ich Euch bereits jetzt ankündige. Im Grundsatz ist es so, dass wir als Gemeinderat zusammen mit der Verwaltungslleitung jeweils halbtägige Workshops durchführten und wir anschliessend mit der Formulierung begannen und wir uns dann auch wieder gegenseitig fragen mussten, ob wir auch weiterhin alle hinter diesen Massnahmen, respektive diesen Leitsätzen, stehen können. Pro Leitsatz gab es drei bis fünf Massnahmen, sodass diese 33 Massnahmen dann eben auf die verschiedenen Ressorts verteilt wurden.

Hier zeige ich eine kurze Replik, was als Vision überhaupt in der Stadtverfassung enthalten ist. Ich gehe nicht näher darauf ein, denn ich glaube, dass Ihr es auswendig kennt. Wir haben hier nun neben dem, was Ihr ausgedruckt auf dem Tisch vorliegen habt, eben diese strategischen Leitsätze, die man dann als Vorschlag in den Ressorts zusammen mit dem Gesamtgemeinderat auch wirklich sehr intensiv durchdiskutierte, sodass man anschliessend auch zu konsensfähigen strategischen Leitsätzen kam, hinter denen nun eben der ganze Gemeinderat stehen kann.

Das ist hier der eine Teil, die anderen vier Leitsätze befinden sich auf dieser Folie oder dann eben in Eurem ausgedruckten Exemplar oder eben im Internet. Die ganzen Regierungsrichtlinien inklusive der Massnahmen, nebst dem, was Euch ausgedruckt vorliegt, findet Ihr auch im Internet.

Vision - Wo wollen wir hin?

Stadtverfassung, Art. 2

Die Stadt Langenthal entwickelt sich weiter zu einem dynamischen wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum mit regionaler Bedeutung. Sie setzt sich ein für eine nachhaltige Entwicklung auf gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitischer Ebene. Im Rahmen ihrer rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten

- schaft die Stadt die Voraussetzungen für ein sicheres, menschenwürdiges und auf gegenseitigem Respekt und Solidarität beruhendes Zusammenleben;
- bietet die Stadt attraktive Voraussetzungen zum Wohnen und Arbeiten;
- fördert die Stadt eine gesunde, vielseitige und leistungsfähige Wirtschaft sowie die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen;
- unterstützt die Stadt ein vielseitiges Bildungsangebot, die kulturelle Vielfalt und Einrichtungen für Erholung und Freizeit.

Protokoll der Regierungsratsitzung 2025-26 | Sitzung Datum: 30. Juni 2025



Strategische Leitsätze - Wo geht es lang?

- Die Stadt ist eine verlässliche Dienstleisterin, nutzt die Chancen der Digitalisierung, fördert den Dialog und positioniert sich als attraktive Arbeitgeberin.
- Die Stadt fördert hochwertige Lebensräume mit Fokus auf die Innenentwicklung, modernisiert ihre Liegenschaften bedarfsgerecht und ermöglicht Effizienz in den Planungs- und Bewilligungsverfahren.
- Die Stadt verfügt über einen ausgeglichenen und sparsamen Finanzhaushalt mit einer attraktiven Steueranlage sowie einer tragbaren Verschuldung.
- Die Stadt setzt sich täglich für ein sicheres Langenthal ein und fördert das friedliche Zusammenleben.

Strategische Leitsätze - Wo geht es lang?

- Die Stadt handelt im Einklang mit den Klimaschutzzielen, treibt den Ausstieg aus den fossilen Energien voran und stellt eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sowie Ver- und Entsorgung sicher.
- Die Stadt stärkt ihre Identität durch gezielte Förderung von Kultur und Sport.
- Die Stadt setzt sich ein für einen lebenswerten Ort, der den vielfältigen Bedarf von Menschen unterschiedlicher Altersgruppen und Herkunft berücksichtigt und ihre gesellschaftliche Teilhabe stärkt.
- Die Stadt bietet allen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu hochwertigen Bildungs- und Freizeitangeboten und fördert ihre Integration und Teilhabe in der Gesellschaft.

Protokoll der Regierungsratsitzung 2025-26 | Sitzung Datum: 30. Juni 2025



¹ SDG = Sustainable Development Goals, das heisst Ziele für nachhaltige Entwicklung.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 30. Juni 2025

Das hier ist der entsprechende QR-Code. Daneben kann man auch noch festhalten, dass zusätzliche Exemplare, nebst dem Download, auch noch via Einwohnerdienste erhältlich sind.

Massnahmen - Was ist zu tun?



Protokoll der Regierungstätigkeit 2025/28 Sitzung Datum: 30. Juni 2025

Voilà, das ist es schon, trotz der Tragweite. Es gibt ja Gemeinden, die dafür extra zu Medienanlässen einladen, um das zu präsentieren. Wir machen das nicht so, aber Euch wollen wir dies heute Abend vorstellen.

Ausblick

Die Richtlinien der Regierungstätigkeit 2025-28 sind

- bei der Stadtverwaltung (Einwohnerdienste) erhältlich.
- stehen zum Download bereit www.jangenthal.ch/regierungstaetigkeit.



Protokoll der Regierungstätigkeit 2025/28 Sitzung Datum: 30. Juni 2025

Ich danke für die Aufmerksamkeit, die Ihr auch diesem Thema jetzt noch entgegenbrachtet. Ja, hier wird noch auf Fragen Bezug genommen, aber es ist so, dass Ihr hier bei diesem Traktandum gar keine Fragen stellen dürft.

Gut, bevor anschliessend auch noch Patrick Freudiger seitens des Gemeinderates eine Information hat, komme ich meinerseits noch zum letzten Punkt und zwar zur Teilrevision der Stadtverfassung. Aufgrund eines Vorstosses ist es ja so, dass wir eine Volksabstimmung via Stadtrat und via Gemeinderat machen konnten, wonach für die Initiative 500 Stimmberechtigte unterzeichnen können und es für Referenden und somit also auch für das fakultatives Referendum und für einen Volksvorschlag bei einer Frist von 40 Tagen 250 Unterzeichnende braucht. Und dazu darf ich Euch heute Bericht erstatten, dass die AGR¹ die Volksabstimmung, respektive die beschlossenen Bestimmungen für gültig erklärte. Davon nahm nun auch der Gemeinderat Kenntnis und bestimmte, dass man die neuen Formulierungen, respektive die neue Anzahl Unterschriften per 1. September 2025 in Kraft setzen wird. Das heisst, wenn Ihr nun Unterschriften sammeln wollt, dann ist dies ab 1. September 2025 auch mit der geringeren Anzahl, so wie gewünscht, auch möglich. Das waren die Informationen seitens des Gemeinderates, die ich Euch näherbringen durfte und jetzt kommt noch Patrick.

Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP): Merci, geschätzter Stadtratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich habe das nicht ganz einfache Vergnügen, Euch zu sehr spät der Stunde noch über das Projekt Finanzstrategie, das der Gemeinderat in Auftrag gab, zu informieren. Einige hier hörten bereits in ihrer Eigenschaft als Kommissionsmitglied davon. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich mich kurzhalten. Ich kann Euch zur Erleichterung einfach mitteilen, dass ich sechs Folien vorbereite. Die siebte Folie beinhaltet «Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit» und «Gibt es noch Fragen». Aber auch hier ist es so, dass Ihr keine Fragen stellen könnt, sodass es dementsprechend nur sechs Folien sind.

¹ AGR = = Amt für Gemeinden und Raumplanung



Das hier wäre schon die erste, also sind wir auf Kurs. Und jetzt folgt schon die zweite. Die Ausgangslage ist Euch allen bestens bekannt, streiften wir das Thema ja auch bereits im Zusammenhang mit der Jahresrechnung 2024, indem Langenthal vor finanzpolitischen Herausforderungen steht und wir seit Jahren im Budget und mit einer Ausnahme auch in den Rechnungen ein strukturelles Defizit haben. Wir haben eine tiefe Selbstfinanzierung von 37%, wobei man eigentlich 100% haben sollte, und der Kanton gibt in seiner Rechnung jeweils mindestens 60% an, aber 36,9% ist klarerweise zu tief. Und wir haben einen sehr hohen Investitionsbedarf und gemäss dem jetzt gültigen Investitionsplan geht es um Netto, ich betone Netto-Investitionen von 111 Mio. Franken. Das ist ein bisschen eine Bugwelle, vor allem wegen der AP3 und den ESP-Projekten, was uns alles gemäss Investitionsplan bevorsteht. Wenn man alle diese 111 Mio. Franken realisiert, so sind dies auf fünf Jahre umgerechnet durchschnittlich 22,2 Mio. Franken pro Jahr. Bei einer Selbstfinanzierung von 37%, also dasjenige, was wir aus eigenen Mitteln beisteuern können, müssten wir noch 14 Mio. Franken fremdfinanzieren. Wenn man jetzt noch rechnet, wie wenig eine Steuerzehntel ausmacht, so fällt es nicht schwer die Schlussfolgerung zu ziehen, dass man hier nicht einfach sagen könnte, dass mit einer Steuererhöhung alle Probleme gelöst sind. Also stehen wir somit vor einer finanzpolitischen Herausforderung.

Es gibt heute keine verschriftliche Finanzstrategie, natürlich gibt es strategische Überlegungen, die der Gemeinderat anstellt und jedes Jahr im Vorbericht zum Budget- und Finanzplan auch erwähnt werden. Aber eine eigentliche Finanzstrategie in schriftlicher Weise gibt es nicht, und es ist darauf hinzuweisen, dass die bisherige Strategie des Gemeinderates, die man nach den Onyx-Millionen festlegte, dem Werterhalt von Liegenschaften galt, aber es zugleich auch um Leuchtturmprojekte ging, indem man das Kapital aus den Onyx-Millionen bewusst in grössere Projekte investieren wollte.

Nach Auffassung des Gemeinderates erreichte diese Strategie langsam aber sicher ein bisschen ihre Halbwertszeit, dies auch ein bisschen mit Blick auf die zunehmend angespannte Finanzlage, sind doch solche Leuchtturmprojekte immer schwieriger zu realisieren. Zugleich ist bei genauer Betrachtung der Jahresrechnung 2024 feststellbar, dass einfach auch diese Zeiten, in denen man beim baulichen Unterhalt und somit beim entsprechenden Sammelbudgetkonto mit einem Betrag von unter 2 Mio. Franken rechnen konnte, langsam aber sicher vorbei sind. Wir haben einen aufgestauten Unterhaltsbedarf, wir haben aufgestauten Investitionsbedarf und das gilt es zur Kenntnis zu nehmen. Wir haben verschiedene politische Vorstösse, die überwiesen wurden und Euch allen bestens bekannt sind. Dies ist auch der Grund, dass ich sie vorhin nicht noch einmal erwähnte.

Das ist somit die Ausgangslage. Der Gemeinderat nahm diese Ausgangslage auch entsprechend zur Kenntnis, erwog sie und fasste am 15. Januar 2025 auch einen Beschluss. Als Erstes wurden die alljährlichen Weisungen zur Erstellung des Investitionsplans verabschiedet; dies im Wissen, dass das, was in diesen Weisungen steht, wohl bei dem Investitionsvolumen, das wir haben und wollen, nicht umgesetzt werden könnte. Man verabschiedete zweitens die Weisungen zur Erstellung des Budgets. Man schärfte dazu im Vergleich zum vergangenen Jahr die Budget-Weisungen nach und definierte den bisher für die Stadt gültigen Zielwert von 4 Mio. Franken mit neu 2 Mio. Franken. Und das Budget ist ja nur eine Jahresbetrachtung. Man sagte zugleich, dass man

Ausgangslage (1/2)

- Bekannte Herausforderungen im Zusammenhang mit den Finanzen der Stadt
 - Strukturelles Defizit
 - Tiefe Selbstfinanzierung (Selbstfinanzierungsgrad: 36.9%)
 - Hoher Investitionsbedarf (Investitionsplan 2025-29: Fr. 111 Mio. Nettoinvestitionen)
- Politische Vorstösse:
 - Motion "Ausgabenreduktion beim Aufwand für 'externe Experten' in den Jahren 2023-2026"
 - Dringliche Motion "Solide Finanzen – Ausgaben kontrollieren"
 - Motion "Konsolidierung der Finanzpolitik bei attraktiver Steueranlage"

Finanzamt

30.06.2025

3

Ausgangslage (2/2)

- Fehlen einer verschriftlichten Finanzstrategie
- Bisherige Strategie (seit dem Verkauf der Onyx-Aktien):
 - Erste Priorität: Werterhaltung / Zweite Priorität: Umsetzung von "Leuchtturmprojekten"
 - Reduktion des baulichen Unterhalts mit der Absicht, grössere Projekte umzusetzen
- Beratung des Gemeinderates vom 15. Januar 2025
 - Genehmigung "Weisung Erstellung Budgets 2026 und Finanzplan 2026-30"
 - Genehmigung "Weisung Erstellung Investitionsplanung 2026-30"
 - Auftragserteilung an das Finanzamt: Auslösung eines Projekts zur Erarbeitung einer Finanzstrategie

Finanzamt

30.06.2025

3



auf der strategischen Ebene Nachholbedarf hat, sodass man dem Finanzamt den Auftrag zur Auslösung eines Projekts zur Erarbeitung einer Finanzstrategie erteilt. Inzwischen fasste der Gemeinderat diesen Beschluss, eine neue Finanzstrategie zu erarbeiten, was auch der Grund ist, weshalb ich im Moment zu Euch rede.

Das Konzept der Erarbeitung der Finanzstrategie, somit befinde ich mich bereits bei der vierten Folie, sieht vor, dass die Finanzstrategie bis Ende dieses Jahres stehen soll, was im gegebenen Masse ehrgeizig ist, was sich der Gemeinderat dazu vornahm, aber möglich ist. Zugleich sollen methodische Grundlagen für den Investitionsplan, für eine Verlässlichmachung der Investitionen erarbeitet werden, damit man die zeitlichen Einordnungen eben auch einhält und zugleich auch eine Investitionspriorisierung möglich ist. Dabei soll die Erarbeitung der methodischen Grundlagen geschaffen werden wie auch die Erarbeitung der methodischen Grundlagen für den Budgetprozess. Ja, dabei soll auch der Budgetprozess einer kritischen Reflexion unterzogen werden. Ist die bisherige Art und Weise der Budgetplanung effizient und ist die Budgetierung auf die einzelnen Kontengruppen immer die richtige Lösung? Solche Fragen stellen sich dort in der Konzeption. Also geht es um die Strategie und zugleich um die Grundlagen für den Investitionsplan und den Budgetprozess, somit man im Fall, wenn man dann diese Grundlagen will, diese zusammen mit der Verabschiedung der Finanzstrategie auch implementieren kann.

Ich komme zur Realisierung der Massnahmen aus der Finanzstrategie auf operativer Ebene ab 2026. Natürlich gibt es Massnahmen, die einen längeren Vorlauf brauchen, was man nicht per 2026 erlassen kann, weshalb auch die Rede davon ist, dies ab 2026 zu machen. Und selbstverständlich, wenn man Massnahmen ergreift, die eine Genehmigung des Stadtrates oder sogar des Volkes erfordern, dann gilt es, die politischen Prozesse ohne Abstriche einzuhalten; auch das würde Zeit brauchen, darum ab 2026. Die methodischen Grundlagen zu Investitionsplan und Budgetprozess sollten im Idealfall ebenfalls ab 2026 zur Verfügung stehen. Auftraggeber von diesem Projekt ist der Gemeinderat, wozu er eine Projektsteuerung bildete. In dieser Projektsteuerung sitzen der Stadtpräsident, Stefanie Barben und meine Wenigkeit als Mitglieder mit Stimmrecht sowie Stadtschreiber Marc Häusler als Mitglied ohne Stimmrecht.

Wir entscheiden uns als Gemeinderat bewusst auch den Dialog zu suchen, Sparring zu machen, damit man hier nicht in einer Bubble plant. Auf der einen Seite steht das Sparring intern mit der Verwaltungsleitung. Die Verwaltungsleitung muss das umsetzen, was der Gemeinderat beschliesst oder je nachdem der Stadtrat oder das Volk, weshalb die operative Sicht auch dringend nötig ist. Wir wollen auch mit der Politik in Austausch gehen, weshalb wir entschieden, den Auftrag der nichtständigen Kommission «Konsolidierung Finanzpolitik» entsprechend zu erweitern, wonach sie auch unser Sounding Board im Zusammenhang mit der Erarbeitung dieser Finanzstrategie sein soll. Die Kommission ist informiert, der Austausch fand statt und die Kommission ist bereit, diese Eigenschaft als Sounding Board zu ihrem jetzigen Auftrag auch zusätzlich zu übernehmen. Herzlichen Dank. Die Projektleitung extern macht Michael Müller, Rechtsanwalt der Res Publica Consulting AG. Eine rein interne Ausführung war nicht möglich, mit Blick darauf, dass wir im Moment keinen Finanzverwalter haben. Wir wählten in der Person von Herrn Leon Metz zwar einen, der aber erst ab 1. Oktober 2025 operativ tätig sein wird. Zudem wäre es auch nicht ganz zumutbar, ihn gerade am ersten Arbeitstag mit einem solchen

Projekt "Erarbeitung Finanzstrategie": Geplantes Vorgehen

Projektphase	Beschreibung	Zeithorizont
Konzeption	<ul style="list-style-type: none"> Erarbeitung Finanzstrategie Erarbeitung methodische Grundlagen für den Investitionsplan Erarbeitung methodische Grundlagen für den Budgetprozess 	2025
Realisierung	<ul style="list-style-type: none"> Konkretisierung der Massnahmen aus der Finanzstrategie auf operativer Ebene 	Ab 2026
Einführung	<ul style="list-style-type: none"> Umsetzung der erarbeiteten Massnahmen auf operativer Ebene 	Ab 2026

Finanzamt 30.06.2025 4

Projekt "Erarbeitung Finanzstrategie": Projektorganisation

Projektorgan	Mitglieder
Auftraggeber	<ul style="list-style-type: none"> Gemeinderat
Projektsteuerung	<ul style="list-style-type: none"> Gemeinderat: Reto Müller, Patrick Freudiger, Stefanie Barben Stadtschreiber: Marc Häusler (ohne Stimmrecht)
Soundingboard Politik	<ul style="list-style-type: none"> Nichtständige Kommission Konsolidierung Finanzpolitik
Soundingboard Verwaltung	<ul style="list-style-type: none"> Verwaltungsleitung
Projektleitung extern	<ul style="list-style-type: none"> Michael Müller, Res Publica Consulting
Projektleitung intern	<ul style="list-style-type: none"> Fabian Muff, bis 30. September 2025 Léon Metz, ab 1. Oktober 2025
Projektadministration	<ul style="list-style-type: none"> Res Publica Consulting
Projektmitarbeit	<ul style="list-style-type: none"> Mitarbeitende Stadtverwaltung

Finanzamt 30.06.2025 5



Projekt zu betrauen, sodass es eine externe Projektleitung braucht. Wir haben aber zugleich eine interne Projektleitung, die die Schnittstellen zur Verwaltung abdecken soll. Hier ist Fabian Muff bis Ende September 2025 tätig und dann ab Oktober 2025 eben der neue Finanzverwalter Leon Metz. Die Administration des Projekts erfolgt aus Synergiegründen ebenfalls durch Res Publica Consulting und die Projektmitarbeit wird von Mitarbeitenden der Stadtverwaltung gewährleistet und organisiert.

Somit komme ich zu Folie 6 mit den Meilensteinen.

Auch hier gibt es Workshops, das heisst, man macht viele Workshops im neuen Gemeinderat, aber das ist auch richtig so. Der erste davon fand bereits im Juni 2025 statt, der aus meiner Sicht sehr gut funktionierte, der zweite Workshop wird im August durchgeführt. Wir möchten unmittelbar danach sowohl die Verwaltungsleitung als auch die Kommission einbeziehen. Im Oktober folgt dann der dritte Workshop, mit dem man dann langsam auf die Zielgerade einbiegt. Ihr seht hier auch, dass das Sparring mit Verwaltungsleitung und Kommission

nicht einfach nur eine Alibiübung ist, sondern zu einer Zeit vorgesehen ist, in der man eben auch noch etwas beeinflussen kann, was auch dem Wunsch dieser Gremien entspricht. Man plant dann nachher das zweite Sounding Board mit Politik und Verwaltung. Die ordentliche Finanzkommission als Vorberatungskommission wird ebenfalls konsultiert und so ist bereits im Dezember 2025 die Genehmigung der neuen Finanzstrategie vorgesehen. Wir informierten auch die Öffentlichkeit bereits anhand einer Medienmitteilung, dass wir uns mit dem Projekt «Finanzstrategie» beschäftigen. Dabei bestand nun die Absicht des Gemeinderates darin, heute im Stadtrat ein bisschen mehr in die Tiefe zu gehen und Euch das hier zur Kenntnis zu bringen. Es ist ein anspruchsvolles Projekt, aber man hat auch anspruchsvolle finanzpolitische Herausforderungen. Der Gemeinderat ist gewillt, diesen Herausforderungen nachzugehen und dankt Euch für Eure Mitarbeit und Unterstützung. Merci vielmals.

Projekt "Erarbeitung Finanzstrategie": Meilensteine

Wann?	Was?
Juni 2025	1. Workshop im Gemeinderat
August 2025	2. Workshop im Gemeinderat
September 2025	Soundingboard Politik
September 2025	Soundingboard Verwaltung
Oktober 2025	3. Workshop im Gemeinderat
Oktober 2025	Soundingboard Politik
Oktober 2025	Soundingboard Verwaltung
November 2025	Einbezug der Finanzkommission
Dezember 2025	Genehmigung Finanzstrategie durch Gemeinderat

Fabian Muff

30.06.2025

6

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals.



9. A Motion Saima Linnea Sägesser (SP) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2025: Mediterrane Nächte im Sommer durchgehend ermöglichen!

Motionstext:

"Mediterrane Nächte im Sommer durchgehend ermöglichen!"

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, im Sommer mediterrane Nächte durchgehend zu ermöglichen. Die auf 12 Wochenende begrenzte Anzahl Bewilligungen werden erweitert, sodass für eine bestimmte Zeitdauer im Sommer an jedem Wochenende mediterrane Nächte sein können.

Begründung:

"Für die Mediterranen Nächte stehen von Juni bis September 12 Wochenenden zur Verfügung. D.h. in der Nacht von Freitag auf Samstag sowie von Samstag auf Sonntag wird die maximale Bewirtungszeit für die bewilligten Aussensitzplätze um eine Stunde bis jeweils 01.30 Uhr erweitert. Der Gastroverein muss (dem Amt für öffentliche Sicherheit/Polizeiinspektorat) jeweils bis Donnerstag um 12.00 Uhr durchgeben, ob an folgendem Wochenende die Mediterranen Nächte stattfinden oder nicht." (Amt für öffentliche Sicherheit, Polizeiinspektorat)

Seit 2018 gilt in den Sommermonaten das Konzept der Mediterranen Nächte. Wie den Ausführungen des Amtes zu entnehmen ist, bedingt die Begrenzung von 12 Wochenenden, eine Absprache unter den Betrieben, welches der Sommerwochenenden denn nun ein mediterranes sein soll. Während der Pandemie galten die verlängerten Bewilligungen – wenn ich mich richtig erinnere – auch schon für den ganzen Sommer. Die Sommer sind heiss. Es lohnt sich das Beste draus zu machen. Mit unserem schönen Wuhrplatz, der Marktgasse und dem restlichen Zentrum haben wir ein Open Air Ausgehlokal, wo für alle was dabei ist. Um dem Beizensterben entgegenzuwirken, kann es auch dienen, wenn die Gäste nachts 1h länger draussen konsumieren dürfen, wenn es das Wetter erlaubt.

Städte wie Zürich, Luzern, Solothurn etc. kennen bereits Regelungen für durchgehende Mediterrane Nächte in den Sommermonaten. Auch für Langenthal soll dies der Fall werden. Statt die mediterranen Nächte auf 12 Wochenende zu begrenzen und von den Betrieben eine Absprache untereinander zu verlangen, sollen im Sommer für einen festzulegenden Zeitraum, z.B. Juni-September, die mediterranen Nächte immer möglich sein. Jeder Betrieb kann selbst entscheiden, an welchem Wochenabenden es sich lohnt die Terrasse bis 01 :30 Uhr zu bewirten. Eine Absprache ist nicht mehr notwendig. Flexibilität und Freiraum für die Betriebe steigt, Attraktivität für die Gäste ebenso. Und auch auf Seiten Verwaltung fällt ein To Do von der wöchentlichen Liste."

Saima Linnea Sägesser
(Erstunterzeichnende)



9. B Motion Franziska Zaugg-Streuli (FDP), Patrick Jaeggi (SVP), Janina Heiniger (EVP), Gerhard Käser (SP) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2025: Alarmierungssystem an der Volksschule Langenthal

Motionstext:

"Alarmierungssystem an der Volksschule Langenthal

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Alarmierungssystem in den Schulzentren der Volksschule installieren zu lassen.

Begründung:

Der kürzlich erfolgte Amoklauf in Graz hat erneut verdeutlicht, wie entscheidend ein funktionierendes Alarmierungssystem sowie ein entsprechend geschultes Verhalten der Lehrpersonen für den Schutz von Menschenleben sind. In einer solchen Ausnahmesituation ist es unerlässlich, dass an einer Schule akustische Signale und/oder Durchsagen möglich sind, um das richtige Verhalten gemäss Szenario klar zu kommunizieren.

Aktuell verfügt kein Schulzentrum über ein systematisches Alarmierungssystem. Die einzige derzeitige Möglichkeit zur Auslösung eines Alarms besteht im Dauerläuten der Schulglocke. Dieses ist jedoch nicht in allen Gebäudeteilen zuverlässig hörbar. Zudem ist dieses Signal ausschliesslich für den Brandfall vorgesehen: Beim Ertönen des Alarms haben Lehrpersonen mit ihren Klassen das Schulgebäude zu verlassen und sich zum vordefinierten Sammelplatz zu begeben. Im Falle eines Amoklaufs könnte dieses Vorgehen tragische Folgen haben, da man sich damit womöglich direkt in Gefahr begibt.

Die Kantonspolizei Bern hat in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Bern ein Handbuch zur Erstellung eines Notfall- und Krisenkonzeptes für Bildungseinrichtungen mit dem Titel "Notfälle und Krisen in Schulen" erarbeitet. Solche Konzepte existieren in allen Schulzentren und werden jährlich überarbeitet. Der zentrale Bereich der Alarmierung (vgl. Beilage 3.7) kann jedoch aufgrund fehlender technischer Voraussetzungen bislang nicht umgesetzt werden. Dieser gravierende Mangel muss dringend behoben werden.

Eine Alarmierung via Mobiltelefon der Lehrpersonen ist nicht zielführend. Zum einen sind private Mobiltelefone während des Unterrichts in der Regel ausgeschaltet, zum anderen stehen keine dienstlichen Geräte zur Verfügung."

Franziska Zaugg-Streuli
(Erstunterzeichnende)



9. C **Motion Gerhard Käser (SP), Jan Herzig (SVP), Roland Loser (SP), Patrick Jaeggi (SVP) und Mitunterzeichnende: Verhandlungsaufnahme mit Kanton Bern bezüglich Neubau Dreifachturnhalle im Hard**

Motionstext:

"Verhandlungsaufnahme mit Kanton Bern bezüglich Neubau Dreifachturnhalle im Hard

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, mit dem Kanton Bern Verhandlungen über einen Neubau einer Dreifachturnhalle im Hard aufzunehmen. Ziel der Gespräche ist, dass der Kanton Bern die Baukosten übernimmt, die Stadt Langenthal Landreserven im entsprechenden Gebiet im Baurecht – allenfalls ohne Kostenfolge - zur Verfügung stellt. Für die spätere Benützung des neuen kantonalen Eigentums durch die Stadt werden entsprechende Mietverträge unter Berücksichtigung der Baurechtskonditionen ausgehandelt.

Begründung:

Die Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen im Bereich der Volksschule, Privatschulen, Berufsschulen, HPS, Sprachheilschule, Inforama, Gymnasium usw. steigen laufend. Die anstehenden Wohn-Neubauprojekte, vor allem im Stadtteil Hard, werden diese Zahlen weiter in die Höhe treiben.

Bereits jetzt können nicht mehr alle Klassen der diversen Schuleinheiten in einer Sporthalle einen angemessenen Sportunterricht durchführen. Und diejenigen, die noch Platz finden, müssen zum Teil weite Wege machen. Diverse Klassen des Volksschulzentrums Hard zum Beispiel müssen bereits heute für den Sportunterricht aufs Kreuzfeldareal ausweichen. Dies hat unter anderem zur Folge, dass auch auf dem Kreuzfeldareal keine freien Hallenzeiten mehr vorhanden sind.

Stossend dabei ist besonders, dass sich im Hard die Dreifachhalle Hard befindet, welche tagsüber zu praktisch 100% durch den Kanton belegt wird.

Ein Neubau würde es ermöglichen, dass der Kanton seinen Sportunterricht wie gewünscht ausbauen könnte (Neubau und Teilbelegung der alten Dreifachhalle Hard) und auch die anderen Schuleinheiten genügend Hallenzeiten zur Verfügung hätten.

Ein weiterer grosser Vorteil wäre, dass durch einen Neubau auch Hallenzeiten ausserhalb des Schulbetriebs gebucht werden könnten, am Abend und an den Wochenenden. Die Vereine in Langenthal würden dies sicher sehr begrüessen."

Gerhard Käser
(Erstunterzeichnender)



In eigener Sache

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Besten Dank für das Verlesen der Vorstösse. Jetzt hörte ich, dass es von Cornelia Gerber-Schärer, SPGL-Fraktion, noch eine persönliche Erklärung gibt.

Stadträtin Cornelia Gerber-Schärer (SP): So, nun einige Stunden später ist die Luft draussen, nicht nur bei Euch oder bei mir. Ich glaube, dass es mit Wertschätzung zu tun hat, wenn man sich jetzt einfach auch noch beim interdisziplinären Team des SRO, der Geburtenabteilung, bedankt, sodass ich einmal einfach in meinem Namen ganz herzlich Danke sagen möchte für all das, was sie die letzten 10 Tage auszuhalten hatten. Und das ist auch das, was ich eigentlich kundtun möchte und ich sehr schwierig finde, wie die ganze Kommunikation der Stadt ablief und wie man dabei mit dem Personal umging. Wir setzten uns heute mit sozialen Normen und Werten intensiver auseinander. Und ich bin traurig und ich schrieb ganz viel auf. Daneben wusste ich auch nicht genau, ob ich jetzt heute den Hut als Mutter, als Pflegefachperson oder als Politikerin aufsetzen soll. Aber es ist Wurst, ich bin ein Mensch.

Aber was im Moment im SRO abging, macht mich einfach hässig und wütend. Deshalb nahm ich heute auch voller Überzeugung am Umzug teil: «Gelb und Blau, Langenthal, wir wollen einen Gebärsaal, ganz klar». Und welche Rolle habe ich jetzt hier? Ich bin eine Stimme des Volkes, das mich wählte. Ich bin eine Stimme der Menschen und immer wie länger habe ich in diesem Augenblick mit dem Abbau einfach Mühe, dies sicherlich auch als Pflegende. Es ist für mich eine Form der Salamtaktik, die hier betrieben wird und es ist diffus und nicht genau fassbar, was auf einem zukommt.

Mich macht es traurig, wenn man so mit Menschen umgeht, die sich um unser Wohl, um den Anfang unseres Lebens kümmern, bemühen und sich aufopfern, was ich als das Wichtigste ansehe. Und wir wissen ja schon lange, dass das Gesundheitswesen am Limit läuft, auch sogar noch mehr als das und darüber hinaus. Deshalb hätte ich es sehr begrüsst, wenn man achtsamer und ein bisschen sensibler umgegangen wäre und so wie ich hörte, wurden auch in diesem Prozess nicht alle politischen Gremien involviert. Man wurde vor vollendete Tatsachen gestellt. Ich finde das abstoßend. Ich möchte jetzt eigentlich nicht mehr all die Punkte aufzählen, die uns mittlerweile heute Abend zu dieser Zeit bekannt sind, wonach die Strategie der integrierten Versorgung, im Oberaargau ortsnah in Langenthal gewährleistet werden kann, so nicht mehr erfüllt ist und wir heute darüber informiert wurden. Es gibt eigentlich nichts mehr zu sagen. Ich bin traurig und deshalb gilt der Dank einfach all den Menschen, die sich täglich für unsere Gesundheit einsetzen. Und wir hörten hier nicht nur einmal das Wort «Normierungen» und da gibt es wohl die unterschiedlichsten Formen von Normierungen, aber ich glaube, dass Ihr Euch langsam schon ein bisschen überlegen müsst, welchen Wert das Leben eigentlich noch hat. Danke vielmals, schönen Abend miteinander.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci für die Erklärung. Franziska, hast Du auch eine persönliche Erklärung? Bitte sehr.

Stadträtin Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Ich lese kurz vor: «Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, diese sich offenbar abzeichnende Schliessung der Geburtshilfe im SRO Langenthal besorgt uns. Wir sind tief besorgt, dass dies einen ersten Schritt zu einer massgeblichen Reduktion der Leistung der SRO AG darstellt. Dies alarmiert uns. Das medizinische Angebot, welches die SRO AG anbietet, stellt für die Bevölkerung einen wichtigen Standortfaktor für den Oberaargau dar. Viel stärker als andere Regionen in unserem Kanton steht der Oberaargau in Konkurrenz mit anderen Wirtschaftsregionen des Mittellands». Ich lese an dieser Stelle nicht mehr weiter. Für diejenigen, die es interessiert, habe diesen Brief auch gepostet. Unsere Fraktion hat sich mit dem eingereichten Brief entsprechend positioniert; dies mit der klaren Erwartung, dass die Interessen des Oberaargaus in der kantonalen Spitalpolitik Gehör finden. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci auch für die Erklärung.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wenn es nun keine weiteren persönlichen Erklärungen mehr gibt, dann kommen wir schon fast zum Schluss. Zuerst habe ich noch meinerseits eine Mitteilung zu machen. Die zweite Jahreshälfte ist mit Traktanden recht befrachtet. Ich bitte Euch daher jetzt schon den 20. Oktober 2025 freizuhalten. Es könnte möglich sein, dass wir noch den zweiten Teil der Sitzung der vorangegangenen Woche



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 30. Juni 2025

fertig machen müssten. Gut, und jetzt kommen wir wirklich zum Schluss, die nächste Stadtratssitzung ist auf Montag, 18. August 2025 angesetzt. Über die Uhrzeit und die Traktanden werdet Ihr zu gegebener Zeit informiert. Merci vielmals für Eure geschätzte Mitwirkung. Ich wünsche einen angenehmen und kühlen Abend.